

Carl-Friedrich Berg

In Sachen Deutschland

Insider-Protokoll über
die Liquidation einer Nation

1984
1994

HOHENRAIN

»Das
provokati
Buch

IN SACHEN DEUTSCHLAND

Carl-Friedrich Berg

In Sachen Deutschland

Insider-Protokoll
über die Liquidation
einer Nation



HOHENRAIN - VERLAG - TÜBINGEN

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Berg, Carl-Friedrich:

In Sachen Deutschland : Insider-Protokoll über
die Liquidation einer Nation / Carl-Friedrich Berg.
– Tübingen ; Zürich ; Paris : Hohenrain-Verl., 1994

ISBN 3-89180-039-8

ISBN 3-89180-039-8

© 1994 by Hohenrain-Verlag GmbH,
Postfach 1611, D-72006 Tübingen
Printed in Germany

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen,
vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages sind
Vervielfältigungen dieses Buches oder von Buchteilen auf foto-
mechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) nicht gestattet.

Inhaltsverzeichnis

7

Vorwort

9

Liberalismus à la Bonn

40

Die Bonner Lobbykratie

45

Deutschland im Griff der Mafia

54

Politische Manipulation und Medien

63

*Die Viererbande oder die Ochlokratie
der Bereicherung und der Inkompetenz*

70

Das christlich-jüdische Moment

87

Das islamische Moment

91

Die Migrationsbombe

103

Der multikulturelle Abyssus

114

Europa-Idiotie

126

Das entmündigte Volk

138

Zurück in die Zukunft

154

*Epilog: Exkurs über die Bonner Neusprache
oder das Orwell-Moment*

Vorwort

Sapere aude

Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf, wer sie weiß und nicht sagt, der ist ein Feigling oder Parasit, aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher!

Dieses abgewandelte Brecht-Zitat, Büchners *Hessischer Landbote* und Orwells 1984 standen Pate für diese Streitschrift, die im Januar und Anfang Februar 1994 entstand und nicht mehr als ein kurzes Atemholen, eine Momentaufnahme ist.

Der Zeitpunkt ihres Erscheinens steht im Zusammenhang mit dem »Superwahljahr« 1994, das für Deutschland ein Schicksalsjahr sein wird. Das Buch wird von der bangen Frage beherrscht, ob sich das deutsche Volk abermals von der Bonner Viererbande (CDU, CSU, SPD, FDP) und den von ihr gelenkten Medien (ARD, ZDF) mißbrauchen und manipulieren läßt oder ob es die scheindemokratischen »Wahlen« boykottieren wird, um der real existierenden Lobbykratie ihre Scheinlegitimität endlich zu entziehen.

Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für die Einführung einer Demokratie mit starken plebiszitären Elementen, eines Rechtsstaates, der diesen Namen verdient, einer nationalen Solidargemeinschaft nach hegelschen Ordnungsprinzipien und einem Europa der Vaterländer.

Es ist »littérature engagée« mit der Absicht, in der Tradition von Karl Jaspers und Georg Büchner die Dinge (und Personen) beim Namen zu nennen und dadurch aufzuklären.

Es wird die üblichen nichtssagenden Schmähungen auf sich ziehen, von Nationalismus bis Rigorismus. Aber die Wahrheit ist unteilbar. Sie nicht zu verschweigen heißt, wahrhaftig zu sein.

Die Sprache des Buches ist in manchen Teilen ganz bewußt die deftige, kämpferische Sprache Luthers und Büchners, damit unterstellend, daß sie so argumentiert hätten, wären sie nicht einen entscheidenden Schritt vor dem Ziel stehen geblieben. Auf einen groben Klotz gehört allemal ein grober Keil!

Häufig wird bewußt überzeichnet, um Konturen sichtbar zu machen. Gespreizte, effekthaschende, geckenhafte Beckmesserei à la Reich-Ranicki wäre daher eine Übung am falschen Objekt, denn das Buch hat nur ein einziges Anliegen: Skeptisches Fokussieren auf eine in Liquidation befindliche Nation.

Liberalismus à la Bonn

»Die politischen Verhältnisse könnten mich rasend machen. Das arme Volk schleppt geduldig den Karren, worauf die Fürsten und Liberalen ihre Affenkomödie spielen«, schrieb Georg Büchner im Jahre 1833 an seine Braut Luise Wilhelmine (Minna) Jaegle.

Die real existierende libertäre Gesellschaft christlich-jüdischer Provenienz ist die Welt der geringen Anstrengung und der großen Erwartungshaltungen. Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf! Die Leichtigkeit des Seins, aber bitte sofort! Die schnelle Mark machen, wie auch immer. Spekulation statt Arbeit, Marketing statt Produktanziehung, Betrug statt Rechtschaffenheit, Job statt Beruf, Kurzstrecke statt Langlauf, Mobbing statt Kollegialität, Schein statt Sein, usw., usw.; »easy going« in den Abgrund. Santé!

Die libertäre Gesellschaft ist ein Jahrmarkt der Eitelkeiten. Man exponiert, exhibiert und produziert sich. In ihr wird soziales Verhalten nicht praktiziert, es wird annonciert, zelebriert, inszeniert, kurzum vermarktet. Das Fernsehmütterchen sammelt so Sympathiepunkte für höhere Einschaltquoten, die Gattin des reichen Industriellen, der kurz zuvor noch Arbeiter auf die Straße gesetzt hat, kompensiert medienwirksam das Negative des Gatten durch eine steuerlich absetzbare Spende. Pocket money. Vielleicht will sie ihrem reichen Makker auch das Reich des christlich-jüdischen Gottes offenhalten; denn wie steht es doch geschrieben (Matth. 19, 24): »Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, denn daß ein Reicher ins Reich Gottes komme.« Die Damen der gehobenen saturierten Gesellschaft betreiben soziale Übungen als Gesellschaftsspiel, um einmal ihre

gelifteten Konterfeis in der Glotze wiederzufinden. There's no business like show business! Zweckgerichtetes Sozialgetue ist in der Hyänengesellschaft Deutschland »in«, selbstverständliche Alltagssolidarität der unscheinbaren Art »out«. Do ut des. Tue nichts, wenn Du nichts dafür zu erwarten hast, und sei es nur das Himmelreich.

Die real existierende libertäre Gesellschaft macht de facto kaum Unterschiede zwischen »guter« und »schlechter« Freiheit. Die gute Freiheit, das heißt die strikte Allge-meinverträglichkeit individueller Freiheitsrechte, ist dem Bonner Grundgesetz zwar nicht fremd, es überbetont aber dennoch zu Lasten der Gemeinschaft die schlechte, asoziale Freiheit, die nach und nach ein Gemeinschaftsgefüge erodiert. Mit anderen Worten: Die »checks and balances« zwischen Gemeinschaftsinteresse und Individualinteresse fallen in einer libertären Gesellschaft im Zweifel zu Gunsten der Individualinteressen aus (in dubio pro libertate), anstatt mindestens ausgewogen zu sein. De facto hat sich daher Deutschland zwangsläufig mit der Zeit, vor allem in den vergangenen Jahrzehnten unter dem Druck hereinströmender, nicht assimilierbarer Fremder, zu einem Hort der schlechten Freiheit entwickelt, der auf das Sicherheitsbedürfnis des einzelnen, insbesondere auf sein Bedürfnis, mit vertrauten Regeln und Traditionen in einem ihm vertrauten Umfeld zu leben, kaum Rücksicht nimmt. Gleichzeitig wurde das auf dem Papier stehende Rechtsstaatsprinzip de facto ad acta gelegt; das Faustrecht der Skrupellosen setzte sich durch. Der Begriff Heimat, also der Ort und die Gemeinschaft, wo man sich zu Hause fühlt, ist in der anonymen libertären Gesellschaft christlich-jüdischer Provenienz ein fast anstößiger Begriff; denn die christlich-jüdische Religion ist als staatsunabhängige, kosmopolitische Ideologie im Hinblick auf nationale Gemeinschaften alles andere als staatstragend. Die libertäre Gesellschaft christ-

lich-jüdischer Provenienz ignoriert die Intimität homogener staatlicher Gemeinschaften, wie sie in Japan oder Singapur bestehen. In der libertären Gesellschaft werden Unterschiede betont, nicht Gemeinsamkeiten, wie sie noch in der Präambel der Weimarer Reichsverfassung zum Tragen kamen. Die Menschen haben sich in der Bonner Gesellschaft einander entfremdet, jeder ein läppischer, egomaner Persönlichkeitsfetischist ohne Wurzeln, seinem Land und den Traditionen entwachsen. Die Deutschen sind ein heimatloses Volk der Weltenbummler geworden, denen, entwurzelt wie sie sind, das Fernweh vertrauter ist als das Heimweh. Ihre Heimatlosigkeit, die ihnen vorenthaltene Identität aber ist es, die sie für ihre europäischen Nachbarn zu einem unberechenbaren Sicherheitsrisiko macht. Am Ende der schlechten Freiheit, so Leszek Kolakowski, wartet die Anarchie und an deren Ende eine abermalige Tyrannei statt der Einführung wahrer Demokratie; denn die ignoranten, zynischen Praktiker der schlechten Freiheit verdrängen, daß das nationale Sicherheits- und Geborgenheitsbedürfnis der Menschen auf Dauer stärker sein wird als das ebenfalls im Menschen angelegte Bedürfnis nach Laisser-faire, Laisser-aller. Die Menschen wollen nicht den überdimensionalen, unübersichtlichen, anonymen Dschungel europäischer Interessengegensätze, wenn sie statt dessen ein überschaubares Deutschland mit einer gemeinsamen Sprache und einer noch wieder zu entdeckenden Tradition einer großen Kulturnation, also Heimat, haben können. Diese verspricht Zukunft. Die EU ist schlichte Reaktion (siehe Seite 114 ff.).

Die libertäre Gesellschaft ist eine Tätergesellschaft, eine Ellenbogengesellschaft, in der es vor allem entscheidend ist, zu gewinnen, egal wie. The winner takes it all. Die moralische Verwerflichkeit der Tat ist allenfalls sekundär. Selbst das Opfer einer Straftat wird als Verlierer stigmatisiert, während dem Täter das Interesse der sen-

sationslüsternen Medien gilt. Der Täter ist zu »resozialisieren« und psychologisch zu betreuen, während das Opfer und seine Familie zurückbleiben. Vom Täter-Opfer-Ausgleich keine Spur. Der Grundsatz der Generalprävention, ein Ausdruck fürsorglicher Solidarität mit der Gemeinschaft, wurde in der Vergangenheit gezielt desavouiert. Libertäre Rechtsprechung betrachtet weniger das Satisfaktionsinteresse des Opfers und der Gemeinschaft, dem das Opfer angehört, sondern vor allem das Resozialisierungsinteresse des Täters. Der Täter hat Showwert (Arnold Schwarzenegger, Sylvester Stallone, John Wayne), nicht das Opfer.

Es ist höchste Zeit umzudenken: Alles, was einem von uns angetan wird, wird dem Volk angetan. Dies ist gelebte Solidarität. Das Satisfaktionsinteresse des Volkes, den Täter daran zu hindern, nochmals für ein Mitglied der Gemeinschaft gefährlich werden zu können, muß absoluten Vorrang vor allen anderen Überlegungen erhalten.

In Deutschland erscheint der »Liberal« »nicht mehr liberal durch sich selbst, sondern mehr und mehr als entschiedener, sich immer liberaler rüstender Gegner des Antiliberalismus: Er gilt für liberal, er hat sich als solcher Geltung verschafft, er ist – in seinem öffentlichen Amt – geltungssüchtig und wird folglich immer rücksichtsloser liberal. Er ist ein ständig sich proklamierender, innerlich hochreizbarer, höchst benachbarter Widersprecher des Antiliberalen«, so Botho Strauss.

Kaum eine politische Prophetie hat sich nach kürzester Zeit als so absurd erwiesen wie die von Francis Fukujama in seinem 1992 erschienenen Buch *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, in dem er nach dem Zerfall des Sozialismus die libertäre Demokratie als endgültige Form einer humanen Regierung verkündete. Genausogut hätte er Rom vor seinem Zerfall dazu proklamieren können.

Tatsächlich ist der Zerfall des sozialistischen Systems nur dem Zerfall des degenerierten libertären Systems zuvor gekommen. Hegels Kritik am Liberalismus, jedenfalls in seiner libertären Form, ist aktueller denn je. Schauen wir uns im einzelnen an, wozu uns die real existierende libertäre Gesellschaft und die »Libertären« gebracht haben:

- ◇ In der real existierenden libertären Gesellschaft christlich-jüdischer Provenienz ist man so frei, zukünftige Generationen durch irrsinnig hohe Staatsverschuldungen finanziell zu strangulieren. Nach uns die Sintflut. Auf dem anderen Ufer wartet schon das Paradies. Amen und aus.

Die US-Staatsverschuldung betrug nach Angaben des Statistischen Bundesamtes per Septemberultimo 1992 bereits rd. 3 Billionen US-Dollar (3 000 000 000 000), also etwa 5,3 Billionen DM zum Kurs von Januar 1994. Hinzu kam im Jahr 1993 ein Haushaltsdefizit in Höhe von rd. 0,3 Billionen US-Dollar. Laut »Congressional Budget Office Report« vom 27. 1. 1994 beträgt das geplante Haushaltsdefizit für das Finanzjahr 1994 rd. 0,2 Billionen US-Dollar, so daß sich, unwesentliche Tilgungen vernachlässigt, per Ultimo 1994 mindestens eine US-Staatsverschuldung von rd. 3,5 Billionen US-Dollar ergeben wird. Diese Schuldenpolitik der US-Regierung geht nicht nur zu Lasten ihres eigenen Volkes, sondern tangiert uns alle.

In Deutschland hatte der Schuldenstand des Bundes per Jahresultimo 1992 bereits 0,6 Billionen DM, der sämtlicher öffentlicher Haushalte mehr als 1,3 Billionen DM erreicht. Die Haushaltsdefizite des Bundes und sämtlicher öffentlicher Haushalte für das Jahr 1993 konnten Ende Januar 1994 noch nicht durch das Statistische Bundesamt mitgeteilt werden.

Von 1989 bis 1994 werden sich die deutschen Staatsschulden verdoppelt haben. In den nächsten drei Jahren von 1994 bis 1996 fehlen den staatlichen Kassen fast 100 Milliarden Mark. Die Verzinsung der Schulden engt den staatlichen Handlungsspielraum dramatisch ein.

In den USA können dringendste Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr erfolgen. Straßen und Brücken verrotten. Das öffentliche Ausbildungswesen ist in einem katastrophalen Zustand.

In Deutschland werden Ausgabenkürzungen vor allem bei den sozial Schwachen, die auch in den USA der achtziger Jahre Zielscheibe von Kürzungsmaßnahmen waren, vorgenommen. Geringer werdende Kaufkraft wird den Weg aus der Rezession erschweren, die Arbeitslosenfinanzierung weiter aufblähen und die Steuereinnahmen reduzieren. Die Steuerquote dürfte in den neunziger Jahren höher liegen als je zuvor. Der Anteil der Investitionen an den öffentlichen Ausgaben wird geringer ausfallen, will man nicht noch gefährlichere Defizite riskieren. Auch die Ausgaben für Bildung und Forschung, die eigentlich vervielfacht werden müßten, werden eher stagnieren. Die ohnehin schon bestehende Überlastung der Ausbildungsstätten wird sich weiter verschärfen, mit der Folge eines noch dramatischeren Absinkens des Bildungsniveaus. Die zunehmende Belastung der privaten Haushalte wird die Sparquote absinken lassen. Die Ersparnisse werden nicht mehr zur Finanzierung inländischer Investitionen zur Verfügung stehen. Ein ausländischer Kapitalimportbedarf wird die Folge sein, was wiederum dem ökonomischen Primat, ein Höchstmaß autarker Positionen aufzubauen, zuwiderläuft. Die Kette negativer Auswirkungen ließe sich beliebig weiterführen.

◇ Die Pressefreiheit ist degeneriert zur Freiheit, die Massen mit Hilfe der Medien politisch zu manipulieren (s. S. 54 ff.).

◇ Die Freiheit, sich in Parteien zu organisieren, ist degeneriert zur Freiheit, sich über die Parteien am Volksvermögen hemmungslos zu bedienen; der Staat ist zur »Beute« der Parteien geworden (siehe Seite 63 ff.). In Deutschland haben sich festzementierte Selbstdarstellungs- und Absicherungskartelle gebildet, aus denen heraus hin und wieder Bauernopfer gebracht werden, um das Selbstbedienungssystem als solches nicht opfern zu müssen.

Die politische Freiheit in Deutschland ist vor allem die hemmungslos genutzte Freiheit der herrschenden Raff-Oligarchie von CDU, CSU, SPD und FDP, potentielle politische Gegner mit allen Mitteln zu bekämpfen. Andersdenkende werden diffamiert als links- oder rechtsradikal, deren Auftritte, Versammlungen und Kundgebungen untersagt, gegen die von willfährigen Medien der Viererbande eine Pogromstimmung erzeugt wird, sie werden wie Karnickel gejagt, politisch verboten oder mit (politischen) Strafprozessen überzogen.

Zwischen CDU/CSU einerseits und SPD andererseits scheint aus der Sicht des Volkes eine stille Kumpanei zu bestehen, wonach die CDU/CSU alles als »links«, »linksradikal«, »linksextrem« etc. denunziert, was sich im Jagdgebiet der SPD tummelt, und umgekehrt die SPD als »rechts«, »rechtsradikal« oder »rechtsextrem«, was sich in CDU/CSU-Gefilden mausert. Manus manum lavat. Eine (schmutzige) Hand wäscht die andere.

◇ Aus der Freiheit, sich unternehmerisch zu betätigen, wurde die Freiheit, Arbeitnehmer-Existenzen zu vernichten; das krasseste Beispiel für eine staatlich sank-

tionierte Existenzvernichtungspolitik ist die von der CDU/CSU/FDP-Clique gelenkte Treuhandanstalt. Die OECD erwartet für Deutschland im Jahre 1994 vier Millionen Arbeitslose. Diese Zahl muß jedoch um weitere zwei Millionen erhöht werden, zählt man alle verdeckt Arbeitslosen in Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffung oder Frühpensionierung hinzu. Die Baseler Prognos AG rechnet bis Ende 1995 sogar mit fast sieben Millionen Arbeitslosen in Deutschland. Damit wird jene magische Zahl von sechs Millionen überschritten, die 1932 der Anfang vom Ende war. Hinter diesen nackten Zahlen stehen menschliche Schicksale. Man kann diese banale Feststellung gar nicht oft genug aussprechen. Zwar ist das soziale Netz wesentlich dichter als 1932, es wäre allerdings eine Illusion, anzunehmen, daß mit materiellen Zuwendungen auch die psychischen Probleme, die immer noch aus dem Nichtbesitz von Arbeit resultieren, aufgefangen werden; denn die meisten Deutschen haben es nicht gelernt, der *vita contemplativa* ohne Gewissensbisse nachzugehen. Arbeitslosigkeit wird nicht als Befreiung von der Arbeitslast empfunden, sondern als Verlust eines persönlichkeitsbildenden Elements. Und diese Empfindung, die mit Selbstachtung, Selbstwertgefühl und Selbstbewußtsein eng verknüpft ist, hat, jedenfalls in einem bestimmten Entwicklungsalter der Bewährung, durchaus ihre Berechtigung. Der Verlust von Arbeit führt zwar nicht notwendigerweise in das materielle, viel öfter aber in das psychische Abseits und damit zur Anfälligkeit für einfache politische Lösungen. Auch diese banale Feststellung muß man sich immer wieder vergegenwärtigen.

- ◇ Die Freiheit zur Bildung privaten Vermögens hat zu einer völlig disparitätischen Vermögensverteilung unter den Deutschen geführt. Nach dem *Handelsblatt*

besitzen 50 % der westdeutschen Haushalte nur 2,4 % vom Gesamtvermögen, während andererseits weitere 10 % daran fast 50 % innehaben. Und die Schere geht weiter auseinander.

- ◇ Aus der persönlichen Freiheit des Einzelnen wurde die Freiheit zur Metamorphose vom Menschen zum Schwein, zur Transformation Deutschlands in einen Saustall, in dem der Mensch den Respekt vor sich selbst verloren hat. Beispiellose sexuelle Tabubrüche, die medienerzeugte und vermarktete Brutalisierung des Lebens und die obszöne Verrohung der Sprache sind nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Nach einer repräsentativen Umfrage des Sample-Instituts im Januar 1994 waren 76 % von 1.000 Befragten der Ansicht, daß im deutschen Fernsehen zuviel Gewalt gezeigt werde.

»Sex and crime«, Sex und Gewalt, ist besonders für das Kommerzfernsehen (*RTL, SAT 1*) höchst profitabel. Mit den billig aufgekauften Schmutz- und Schundspiel-filmen, vor allem US-amerikanischer Provenienz, wird tagtäglich die Sau im Menschen befriedigt, wird nach Kräften kujoniert, kopuliert und massakriert.

Der physischen Verrohung entspricht die sprachliche. In den TV-Dialogen wird eine Begrifflichkeit gepflegt, die noch vor Jahren in halbwegs zivilisierten Kreisen unaussprechlich war und die hier auch unausgesprochen bleiben soll.

Es gibt ein türkisches Sprichwort: »Wer viel ausgeht, bringt viel Schmutz herein.« Dank den TV-Medien brauchen unsere Kinder und Jugendliche nicht mehr hinauszugehen. Der Schmutz wird via Bildschirm frei Haus kübelweise angeliefert.

Reality-TV, wie aller Schund aus den USA importiert, zeigt echte oder nachgestellte Katastrophen oder Kriminalfälle. Exhibitionisten- und Voyaristenshows wie

»Ilona Christen« (*RTL*) und »Hans Meiser« (*RTL*) oder »Schreinemakers Live« (*SAT 1*) entsprechen den US-Vorbildern Donahue, Geraldo und Sally Rafael und haben Hochkonjunktur, in Sendungen wie »Einspruch« oder »Der heiße Stuhl« werden Menschen wie Kampfhunde oder -hähne sensationslüstern aufeinander gehetzt.

In TV-Zockershows wie »Geh' auf's Ganze« oder »Der Preis ist heiß« werden Menschen zu geldgeilen, menschlicher Würde völlig entäußerten Bimbos und Monstern degradiert.

Das mediale Tollhaus ist über uns hereingebrochen mit einer »Spirale von Zynismus, Gewalt und Obszönität«, wie selbst der liberale kirchliche Mediendienst »epd« vermerkte. Es ist, so die *FAZ*, »an der Zeit, den moralischen Notstand auszurufen, um den totalen Verfall zivilisierter Verkehrsformen umzukehren«.

Stück für Stück sind in der medial vernetzten, entmystifizierten Welt jene Gewalt- und Sexualtabus gefallen, die Gesellschafts- und Völkerkundler für Voraussetzungen des Zusammenlebens halten. Selbst in Japan und Südkorea, wo öffentliche Zärtlichkeit streng verpönt war, beginnen die Tabus unter dem Einfluß westlicher Dekadenz aufzubrechen.

Im unstillbaren Hunger nach Quoten und Werbegeldern forschen die libertinistischen Kommerzmedien *RTL* und *SAT 1*, so *Der Spiegel*, »fieberhaft nach brauchbaren Vertretern sexueller Kleingruppen, die zum wohligen Entsetzen der TV-Klientel über ihr bizarres Liebesleben plaudern«.

Die letzten Hemmschwellen des Schamgefühls sind längst gefallen; »anything goes« endet zwangsläufig in »rien ne va plus«.

Die permanente, trivialisierte Präsenz von »Sex and crime« via Bildschirm liefert Impulse, Motive und Handlungsmodelle, gleichgültig, ob Türkenhäuser »ab-

gefackelt«, alte Menschen überfallen und ausgeraubt, Frauen oder Kinder mißbraucht und vergewaltigt werden, ob betrogen, belogen, abgezockt, gewuchert, gefälscht oder erpreßt wird.

Libertäre Gesinnung scheint fast zwangsläufig in eine jede Gesellschaftsordnung zerstörendes libertinistisches Verhalten zu enden, um auf direktem Weg zurück nach Rom in den moralischen Abgrund zu führen.

Aber was ist eigentlich anderes von Medien und ihren Vertretern zu erwarten, wenn der Fisch vom Kopf her stinkt? Wird ihnen und uns allen nicht von der Bonner Viererbande (CDU, CSU, SPD, FDP) tagtäglich vorge-macht, wie man sich auf die schnelle am Volk vergehen und sich an ihm bereichern kann?

In Deutschland hat sich, so wiederum die *FAZ*, »ein Klima der krämerischen Kumpanei und Kungelei, der berechnenden Regelverletzung und Untreue, der bedenkenlosen Clevernis und Käuflichkeit ausgebreitet, das in seiner Geschichte seinesgleichen sucht«. Die Schiebereien und Bereicherungen auf Gegenseitigkeit nach dem römischen Grundsatz »do ut des« sind oft nichtjustiziable Affären. Demokratische Umgangsformen und politische Moral sind verkommen, wo sie vielleicht früher wenigstens in Ansätzen vorhanden waren. Es hat sich ein System von alltäglicher Kleinkorruption und Nassauertum gebildet. Die Maßstäbe für das Anstößige sind völlig verlorengegangen: Die CDU und FDP lassen sich bedenkenlos von dem Fast-Food-Produzenten Mac Donalds ihre Parteitage sponsern, Helmut Kohls Industrie-Freunde bezahlen seine Sommerfeste, Scheel (FDP) ließ sich seine dritte Hochzeit sponsern, Jürgen Möllemann (FDP), genannt Mümmelmann, pries mit seiner Unterschrift ein Produkt seines Schwipp-Vetters an, Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP), im Februar 1994 noch immer im Amt, nahm Geldzuwendungen der umstrittenen Naturheil-

praktiker entgegen, Lothar Späth (CDU) ließ sich unge-
nert aus Wirtschaftskreisen seinen aufwendigen Lebens-
stil finanzieren, Helmut Kohl (CDU) verschaffte einem
Verwandten seiner Frau eine Position im Gesundheits-
ministerium, Richard von Weizsäcker (CDU) öffnete sei-
ner Tochter für ihre Dissertation Türen in der früheren
DDR, Günter Krause (CDU) ließ sich seine Haushaltshil-
fe durch das Arbeitsamt finanzieren, Rita Süßmuth
(CDU) verschaffte sich für ihren Mann einen weiteren
Daimler, Hannelore Rönsch (CDU) lud zu einem Klassen-
treffen auf Staatskosten.

Die Liste läßt sich beliebig fortsetzen, man denke nur an
die Namen Lafontaine (SPD), Streibl (CSU) und Münch
(CDU).

Raffen, wann und wo immer es geht. Darin ist sich die
Viererbande einig, auch wenn sie sich hin und wieder für
das Volk peinliche Scheingefechte liefert (zuletzt: Pflege-
versicherung). Enrichissez-vous! Bereichert Euch; denn
»Cosi van tutte«! So machen es alle! Und weil es alle so
machen, gibt es keine Hemmschwellen mehr. Der Sitten-
verfall ist irreversibel geworden, weil er systemimma-
nent ist. Wer sollte in dem Augiasstall säubern? Denn es
bedarf einer Säuberung, einer fundamentalen Aus-
mistung, einer moralischen Revolution im libertinisti-
schen Saustall.

Homosexuelle TV-»Prominenz« wie Alfred Biolek oder H.
P. Kerkeling, Lesben wie Helga von Sinnem oder Inge
Meisel haben begonnen, sich zu »outen«, und erzeugen
damit für unsere Kinder die Fiktion der Abnormität als
Normalität. Es ist höchste Zeit, das »Outen« dieser Nei-
gung, nicht sie selbst, unter Strafe zu stellen; denn
»Coming-out« droht en vogue zu werden.

Die Schamlosigkeit durchzieht bereits alle Lebensformen
und -bereiche. Die kollektive Schamlosigkeit aber führt,
so schon Freud, letztlich zum kollektiven Schwachsinn,
zur kollektiven Dekadenz. Moralische Restriktionen, so

abermals Freud, sind unentbehrlich, »um die stärksten Gefühle im Zaum zu halten«, und auch der Ethnologe H. P. Duerr sieht in der heutigen libertären, enttabuisierten Gesellschaft eine lebensfeindliche Katastrophenlandschaft.

Die Kriminalität ist aus dem Ruder gelaufen. Bereits 1991 hatte der Zeittakt krimineller Delikte atemberaubend kurze Intervalle erreicht:

- * alle 1,3 Minuten wurde ein Ladendiebstahl verübt,
- * alle 1,5 Minuten ein Fahrraddiebstahl,
- * alle 2,5 Minuten eine Körperverletzung,
- * alle 3 Minuten ein Wohnungseinbruch,
- * alle 5 Minuten ein Rauschgiftdelikt,
- * alle 7 Minuten ein Kfz-Diebstahl,
- * alle 11 Minuten ein Taschendiebstahl,
- * alle 14 Minuten ein Raubüberfall,
- * alle 15 Minuten ein Sexualdelikt,
- * alle 32 Minuten eine Brandstiftung,
- * alle 11 Stunden ein Mord (alte Bundesländer ohne Westberlin).

Dieser Trend hat sich in 1992 nochmals erheblich beschleunigt. 1992 wurden insgesamt 6 291 519 Straftaten registriert, was einer Steigerung von 9,6 % gegenüber 1991 entspricht. Nach Darstellung des Bundes Deutscher Kriminalbeamter hat es eine solche Steigerungsrate bisher in Deutschland noch nie gegeben.

»Die Kriminalität hat in unserem Lande neue erschreckende Dimensionen angenommen«, heißt es in einer Stellungnahme der beruflichen Ermittler. Der Trend zu rigoroser Anwendung brutaler Gewalt habe sich beängstigend verstärkt. Weniger als die Hälfte aller Straftaten (42,3 %) konnten im Jahre 1992 aufgeklärt werden. Besorgt äußerte sich der frühere Innenminister Rudolf Seiters (CDU): »In Bereichen, die das Sicherheitsgefühl der Bürger in besonderem Maße berühren, wie Taschen-

diebstähle, Wohnungseinbrüche oder Autodiebstähle, ist eine deutliche Zunahme der Straftaten festzustellen.« Die Schäden der sogenannten Alltagskriminalität werden in der 1992-Statistik auf 4,8 Milliarden Mark veranschlagt. Den überwiegenden Anteil haben mit etwa zwei Milliarden Mark der »Bruch« und der Diebstahl von Kraftfahrzeugen. Knapp ein Drittel aller Straftaten wurde im Jahr 1992 von Ausländern verübt, die vor allem bei Taschendiebstahl und Straßenraub auffielen. Am illegalen Handel und Schmuggel von Heroin waren Ausländer mit 41 % beteiligt. Dieser Trend hat sich im Jahre 1993 nochmals erheblich beschleunigt.

Der betrügerische Mißbrauch von Sozialbezügen beträgt jährlich ca. zehn Milliarden Mark (10 000 000 000.- DM). Nach einem Bericht der Zeitung *Die Welt* sind die Tötungsdelikte im Jahre 1993 um weitere 19 % angestiegen. Insgesamt gab es 1993 6,7 Millionen Straftaten, so *Bild*. Die Aufklärungsquote ist gleichzeitig von 53,2 % (1965) auf 42,3 % (1992) gesunken.

Die Deutschen, nicht nur die älteren, leben heute in einem diffusen Zustand des Stresses, beraubt, betrogen, erschlagen oder erpreßt zu werden. Kaum einer läßt mehr sein Fahrzeug, wie es früher in ländlichen Gebieten noch möglich war, ungeöffnet zurück. Viele ältere Menschen wagen sich vor allem nach Dunkelheit in Großstädten kaum noch auf die Straße.

In der »Musterstadt« Frankfurt am Main wurde, statistisch gesehen, im Jahre 1992 jeder 5. Einwohner Opfer einer Straftat. Es wurden 140 276 Verbrechen und Vergehen begangen. Die Stadt lag damit unter allen deutschen Großstädten hinsichtlich der Häufigkeitszahl an der Spitze: 21 446 Straftaten kamen in der Mainmetropole auf 100 000 Einwohner. Im Jahre 1993 war es mit 21 212 Straftaten auf 100 000 Einwohner zwar unwe-

sentlich weniger, die Gewaltkriminalität nahm jedoch gleichzeitig weiter zu.

Nach Angaben des Magazins *Focus* (6/94) sank in Frankfurt am Main der Anteil deutscher Tatverdächtiger von 1984 bis 1991 um 2,3 %, während der Ausländeranteil um 22,8 % stieg. Im Jahre 1992 waren 58,7 % der Tatverdächtigen im Dienstbezirk des Frankfurter Polizeipräsidiums Ausländer bei einem Ausländeranteil von etwa einem Drittel.

In Frankfurt am Main sind laut *Focus* 65 % der 14- bis 18jährigen und 70 % der 18- bis 21jährigen Tatverdächtigen Ausländer.

Die Illusionisten, die einst von einer Integration ausländischer Jugendlicher faselten, sind durch die Realitäten längst ad absurdum geführt worden. »In der zweiten und dritten Generation der Zugewanderten«, so Richard Münch in seinem Buch *Projekt Europa*, verschärft sich der »Identitätskonflikt«, verhindert eine Integration und begünstigt das Abtauchen in die kriminelle Szene.

An bestimmten Delikten waren in Frankfurt am Main im Jahre 1992 Ausländer weit überproportional beteiligt, zum Beispiel am Totschlag (64 %), Raub und räuberischer Erpressung (68,2 %), Urkundenfälschung (96,1%!), Taschendiebstahl (85,2 %), Drogenhandel (82,3 %).

Deutschland wird durch die Ausländer-Kriminalität in seinen rechtlichen Grundfesten bedroht. Inzwischen sind auch eine Vielzahl serbischer Massenmörder unter uns. Das Auftreten krimineller Ausländer »beruht auf ihren ethnischen Gemeinsamkeiten«, heißt es in einem »Lagebericht OK (für: Organisierte Kriminalität)« des Bundeskriminalamtes. »Ihre Zahl wächst unentwegt«, zitiert der *Focus* den Berliner Kriminalhauptkommissar Werner Thronicker, »und man kann es nennen, wie man will – es sind nun mal Ausländer«.

Rumänische und jugoslawische Banden haben sich auf Einbrüche und organisierte Diebestouren spezialisiert,

Vietnamesen beherrschen den Zigarettenschmuggel, Türken, Libanesen, Marokkaner und Südamerikaner den Rauschgiftmarkt, Polen und Russen dominieren beim KFZ-Diebstahl, so der *Focus*. »Heute gestohlen, morgen in Polen«, heißt es im Volksmund.

Zwischen August und Dezember 1992 drang im Kölner Raum eine sechsköpfige albanische Bande in Einfamilienhäuser ein, vergewaltigte im Schlaf überraschte Frauen vor den Augen ihrer Männer und folterte ihre Opfer, so der *Focus*. Bei einer Razzia im April 1990 stellte die Kölner Polizei bei Sinti und Roma 22 Kilogramm Schmuck, 200 000.- DM Bargeld und 80 Schecks sowie diverse Schußwaffen sicher. In Dietzenbach bei Frankfurt am Main wurde Anfang 1993 eine achtköpfige marokkanische Bande verhaftet, der über 900 Straftaten zur Last gelegt wurden. Nach der Festnahme, so der *Focus*, gingen die Straftaten in der Region um die Hälfte zurück. In einem Hamburger Postamt zahlten türkisch-kurdische Drogendealer innerhalb eines Jahres mehrere Millionen Mark unbehelligt ein.

Jeder zehnte des Mordes, Totschlags, Raubes, Heroinschmuggels und der Vergewaltigung Verdächtige war im Jahre 1992 ein Asylbewerber, so der *Focus*.

Im Januar 1994 erlebte Berlin eine bisher nie dagewesene Mordserie. Statt aber in Sack und Asche zu gehen, verglichen die Verantwortlichen von Politik und Polizei den Mordrekord mit den Rekordmarken Washingtons, der Welthauptstadt des Mordes (1990: 472 Morde auf 10 000 Einwohner), nicht etwa mit denen von Singapur oder Tokio. Es ist in der Tat symptomatisch für die Ochlokratie, daß sie sich selbst stets nur mit den schlimmsten Kloaken der westlich-libertären Welt vergleicht. Genau dort gehört sie wohl auch hin.

Da die USA, bis vor kurzem Besatzungsmacht und weiterhin Besetzerin unserer Hirne, alle Prozesse des mora-

lischen Verfalls, des »anything goes«, um einige Jahre vor uns durchlebt, können wir einen Teil unserer nahen Zukunft, der nicht durch unsere spezifische geographische Lage bedingt ist, sehr gut voraussehen.

Zwischen 1987 und 1991 stieg in den USA die Zahl der Jugendlichen unter achtzehn Jahren, die wegen unerlaubten Waffenbesitzes verhaftet wurden, um 62 %. Bei den Verhaftungen wegen Mordes stieg sie um 85 %. Der Anteil der Jugendlichen an Gewaltverbrechen liegt mittlerweile bei 17 %. Im Frühjahr 1993 veranstaltete der Meinungsforscher Louis Harris eine Umfrage unter 2 500 Schülern an 96 Schulen in allen Teilen der USA. 9 % der Befragten räumten ein, schon einmal auf jemanden geschossen zu haben. 11 % waren schon selbst beschossen worden. 40 % kannten jemanden, der durch eine Schusswaffe getötet oder verletzt worden war. 15 % hatten im Monat vor der Umfrage zumindestens einmal eine Schusswaffe mit sich geführt.

Jeden Tag erhalten diese Jugendlichen ihre Verhaltensmuster über die Kommerzfernsehen, wie jetzt auch in Deutschland, frei Haus geliefert. Das »Center for Media and Public Affairs« zählte Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Überfälle und bewaffnete Drohungen, die an einem einzigen Apriltag des Jahres 1993 auf den zehn populärsten Kanälen zu sehen waren, und kam auf 1 846. Nach einem vielbeachteten Gutachten hat ein amerikanischer Jugendlicher, wenn er das achtzehnte Lebensjahr erreicht hat, 200 000 Gewaltakte im Fernsehen miterlebt, darunter 40 000 Morde.

Unsere Kinder, von den gewaltverherrlichenden Medien angestachelt, werden in immer jüngeren Jahren in den Besitz von Waffen gelangen. Ihre Gewaltbereitschaft wird zunehmen. In unseren größeren Städten werden sie, wie schon heute in New York oder Washington, mit kugelsicheren Westen ihren Schulweg aufnehmen. Die Kinder- und Erwachsenenmordrate wird drastisch an-

steigen. Die Vereinigten Staaten haben die bei weitem höchste Mordrate in der Welt. In diesem Jahrzehnt werden etwa 240 000 Amerikaner ermordet werden. 1991 kamen in den USA 24 700 durch Gewaltverbrechen ums Leben, fast zehnmal so viele wie in Deutschland. In der Gewaltkriminalität stellen die USA alle anderen Länder in den Schatten. Rund zwei Drittel der Verbrechen werden mit einer Schußwaffe begangen. Die Zahl der Verletzten liegt jährlich bei 200 000, die der Raubüberfälle mit Schußwaffen bei 650 000. Im übrigen ist, nachzulesen bei Andrew L. Shapiro, *Die verlorene Weltmacht*, unser Leitbild USA jeweils führend in bezug auf

- ◇ Aids,
- ◇ nicht ausreichende Impfung gegen Kinderlähmung (Polio),
- ◇ Säuglingssterblichkeit,
- ◇ Scheidung,
- ◇ Alleinerziehende,
- ◇ Glauben an Gott, Teufel, Himmel und Hölle,
- ◇ Leute, die es für richtig halten, gefundenes Geld zu behalten,
- ◇ Zigarettenkonsum,
- ◇ Jugendliche, die naturwissenschaftliche Kenntnis im Alltag für unnütz halten,
- ◇ geographische Unkenntnis,
- ◇ Schüler, die nach eigenen Angaben fünf oder mehr Stunden täglich vor dem Fernseher verbringen,
- ◇ Schüler, die nach eigenen Angaben keine Hausaufgaben machen,
- ◇ Kinder und Alte, die in Armut leben,
- ◇ ungerechte Verteilung des Reichtums,
- ◇ Obdachlosigkeit,
- ◇ Verteidigungsausgaben,
- ◇ *militärische* Hilfe für Entwicklungsländer,
- ◇ privaten Konsum,

- ◇ Kreditkarten und Geldautomaten,
- ◇ Haushaltsdefizit,
- ◇ Auslandsschulden,
- ◇ Rechenunfähigkeit,
- ◇ Bankinsolvenzen,
- ◇ von Drogenmißbrauch am Arbeitsplatz Betroffene,
- ◇ ungleiche Bezahlung,
- ◇ ethnische Vielfalt,
- ◇ Opfer eines Verbrechens,
- ◇ Mordopfer,
- ◇ Mord an Kindern,
- ◇ nichtgefaßte Mörder,
- ◇ Todesfälle durch Schußwaffengebrauch,
- ◇ aktenkundige Vergewaltigungen,
- ◇ Drogenstraftäter,
- ◇ Beschlagnahmung von Marihuana und Kokain,
- ◇ Unfälle durch Alkohol,
- ◇ Raubüberfälle und Diebstahl,
- ◇ Besitz von Schußwaffen,
- ◇ Strafgefangene,
- ◇ Emission von Gasen, die den Treibhauseffekt verursachen,
- ◇ Luftverschmutzung,
- ◇ Regenversäuerung,
- ◇ Beanspruchung von Frischwasser-Ressourcen,
- ◇ Verringerung des Waldbestandes,
- ◇ Papierverbrauch,
- ◇ Müllerzeugung,
- ◇ Schrottpost (Junk mail),
- ◇ Sondermüllerzeugung,
- ◇ Atomtests,
- ◇ Benzinverbrauch,
- ◇ Autos pro Kopf,
- ◇ Ausgaben für Werbung.

Die libertärste Gesellschaft dieser Erde, wer mag dies bestreiten, ist diejenige, die mit den Ressourcen Erde und Mensch am leichtfertigsten umgeht.

Es gibt kein anschaulicheres Beispiel für das Versagen des Liberalismus à la Bonn als die USA; es ist höchste Zeit, uns von dieser verhängnisvollen Entwicklung abzukoppeln.

Deutsche werden sich in Zukunft aus Angst vor türkischen, jugoslawischen, nordafrikanischen und italienischen Banden, die Deutschland als libertäres Abenteuerland ihrer kriminellen Aktivitäten betrachten, immer mehr bewaffnen.

»Die Verpflichtung der Bürger gegen den Souverän«, so der Philosoph Thomas Hobbes, »kann nur solange dauern, als dieser imstande ist, sie zu schützen.« Kann er dies nicht, »gilt das natürliche Recht des Menschen, sich selbst zu schützen«.

Die Deutschen rüsten massiv auf. Nach seriösen Polizeischätzungen sollen sich bereits heute 10–15 Millionen illegale Waffen in den Händen der Deutschen befinden. Dank der offenen Grenzen ist die Einfuhr illegaler Waffen eine Petitesse. Es wird eine geheime Armee entstehen, die für nationalistische Hasardeure von großem Interesse sein wird. Wie in den USA werden immer mehr »neighbourhood-watch-Gruppierungen« entstehen; Bayern geht bereits voran. Schon heute haben wir in Städten wie Frankfurt New Yorker Verhältnisse. Raub durch immer skrupelloser auftretende ausländische Banden verängstigen die deutsche Bevölkerung, insbesondere unsere Älteren. Meine Mutter und andere Mütter wagen sich nach Einsetzen der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße. Angst hat sich allenthalben breitgemacht.

Wird diese Angst zur Sprache gebracht, laufen diese alten Menschen, die den westlichen Teil Deutschlands aus Trümmern wieder aufgebaut haben, Gefahr, von kalt-

schnäuzigen Alt-Jung-Sozialisten, senilen 68ern und ihren Zöglingen als Ausländerfeinde angepöbelt zu werden. Es ist nicht einfach, in Deutschland dieser Tage alt und deutsch zu sein. Die Alten, die es sich leisten können, emigrieren auf ihre alten Tage nach Südspanien, Mallorca oder auf die Kanaren. Findige Unternehmer haben diesen neuen Markt längst entdeckt und locken sie, dem fremd gewordenen Deutschland und damit der immer gewalttätigeren Kriminalitätsspirale zu entfliehen.

Es ist symptomatisch, was sich allein in Frankfurt, der im Rahmen dieses Buches immer wieder behandelten »Musterstadt«, tagtäglich vollzieht. Südländische Räuberhorden rotten sich an der Konstabler Wache und anderswo zusammen. Ihre fiebrigen Augen wandern rastlos umher, immer auf dem Sprung. Haben sie Beute gemacht, spritzen sie davon. Passanten werden auf ihrem schnellen Rückzug umgerempelt. Oft teilen sie die Beute ungeniert nur ein paar hundert Meter weiter.

Andere haben sich auf die sogenannte Schutzgeld-Erpressung verlegt. Chinesische Triaden sind in unsere Gesellschaft eingedrungen, und die russische Mafia macht der italienischen Konkurrenz. Jedes Pizza-Restaurant ist ein potentieller Mafia-Stützpunkt, jedes China-Restaurant ein potentieller Triaden-Stützpunkt. Auf diese Weise durchzieht heute ein Netzwerk konkurrierender krimineller ausländischer Organisationen unser Land. Die Polizei ist hilflos, eingeschüchtert, ohne politische Rückendeckung, unterbesetzt, unterbezahlt, mangelhaft ausgebildet. Sie wird zudem von den korrupten Politikern bevorzugt auf von ihnen so diffamierte Links- oder Rechtsradikale gehetzt, die ihnen Pfründe abgraben könnten. Die kriminelle Szene hat diese Gesellschaft so weitgehend durchdrungen, daß sich selbst Polizisten aus Angst vor Mordanschlägen scheuen, ihr Konterfei im Fernsehen zu zeigen.

Schon längst ist Deutschland vielen Deutschen keine

Heimat mehr. Es ist, als ob man ihnen den Boden unter den Füßen wegziehe. In dieser Zeit denkt man in Kategorien der Sicherheit. Sicherheitsdienste schießen aus dem Boden, Sicherheitsvorrichtungen haben Hochkonjunktur. Wohnhäuser und Wohnungen werden zu Festungen ausgebaut, während die ausländischen Banden immer brutaler vorgehen.

Der Ausländeranteil in den Gefängnissen übertrifft deren Bevölkerungsanteil um das Drei- bis Fünffache. Die Gefängnisse sind mit Türken, Jugoslawen, Rumänen, Nordafrikanern und Italienern überbelegt. In Hamburg-Fuhlsbüttel (»Santa Fu«) gibt es einen 40 %igen Ausländeranteil; das Jugendgefängnis in Hannover ist zu über 80 % mit Ausländern belegt.

Das Wachpersonal der Gefängnisse ist wie die Polizei unterbesetzt und unterbezahlt.

Gerichte und Staatsanwaltschaften sind vorsintflutlich organisiert und ausgestattet.

Viele Richter benutzen das »Prinzip der Unabhängigkeit«, um ihre maßlose Faulheit zu kaschieren. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in mehreren Urteilen ihr Recht auf Faulheit höchststrichterlich abgesegnet:

- ◇ »Es entspricht herrschender Auffassung, daß Richter zur Einhaltung allgemein festgesetzter Dienststunden nicht verpflichtet sind.«
- ◇ »Es stellt eine Beeinträchtigung der richterlichen Unabhängigkeit dar, wenn der Dienstvorgesetzte bemängelt, daß der Richter der Anregung nicht nachgekommen ist, mehr als einen Sitzungstag in der Woche abzuhalten.«
- ◇ »Es ist unzulässig, daß der Dienstvorgesetzte einen Richter ersucht, ganz bestimmte Verfahren aus seinem Dezernat umgehend zu bearbeiten.«

Das Bundesverwaltungsgericht entschied gar, daß sich beisitzende Richter (»Beischläfer«) erst dann rechtswidrig

verhalten, wenn »tiefes, hörbares und gleichmäßiges Atmen oder gar Schnarchen« vernehmbar ist. Und draußen wüten die kriminellen Horden immer dreister.

Anklageerhebungen lassen oft Jahre auf sich warten.

Überführte Kriminelle werden häufig überhaupt nicht verfolgt, weil Verfahren bereits bei den Staatsanwaltschaften eingestellt werden; Diebe, Fälscher, Betrüger etc. haben größere Chancen davonzukommen als derjenige, dessen Parkuhr abgelaufen ist. Die »Parksünder« aber werden gehetzt und geplündert, wo immer es geht. Von den Städten wird für lächerliche Kleinigkeiten Personal vorgehalten, das in den Justizverwaltungen und Polizeidienststellen dringend fehlt.

Immer mehr Ermittlungsverfahren werden auch durch bloße Kungelei zwischen Staatsanwaltschaft und den durch die Polizei oft mühsam ermittelten Tätern erledigt, wobei die wohlhabenden Täter, die eher zur Zahlung einer Geldbuße in der Lage sind, eindeutig bevorzugt sind. Und die Gleichheit vor dem Gesetz, der wichtigste Stützpfeiler des Rechtsstaats, bleibt auf der Strecke.

Und wie stellt sich das Rechtsbewußtsein des unbescholtenen Durchschnittsbürgers auf die aus den USA übernommenen »Deals« ein? Alles und jeder ist käuflich in der Bananenrepublik Deutschland. Der Mammon bestimmt die Moral. Man stelle sich vor, welche verheerende Signalwirkung dadurch auf die deutsche Jugend ausgeübt wird. Auf der anderen Seite kommt es zu politischen Schauprozessen wie kürzlich vor dem Amtsgericht Suhl, als junge Deutsche, die den amerikanischen Rennrodelfahrer Kennedy brutal verprügelt hatten, in einer medienerzeugten Pogromstimmung zu absurden Höchststrafen für Allerweltstaten, wie sie in den USA tagtäglich hundertfach geschehen, zu mehrjährigen Gefängnisstrafen ohne Bewährung verurteilt wurden. Gleichheit vor dem Gesetz? Keinesfalls! Die Urteile erinnern eher an politische Urteile der DDR.

Die nachrichtliche Verbreitung von Strafprozessen gegen junge nationale Gewalttäter erinnert, insbesondere in den Medien der Viererbande (ARD/ZDF), immer mehr an Frontberichterstattung. Wenn sämtliche anderen Tötungs- und Körperverletzungsdelikte, die täglich vor deutschen Gerichten abgehandelt werden, auch diesen Newswert erhielten, würde Tagesschau-Veigel allein davon 24 Stunden täglich zu berichten haben. Es handelt sich hier um die Herstellung einer tendenziösen politischen Öffentlichkeit, die jede seriöse Berichterstattung vermeidet. Wenn es um die völlig zu Recht ergehende Bestrafung junger »neonazistischer« Straftäter geht, scheinen ihre Richter inzwischen mehr und mehr die ideologische Terminologie der Bonner Mischpoke zu übernehmen. Man kennt das ja aus vergangenen Zeiten. Es scheint wieder einmal nicht mehr auszureichen, nur Recht zu sprechen, man scheint darüber hinaus servil demonstrieren zu müssen, daß man sich mit dem herrschenden ideologischen Imperativ identifiziert. Wieder einmal scheint geistige Gleichschaltung gefordert und durchgeführt zu werden. Die von den Medien erzeugte Pogromstimmung scheint vor Richtersthühlen nicht mehr haltzumachen. Dabei ist es so einfach: Ein Mord ist ein Mord, ist ein Mord, ist ein Mord, ist ein Mord. Politische Überzeugungen sind keine Kriterien der Strafzumessung.

In der Zwischenzeit hat die deutsche Justiz nach Ansicht sachverständiger Experten den Kampf gegen das organisierte Verbrechen südländischer, russischer, polnischer und chinesischer Organisationen längst verloren. Das Rechtsstaatsprinzip ist zur Farce geworden. Zivil- und Verwaltungsprozesse dauern oft Jahre. Parteien versterben zwischenzeitlich, ohne ihr Recht erhalten zu haben. Die jeweiligen Familien durchleben diese Traumata mit. Es findet eine Rechtsverweigerung auf breiter Front statt. Aus einem Rechtsstaat ist ein Unrechtsstaat

geworden. Das Gemeinwesen wird in seinen Grundfesten erschüttert.

In einem Rechtsstaat besteht bekanntlich zwischen Legislative, Exekutive und Judikative Gewaltenteilung. Wie so vieles in Deutschland besteht auch dieses Gewaltenteilungsprinzip nur auf dem Papier. Reiner Etikettenschwindel! Die Parlamente sind zu mehr als 50 % von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes besetzt; dort betreiben sie politische Inzucht, kontrollieren und befriedigen sich selbst. In manchen Parlamentsausschüssen sitzen sie sogar regelmäßig vollständig unter sich. Umgekehrt haben mehr als 70 % der Beamten Parteibücher. Sie wissen schon, warum. Längst hat sich eingebürgert, von SPD-, CDU- oder CSU-Verwaltungen zu sprechen. Worte verraten auch. Artikel 137 des Grundgesetzes, der Abhilfe vorsieht, schlummert derweil unberührt vor sich hin.

Wann immer die Bonner Viererbande das Wort »Rechtsstaat« in den Mund nimmt, soll sie daran ersticken! Deutschland ist in Wirklichkeit genauso wenig ein Rechtsstaat, wie es Demokratie ist (siehe Seite 140 f., 161 f.).

Die libertäre Tolerierung der kriminellen Durchdringung unserer Gesellschaft wurde begleitet durch immer niedrigere Leistungsanforderungen an Schule und Universität; denn der einseitig verformte Mensch ist leichter manipulierbar und akzeptiert eher die kriminelle Durchdringung der Gesellschaft durch Korruption und das »anything goes«.

Maßgeblich beteiligt an der Leistungsnivellierung nach unten waren wiederum die »Libertären«; bezeichnenderweise ist heute eine gewisse Frau Hamm-Brücher, die uns die Gesamtschule miteingebrockt hat, Kandidatin der FDP für das Präsidentenamt.

Der Analphabetismus nimmt in der Exportnation Deutschland, auch bedingt durch die Tolerierung massenhafter

Zuwanderung aus unterentwickelten Staaten, getreu dem Bonner Vorbild USA, beängstigende Formen an und wird ständig weiter ansteigen. Im Jahre 1992 hatten zum Beispiel in Berlin 29,5 % aller ausländischen Jugendlichen keinen Hauptschulabschluß, wobei die jungen Türken diese Negativ-Statistik anführen. Bedingt durch diese in unser Land strömenden ethnischen Gruppen, werden auch die jungen Deutschen in den intellektuellen Abwärtssog hinabgezogen, zumal gleichzeitig die Professionalität, Qualität und Konfliktbereitschaft der Lehrerschaft beängstigend nachgelassen haben. Wir haben in den letzten zwei Jahrzehnten dennoch erleben müssen, wie eine nachgerade groteske Bestnoten-inflation zu verzeichnen war. Wenn man Bequemlichkeit und mangelnde Konfliktbereitschaft (mit Schülern und Eltern) als eine üble Form der Korruption versteht, dann sind deutsche Lehrer korrupt bis in die Knochen.

Wir folgen dem verheerenden Vorbild der USA, nicht etwa dem beispielhaften Vorbild Singapurs, Südkoreas oder Japans. In den USA sind, einem Bericht der Lau-bach-Literacy-International zufolge, inzwischen 27 Millionen amerikanische Erwachsene, insbesondere bedingt durch die Migration aus dem mexikanischen Raum (dem entsprechen unser(e) Türkei, Jugoslawien, Nordafrika, Italien), praktisch Analphabeten. Sie können ihren Kindern nichts vorlesen, verstehen keine Straßenschilder oder Arbeitsmarkt-Anzeigen. Weitere 40 Millionen Erwachsene haben Schwierigkeiten, Zeitungen, finanzielle Bescheide und schwierige Lektüre zu lesen. Tendenz weiter stark steigend.

Das USA-Erziehungswesen ist in einem desolaten Zustand. Und dennoch üben einige US-Abschlußtitel dank eines dreisten Marketings in Deutschland noch immer eine so hohe Anziehungskraft aus, daß junge Menschen Zeit, Energie und Kapital einsetzen, um einen MBA oder BBA zu erlangen, dies, obwohl sie häufig einen wesentlich

wertvolleren deutschen Titel bereits in Händen halten. Welch ein blühender Unsinn für die, die darauf hereingefallen sind, und welches »Big business« für diejenigen, die die Hereingefallenen geködert haben!

Nach neuesten Untersuchungen verfügen etwa 90 Millionen US-Amerikaner über keine Berufsausbildung.

Wenn Erziehung und Ausbildung die eigentlichen Mittel der Zukunftssicherung eines Landes sind, insbesondere die einer Exportnation ohne nennenswerte Rohstoffe, dann haben die »Libertären« unser Land auch insoweit durch einen steten Erosionsprozeß heruntergewirtschaftet.

Die Entwertung aller Werte und Sekundärtugenden (Ehrlichkeit, Rechtschaffenheit, Disziplin, Treue, Solidarität), überbordende Kriminalität unterentwickelter ethnischer Gruppen des Südens, deren Analphabetismus und religiöse Primitivität, Abbau des Rechtsstaates, fort-dauernde illegale Zuwanderung durch Asylmißbrauch, mangelnde Unterstützung der Polizei und der Armee etc. haben Deutschland zu einem Land gemacht, aus dem laut einer SAT 1-Umfrage im September 1993 inzwischen 85 % der Deutschen auswandern wollen, wenn sie es nur könnten; denn sie sind durch die Bonner Clique entwurzelt worden, ihnen wurde ihre Heimat genommen. Eine weitgehende Desorientierung hat stattdessen eingesetzt. Chuzpe statt Skrupel. Beschiß statt eines Mannes Wort. Das Bedürfnis nach allseitiger Absicherung hat groteske Formen angenommen. Mißtrauen überall. Enttabuisierung letzter Tabus. Schweine an die Macht!

Das Gefährlichste ist die Gewöhnung an das Obszöne, an die Gewaltverherrlichung in den Medien, an die Verniedlichung von Sex und Mißbrauch mit Kindern, an die Gesellschaftsfähigmachung der Verunglimpfung unserer Frauen durch deren faschistisch-sexistische Darstellung, die Denunzierung des Leitbilds »Eltern« oder die Institutionalisierung der Habgier. Anything goes. Viel-

leicht erinnern wir uns, wie es war, als wir zum erstenmal über *SAT 1* aus der Frankfurter Börse den Kampf um das Goldene Kalb live miterleben mußten. Wie angewidert, aber auch wie fasziniert viele von uns über diesen weiteren Tabubruch waren. Geldgeilheit live! Deutschland, Monopolyland. Für das Werteverständnis unserer Jugend sind Erzeugnisse dieser Art ungleich schädlicher als harmloses Gerammel in irgendwelchen Softpornos. Wir werden zu einem Volk von Glücksrittern und Spekulanten, die den Gesetzesbruch, das asoziale Verhalten als Chance und nicht als Risiko für die eigene Existenz begreifen. Die Metamorphose vom Menschen zum Schwein lohnt sich in Deutschland. Dies ist die eigentliche libertäre »message«. Wir sind so frei!

Was tut ein von ihren Werten entwurzelter, identitätsloses Volk, das nicht in Massen das ihnen entfremdete Land ihrer Geburt verlassen kann? Es geht in die innere Emigration. Auf dem Weg in diese Emigration lauern wiederum Wegelagerer jeglicher Couleur. Nutznießer jeder Art haben Hochkonjunktur: Pfaffen, Astrologen, Heilsbringer, Graphologen, Wahrsager, Okkultisten, Esoteriker, Satansfetischisten, Spendenschnorrer. Sie alle leben von dem Rohmaterial menschliche Not und Schuld. Sie alle bereiten den Bodensatz jeder Manipulation, den Irrationalismus; denn nur der rationale Mensch läßt sich nicht manipulieren. Ist es in diesem Zusammenhang verwunderlich, daß auch hinsichtlich der Volksseuche Astrologie wiederum der luxemburgische Primitivsender *RTL* führend ist und die Sternendompteuse Elisabeth Tessier fröhliche Urständ' feiert? Dabei können die, die trotz aller wissenschaftlichen Evidenz immer noch der Volksverblödung Astrologie nachhängen, sich von der GWUP in Darmstadt die jährlichen wissenschaftlichen Auswertungen astrologischer Voraussagen beschaffen und feststellen, daß wirklich nichts an dem

Hokuspokus dran ist, es sei denn, was jeder Hornochse mit ein wenig gesundem Menschenverstand voraussagen kann. Selbst schlichtesten Gemütern müßte deren Absurdität einleuchten; denn die Astrologie berücksichtigt zum Beispiel nicht die unterschiedliche Entfernung von einzelnen, oft überhaupt nicht mehr bestehenden Himmelskörpern zur Erde. Die Astrologie unterstellt also, daß die Kräfte der Gestirne entfernungsunabhängig wirken, eine abstruse, allen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen zuwiderlaufende Vorstellung. Dennoch will ein Drittel der deutschen Bevölkerung nicht ganz ausschließen, daß an der Astrologie doch etwas dran sein könnte. 7 % haben sich schon einmal ein persönliches Horoskop anfertigen lassen. Etwa 5 000 astrologische Scharlatane treiben in Deutschland ihr Unwesen. Sie machen Menschen abhängig, ähnlich der Drogen- und Spielsucht, zerstören Familien und Partnerschaften.

Auch Nostradamus, der ewig irrende Prophet, ist wieder ausgebuddelt worden. Hätte er nur einmal nicht geirrt, als er nämlich das Ende des Papsttums voraussagte – und nichts geschah.

Esoterische Rattenfänger tauchen plötzlich vermehrt aus ihren Löchern auf. Wie die Esoteriker Hitler und Nietzsche, die vom »Gottmenschen« bzw. »Übermenschen« faselten, bereiten sie gerade wieder den Weg für einen neuen Menschen vor – direkt in einen neuen Abyssus.

Die Wertelosigkeit des ungezügelten libertären Systems spült Beliebiges an die Oberfläche. Die Beliebigkeit ist stilbildend; wohlmeinende nennen dies Mannigfaltigkeit. In Zeiten eines überbordenden Irrationalismus hat die Ersatzbefriedigung »Mode« Hochkonjunktur. Wie Lemminge hecheln die Persönlichkeitsnieten Stilbildnern wie Lagerfeld, Sanders oder Joop hinterher, die gleichzeitig ein Meer an Parfümen mitliefern, so, als ob sie ahnten, daß die enthemmten, moralisch verwahrlosten Menschen ihren eigenen Gestank nicht mehr ertragen. Personen

wie der personifizierte Schickeria Moshammer verkaufen dann den »Schrott«.

Libertinage à la Bonn hat die Individualrechte auf Kosten jeglicher Konzeption des Allgemeinwohls überbetont und ist weitgehend unbestimmt und konturlos geblieben. Das wertelose, eigennützige Fokussieren auf Vermögensbildung und materielle Sicherheit hat die westliche Gesellschaft zum Unwert des »anything goes« und damit zu Heuchelei, Korruption, Betrug, Antichambrierertum, Byzantinismus, Mittelmäßigkeit und Philisterhaftigkeit geführt. Der Niedergang der »res publica« führt gleichzeitig dazu, daß Deutschland gegenüber Staaten, die die Prosperität des Ganzen über das Individualinteresse stellen, relativ schutzlos ausgeliefert sein wird. Ein Zusammenschluß mit anderen libertären Staaten führt keineswegs aus der Sackgasse, sondern verbreitert nur die Angriffsfront. Der richtige Weg ist vielmehr, sich wie Japan, Südkorea, Singapur oder zukünftig mutmaßlich auch China etc. nach hegelschem Vorbild neu zu organisieren und die Entwertung traditioneller Werte rückgängig zu machen.

Es geht um die alte klassische Frage: »Wieviel Freiheit für die Feinde der Freiheit?« Die Antwort kann nur heißen: »Keine!« Wer ist der größte Feind der Freiheit? Die Korruption. Jeder Politiker, der sich korrumpieren läßt, ist ein Feind der Freiheit jedes einzelnen Volkssubjekts, unabhängig von fremden Einflüssen das Schicksal seines Volkes selbst bestimmen zu können. Jeder Lobbyist ist ein Feind des Volkes. Jeder Politiker, der dem Volk die Freiheit zur Selbstbestimmung vorenthält, ist ein Feind der Freiheit und des Volkes.

Die Zukunft wird ökologisch-marktwirtschaftlichen, autoritär-rechtsstaatlichen und national-solidarischen Gemeinschaften gehören (siehe Seite 138 ff.); die fortschritt-

lichsten unter ihnen werden darüber hinaus direkte Demokratien aufweisen. Die Spatzen pfeifen dies von allen Dächern. Nur die Viererbande und die mit ihr in Symbiose existierenden Medien stecken die Köpfe in den Sand, betreiben »Vogel-Strauß-Politik«, darauf hoffend, daß der bittere Kelch an ihnen vorbeigeht. Er wird nicht vorbeigehen. Nur bedauerlich, daß wir alle, die Opfer ihrer Machenschaften, den Kelch werden mit ausleeren müssen. Nur, haben wir es eigentlich besser verdient?! War uns unser Selbstbestimmungsrecht tatsächlich so wichtig? Hatten wir uns nicht häuslich eingerichtet in der Nischengesellschaft, entmündigt zwar, aber mit vollem Magen? War uns der gefüllte Wanst nicht wichtiger als der gebeugte Rücken? Der aufrechte Gang aber wird schwierig werden mit einer chronischen Rückgratverkrümmung.

Entwicklungsziel muß sein, die libertinäre Gesellschaft Deutschlands in eine liberale Gemeinschaft zu entwickeln, in der das Gemeinschaftsinteresse im Zweifel vor dem Individualinteresse steht (in dubio contra libertate) und die Freiheit zur Selbstbestimmung der Volksgemeinschaft als kardinales Demokratieprinzip in das Zentrum jeder progressiven Liberalismuskussion tritt. Individual- und Minderheitenfreiheitsrechte finden ihre definitiven Schranken im höherrangigen Gemeinschaftsinteresse auf Prosperität des Ganzen.

Die Bonner Lobbykratie

In der Bonner Neusprache heißt Korruption Lobbyismus, und das Ergebnis dieser Korruption heißt Demokratie. Das Prinzip zur Erhaltung der durch Korruption erworbenen Besitzstände und Pfründe und zur Abwehr Andersdenkender heißt Rechtsstaatsprinzip.

Laut dem Magazin *Der Spiegel* korrumpieren zur Zeit 341 Wirtschaftskonzerne, 1481 Verbände sowie Kirchen und Gewerkschaften die Abgeordneten. Sie sind die eigentlichen Herrscher Deutschlands, nicht das deutsche Volk. Jedem Abgeordneten des Bundestages stehen zwanzig Korruptierer gegenüber. Sie sind die unsichtbaren grauen Eminenzen, die den sichtbaren »Abgeordneten« bei der Gesetzgebung die Feder führen.

Das wichtigste Ziel der organisierten Korruption ist der Erhalt des Status quo: Pfründe schützen, Reformen zu wirklicher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verhindern oder zu verzögern.

Selbst Frau Hamm-Brücher, Mitglied der Wirtschaftspartei FDP, spricht von »tiefgreifenden Kreislaufstörungen im System der Demokratie«, damit natürlich zugleich das Eingeständnis vermeidend, daß es eine wirkliche Demokratie im Nachkriegsdeutschland nie gab, und zwar weder im Westen noch im Osten.

Die Raff-Orgie des Bonner Establiments von CDU, CSU, SPD und FDP nimmt immer dreistere Formen an; die Lobbyisten Adolf Kanter, Hagedorn, Rollmann, Pawelcyk, um nur wenige zu nennen, die in einem wirklichen demokratischen Rechtsstaat mutmaßlich wegen Abgeordnetenbestechung einsitzen würden, sind weiterhin auf Expansionskurs; denn in Deutschland ist Abgeordne-

tenbestechung, im Gegensatz zu Frankreich, Belgien und den Niederlanden, nicht strafbar. Und die scheinheiligen Bestechenden und Bestochenen wundern sich auch noch über die steigende Zahl von »Nichtwählern«, als hätte das Stimmvieh Volk tatsächlich je eine Wahl gehabt, als wäre nicht jede Stimme, die der Viererbande gegeben wird, eine Stimme für noch mehr Korruption; denn es waren die Vertreter dieser Parteien, die die vielarmige, allmächtige Krake, getreu dem USA-Vorbild, erst ermöglichten und damit das Volk entmachteten bzw. dessen Machtergreifung a priori vereitelten.

Gegen die »Herren« Lobbyisten ist ein Gesetz überfällig, aber es wird in der Filzokratie Deutschland kaum in Kraft treten. Zu weit fortgeschritten ist die Verfilzung zwischen den Interessen von Industrie, Gewerkschaften, Kirchen etc. und denjenigen in den Parlamenten, die allen möglichen Herren dienen, nur nicht dem deutschen Volk, dem verhinderten, entmündigten Souverän. »Wir sind das Volk?!« Mag sein. Aber wir sind dennoch nichts in Deutschland.

Im Zeitalter militärischer Deeskalierung in Mitteleuropa und (partiell) Abzug früherer Besatzungsmächte übernimmt nun amerikanisches, japanisches, arabisches, französisches und jüdisches Kapital den Einfluß auf die deutsche Gesetzgebung. »Pressure groups« nennt man diese wegelagernden Dukatenkacker in der Bonner Neusprache, aber erst die Übersetzung verdeutlicht, worum es eigentlich geht: Es sind Gruppen, die Druck auf die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften ausüben und die das durch Artikel 38 Grundgesetz garantierte Recht eines jeden Abgeordneten, sich frei nach seinem Gewissen entscheiden zu können, tagtäglich konterkarieren und ad absurdum führen. Das Gewissen eines deutschen Abgeordneten ist ein Gummiband, an dem sie alle, die Hyänen und Totengräber in dieser verlotterten Republik, zerren.

Wie konnte es dahin kommen?

Vor allem durch die Siegermacht USA, die ihr eigenes marodes System der Korruptionswirtschaft auf den westlichen Teil Deutschlands übertragen hat. Allerdings ist selbst in den USA die Abgeordnetenbestechung inzwischen strafbar.

Unabhängig von der Ausschaltung des Volkes ist insbesondere die Gefahr ausländischer Einflußnahme auf Gesetzesentscheidungen hervorzuheben, durch die der deutschen Volkswirtschaft jährlich Milliarden Schäden entstehen. Man mag sich vorstellen, wie viele Abgeordnete schon heute heimlich in den Diensten von Opel (General Motors), Toyota, Nissan, Ford oder Renault stehen und nebenbei ihre Diäten empfangen. Für parlamentarische Arbeit bleibt bei soviel Mehrfachbelastung kaum Zeit.

Ist es angesichts der Tatsache, daß die Bonner Korruptis nicht dem deutschen Volk, sondern Partikularinteressen dienen, erstaunlich, daß sie ständig selbst durch ihre Abwesenheit im Parlament zu verstehen geben, was sie selbst von diesem halten. Man höre: Am 22. 4. 1993 unterbrach Bundestagsvizepräsident Klein eine Plenarsitzung, weil nur noch 6 von 662 Abgeordneten im Saal waren, also weniger als ein Prozent. Dies ist maximal der Prozentsatz, den die Bonner Viererbande insgesamt an Wählerstimmen auf sich vereinigen sollte, ein gereiftes Volk vorausgesetzt. Der große Herbert Wehner hatte für diese Mischpoke folgenden klassischen Satz geprägt: »Ich, meine Damen und Herren, ich schäme mich!« Scham? Dieser Begriff scheint in der Bonner Neusprache nicht zu existieren. Nota bene: Nach Freud endet die Schamlosigkeit im Schwachsinn. Dies alles haben wir von »Big Brother«, unserem großen Besatzungsbruder USA übernommen. Und auch dort gibt es, mit dem üblichen Vorlauf, dieselben Reaktionen, dieselbe Ohnmacht des Volkes.

In dem 1991-Bericht *Citizen and Politics* der Ketteringstiftung heißt es zusammenfassend: »... Many Americans do not believe that they are living in a democracy now. They don't believe ›we the people‹ actually rule ... [they] describe the political system as impervious to public direction, a system run by a professional political class and *controlled by money*, not votes.

The people talk as though our political system had been taken over by alien beings ... They feel as though they have been locked out of their own homes, and they react the way people do when they have been evicted from their own property.

Citizens now believe that individual Americans simply do not count in politics ...«.

Zu deutsch: »Viele Amerikaner sind nicht der Ansicht, daß sie heute in einer Demokratie leben. Sie sind nicht der Ansicht, daß (das demokratische Prinzip, der Verfasser) ›Wir, das Volk‹ wirklich regiert ...

Sie beschreiben das politische System als undurchdringlich hinsichtlich der Durchsetzung des Volkswillens, ein System, das von einer politischen Klasse geführt wird, die ihrerseits nicht von Stimmen, *sondern vom Geld* kontrolliert wird.

Das Volk redet, als ob unser politisches System von fremden Wesen übernommen worden ist ... Sie fühlen sich, als ob sie aus ihren eigenen Häusern ausgeschlossen wurden, und sie reagieren wie Menschen, die von ihrem eigenen Grund und Boden gewaltsam vertrieben wurden. Bürger sind heute der Ansicht, daß einzelne Amerikaner schlicht und einfach in der Politik nicht zählen ...«

Die real existierenden Lobbykratien der USA und Deutschlands sind tatsächlich Diktaturen des Geldes bzw. Geldmonarchien (»Money monarchies«), so der gemeinsame Eindruck der Völker.

Fühlen wir uns, ein amerikanischer Ableger, nicht ähnlich ohnmächtig wie das amerikanische Volk? Sollten wir

uns nicht mit dem amerikanischen *Volk* gegen die Oligarchien beider Staaten, die uns unterdrücken und manipulieren, solidarisieren? Ist es nicht ein Akt der Würde eines Volkes, seiner Selbstachtung, die Vertreter der Lobbykratien *nicht* zu wählen? Handeln wir nicht völlig würdelos, wenn wir die Viererbande wählen, wissend, daß wir mit unserer Stimme kaum etwas bewirken können? Ist es nicht an der Zeit, uns mit bereits mehr als 50 % unseres Volkes (37 % Nichtwähler + sonstige Parteien) dazu zu entscheiden, unsere Würde zurückzuerringen und uns nicht weiter von der Viererbande zur Wahlurne wie Schlachtvieh zur Schlachtbank schleifen zu lassen? Ist es nicht an der Zeit, anders oder, »mangels Masse«, nicht zu wählen?

Deutschland im Griff der Mafia

Es gibt tatsächlich Deutsche, die gern Florenz, Venedig oder Rom gesehen hätten und es nie sahen, weil sie es ablehnten, in ein Land zu reisen, in dem Mafia, Camorra und 'Ndrangheta regieren.

Heute müßten diese Don Quichottes der Moral und Unbestechlichkeit eigentlich emigrieren; denn Deutschland selbst ist im Griff der Mafia. Die sizilianische Mafia und die neapolitanische Camorra haben sich unser Land als »Ruheraum« ausgewählt. Sie trafen hier auf eine perfekte Infrastruktur. Jede Pizzeria oder italienische Eisdiele ist ein potentieller Mafia-Stützpunkt. Jedes China-Restaurant ist ein potentieller Stützpunkt der chinesischen Triaden.

Umgekehrt gibt es Deutsche, die sich das mafiose Italien als ihren Ruheraum ausgewählt haben, um von dort aus in aseptischer Distanz zu allem Deutschen ihre germanophoben Tiraden vorzubereiten, vor allem die Toskana-Fraktion der SPD unter Führung ihres Chefagitators Peter Glotz.

Das organisierte Verbrechen versucht, einen Gegenstaat zu errichten. Inzwischen gibt es in Deutschland ca. dreihundert (300) mafiose Gruppierungen.

Die heutigen Verhältnisse wurden durch die Viererbande und ihre servilen Helfershelfer leichtfertig be- und gefördert, und zwar durch Herabsetzung der sozialen Moral und den Standards politischer Kultur, durch verbale Verniedlichung der mafiosen Entwicklung Deutschlands, Schwächung der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizei, Unterlassung dringlichster gesetzlicher Maßnahmen, Öffnung der Grenzen und vor allem durch die

abgrundtiefe Korruption ihrer Politiker in Legislative und Exekutive (»anything for money«).

Bis in die Gegenwart hinein wurde mafioses Verhalten nicht als mafioses Verhalten, ein Mafiosi nicht als Mafiosi gebrandmarkt. Lächerliche semantische Verrenkungen wie »professionelles Verbrechen« oder »kommerzielle Täterzusammenschlüsse« wurden benutzt, um dem Volk zu suggerieren, daß Deutschland eben noch nicht im Griff der Mafia sei. Gebetsmühlenhaft wurde seitens der Regierung verkündet, daß »keine besorgniserregenden Erkenntnisse über die organisierte Kriminalität vorliegen«. »Organisierte Kriminalität«, das ist auch eine semantische Verballhornisierung des mafiosen Abgrundes und Abschaums. Nur nicht das Kind beim Namen nennen. Die Arbeitsgruppe Justiz/Polizei definierte den Begriff wie folgt: »Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- und Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

- ◇ unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsmäßiger Strukturen,
- ◇ unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder
- ◇ unter Einflußnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken.«

Diese enge Definition ist kontraproduktiv. Sie verleitet zu der leichtfertigen Annahme, mafioses Verhalten vollziehe sich nur in ihrem Rahmen. Dadurch erscheint sonstiges mafiose Verhalten (z. B. Abgeordnetenbestechung) als weniger bedrohlich, einige »Weiße-Kragen-Täter« entgehen einer wenigstens gesellschaftlichen Stigmatisierung, wenn nicht einer Bestrafung, und das Volk wird abermals eingeschläfert. Dabei müßten alle Alarmglocken läuten.

Mafioses Verhalten ist vor allem jenes Verhalten, das darauf hinwirkt, die Gesellschaft oder Teile von ihr, den Staat und seine Institutionen zum eigenen Vorteil planmäßig, nachhaltig und gewerbsmäßig zu schädigen, zu bedrohen oder auf andere Weise zu mißbrauchen. Würde ein solches Verhalten mit einer hohen Strafandrohung versehen, wären Subventionsschwindel und amtlich begünstigte Steuerhinterziehung keine Kavaliersdelikte mehr, sondern Verbrechen gegen die Volksgemeinschaft. Unter diesem Aspekt wäre auch Lobbyismus in der Regel mißbräuchlich und damit mafios; denn er ist notwendigerweise darauf angelegt, Partikularinteressen statt des unteilbaren Interesses der Volksgemeinschaft durchzusetzen. Der eigentliche Souverän, das Volk, wird ausgeschaltet; das Demokratieprinzip bleibt als Worthülse zurück.

Es wird auch deutlich, wie zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen dadurch, wie Dinge benannt oder definiert werden, entweder positiv oder negativ beeinflusst werden können.

Wäre es nicht ein Stück Rückgewinnung von Glaubwürdigkeit, wenn zunächst einmal mit dem semantischen Etikettenschwindel, das heißt mit der Neusprache der Viererbande (siehe Epilog), aufgeräumt würde? Wäre es nicht ein Befreiungsschlag, wenn die Herren von Brauchitsch, Kanther, Hagedorn, Rollmann, Pawelcyk und Konsorten, ohne Repressionen befürchten zu müssen, schlicht und einfach als Mafiosi bezeichnet werden könnten? Denkt das Volk nicht ohnehin so? Sollten die Abgeordneten in einer Demokratie diese Denkweise nicht nachvollziehen, um irgendwann doch noch Volksvertreter zu werden und nicht Vertreter von Daimler Benz, BMW, Toyota, Nissan, Ford, General Motors, IBM, Peugeot, Airbus Industries etc. zu sein? Der politischen Hygiene wegen!

»Die Bedrohung der inneren Sicherheit durch die orga-

nisierter Kriminalität droht sich für Europa und besonders für die Bundesrepublik Deutschland zu einer nationalen Existenzfrage auszuweiten«, urteilte bereits im März 1990 die Konferenz der Innenminister und der Länder.

Seitdem hat sich die Lage noch dramatisch verschärft. Mafioses Verhalten gibt es, so der Leiter des Kriminalamtes Hamburg, Wolfgang Sielaff, vor allem in folgenden Bereichen:

- ◇ Rauschgifthandel,
- ◇ Falschgeldherstellung und -vertrieb,
- ◇ Waffenhandel und -schmuggel,
- ◇ Kraftfahrzeugdiebstahl und -hehlerei,
- ◇ betrügerisches Einlösen von Schecks,
- ◇ Kreditkartenbetrug,
- ◇ Kapitalanlagebetrug,
- ◇ Subventionsbetrug,
- ◇ Produktpiraterie,
- ◇ illegale Einschleusung von Ausländern und unerlaubte Arbeitsvermittlung an Ausländer,
- ◇ Schutzgelderpressung,
- ◇ verbotenes Glücksspiel, Falschspiel,
- ◇ Förderung der Prostitution,
- ◇ Zuhälterei,
- ◇ Menschenhandel,
- ◇ Korruption von Beamten und Politikern.

Aber auch die systematische Einschüchterung von Geschäftsleuten, Waren von bestimmten Firmen zu beziehen, illegale Geldeintreibung, Zinswucherei im Rahmen illegaler Kreditvergabe und die Geldwäsche über Banken und Rechtsanwälte gehören dazu.

Die obige Aufzählung macht deutlich, daß mafioses Verhalten mit Wirtschaftskriminalität eng verknüpft ist. Es gibt zwar wegen der hohen Dunkelziffer und den in

einigen Bereichen bestehenden Schwierigkeiten der Schadensquantifizierung (z. B. im Drogenhandel) keine exakte Schätzung hinsichtlich der durch mafioses Verhalten verursachten Schäden, sie dürften aber, sehr konservativ geschätzt, bei mindestens hundert Milliarden D-Mark jährlich liegen (DM 100 000 000 000.-). Wäre es möglich, diese uns allen zugefügten Schäden einzusparen, könnten zum Beispiel Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizei personell und materiell besser ausgestattet, Arbeit subventioniert und damit in Deutschland gehalten, Lohnnebenkosten gesenkt und damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Produkte unserer Unternehmen im Weltmaßstab optimiert, unser abbröckelndes soziales Netz gesichert, Steuern reduziert, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F + E) drastisch gesteigert werden usw., usw.; dies alles könnte so sein, wenn die Viererbandekonsequente legislative und exekutive Schritte einleiten würde. Es gibt inzwischen zwar ein Geldwäsche-Gesetz, dies aber wieder nur als ein lächerliches Feigenblatt; Entscheidendes wird sich damit nicht ändern, weil es leicht zu umgehen ist.

Eine Änderung wäre zu erhoffen, wenn zum Beispiel die in Deutschland mit mafiosen Geldern erworbenen Immobilien und sonstigen Vermögenswerte zum Wohl der Allgemeinheit (Art. 14 Grundgesetz) enteignet werden könnten. Auf diese Weise würden ganze Straßenzüge in den Bestlagen ostdeutscher Städte wieder auf den Markt gelangen. Dies wäre ein wirkliches Signal an die Mafiosis aller Herren Länder, die nach der Wiedervereinigung vor allem Ostdeutschland als Geldwäsche-Dorado benutzt haben. Ist es denn wirklich ein Fortschritt, die Innenstädte von Leipzig, Dresden, Ostberlin etc. heute in der Hand sizilianischer oder neapolitanischer Verbrecherbanden zu wissen statt früher im Volkseigentum der DDR?

Der ehemalige hessische Innenminister Horst Winterstein (SPD) entblödete sich nicht, folgenden Gedanken-

furz loszulassen: »Es sind Fälle denkbar, in denen die Verlagerung von Vermögenswerten und deren anschließende Verwendung durch den Wirtschaftsstraftäter volkswirtschaftlich nützlicher sein kann als die Verwendung des Vermögens durch den Geschädigten.« Als gäbe es nur den volkswirtschaftlichen Nutzen und nicht den moralischen Schaden, nicht den Verlust an Vertrauen in staatliche Gerechtigkeit.

Wie müssen sich Leipziger oder Dresdner Mitbürger fühlen, wenn sie durch »ihre« Innenstadt gehen, wissend, daß viele Häuser mit dem schmutzigen Drogengeld längst verstorbener oder dahinsiechender, drogenabhängig gemachter Kinder und Jugendlicher gekauft wurden? Wie müssen sie über die obszöne Äußerung des ehemaligen SPD-Innenministers Winterstein denken? Pecunia non olet, nicht wahr, Herr Winterstein? Morbus corruptiensus, Herr Winterstein! Die materiellen Schäden sind möglicherweise noch reparabel oder können bei entsprechender politischer Konsequenz in Zukunft verhindert werden. Aber wie steht es mit den angerichteten ideellen Schäden? Wie steht es mit den heute Dreißig- oder Vierzigjährigen, denen bereits vor zehn oder zwanzig Jahren vermittelt wurde, daß sich Rechtschaffenheit nicht lohnt, und die dieses offensichtlich zutreffende Lern- und Erfahrungswissen inzwischen an ihre eigenen Kinder weitergegeben haben, Kinder, die im Gegensatz zu ihren Eltern überhaupt keine Chance mehr hatten, in einer anderen als der durch Korruption zerstörten Gesellschaft heranzuwachsen? Welche Monster, dieses prägende Muster vor Augen, werden eines Tages Schlüsselpositionen in einer von korrupten Brüsseler Technokraten ferngesteuerten Gesellschaft übernehmen?

Wenn Deutschland im Griff der Mafia ist, dann gilt dies erst recht für Frankfurt am Main. Berlin ist neuerdings gleichgezogen. In Zukunft werden wohl, welche wunderbare Fügung, die Regierungshauptstadt und die Haupt-

stadt des Verbrechens identisch sein. Endlich hat die Bonner Viererbande einmal Konsequenz bewiesen!

Eng verknüpft mit dem Frankfurter Sumpf sind/waren die mosaischen Juden Hersch Beker, Chaim Beker und Josef Buchmann, aber auch Namen wie Rudi Arndt, heute Europa-Abgeordneter der SPD, Ernst Gerhard (CDU) und Walter Wallmann (CDU). Wenn es den Mafiosi-Idealtypus gibt, dann war es Hersch Beker, der unter der Regierung Wallmann als uneingeschränkter Bordellfürst die Stadt am Gängelband führte. Er schmierte, manipulierte und kujonierte Behörden, Politik und Medien nach Herzenslust. Ausgerechnet dieses Herzchen wählte sich Walter Wallmann, früherer christdemokratischer Oberbürgermeister, um das Bordellviertel am Frankfurter Hauptbahnhof, sowohl ein ewiger Schandfleck von »Monopoly«-City als auch ihr angemessenes Tor, zu beseitigen, so, als ob Feuer mit Feuer zu bekämpfen sei. Damit wurde Beker zugleich von höchster Stelle pardonierte, avancierte er doch plötzlich zum Partner der regierenden »christlichen« Partei. Korruption pur, würde das »einfältige« Volk sagen; in der Neusprache der Viererbande heißt Korruption aber Partnerschaft. Dies ist folgerichtig, nur wird damit nicht der gesellschaftliche Abschaum erhöht, sondern es wird anerkannt, daß man selbst dazu gehört. Die »Partnerschaft« endete, wie in dem aufschlußreichen Buch *Die Verbrecherholding – Das vereinte Europa im Griff der Mafia* von Jürgen Roth und Marc Frey im einzelnen nachzulesen ist, für die Gebrüder Hersch und Chaim Beker mit einem Multimillionen-DM-Gewinn und, wie zu erwarten war, für die Stadt Frankfurt mit einem ebensolchen Verlust. Die Bordelle sind immer noch, wo sie waren; die Stadt der vierhundert Banken hat inzwischen die höchsten Schulden bundesweit. Who wins, who loses? Das Volk verliert immer. Und Hersch Beker? Die Staatsanwaltschaft leitete endlich gegen ihn ein Ermitt-

lungsverfahren wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung ein (Hauptvorwürfe: illegales Glücksspiel und Steuerhinterziehung in Höhe von 20 Mio. DM). Hersch Beker entflochte. Nach Israel natürlich.

Was ist zu tun, um Deutschland von der Mafia-Pest zu befreien? Die Polizei ist nach seriösen Schätzungen um 80 000 Personen aufzustocken; Polizisten sind besser zu bezahlen, um nicht zuletzt das Bestechungsrisiko zu reduzieren. Bei entsprechendem Tatverdacht müssen italienische Pizzerias und Eisdielen, China-Restaurants etc. abgehört werden (sogenannter kleiner Lauschangriff), wenn nötig auch die Wohnungen der Inhaber (sogenannter großer Lauschangriff). Dem erfolgreichen Beispiel Italiens folgend, muß entsprechend einem Schäuble-Vorschlag die Armee gegen die Mafia eingesetzt werden; denn die Mafia ist ein äußerer, nicht nur ein innerer Feind. Sämtliche im Weg der Geldwäsche in Deutschland erworbenen Vermögenswerte sind einzuziehen. Besteht prima facie der Verdacht, daß Vermögenswerte mit mafiosen Geldern erworben wurden, dann tritt eine Beweislastumkehr mit der Maßgabe ein, daß der Eigentümer des Vermögensgegenstandes beweisen muß, daß dieser nicht mit schmutzigem Geld erworben wurde, um seine Enteignung zugunsten der Gemeinschaft zu vereiteln. Im übrigen müssen aus Gründen einer glaubhaften Abschreckung die geldwaschenden »white-collar-criminals«, also meistens skrupellose Banker und ihre Komplizen, mit vergleichbar harten Strafen rechnen wie die Mafiosis.

Was tut die Viererbande statt dessen? Sie eiert seit Jahren herum, was die personelle Aufstockung der Polizei und die Einführung des kleinen und großen Lauschangriffs anbetrifft. Währenddessen wurde das mafiose Netz immer enger geknüpft. Am katastrophalsten aber hat sich die Öffnung der Grenzen im Rahmen der EU ausge-

wirkt, weil die staatlichen Sicherheitsorgane heillos zersplittert sind. Es gibt in Europa keine einheitliche politische und polizeiliche Konzeption zur Bekämpfung mafioser Gruppierungen. »Die Chance, an gewisse Dinge heranzukommen, wird durch den gemeinsamen Binnenmarkt natürlich minimiert«, stellte Wolfgang Sielaff, Direktor des LKA Hamburg fest. Jürgen Storbeck, leitender Kriminaldirektor des BKA, wertet die jetzige Situation als »kritisch und hochgefährlich«. Die Kriminalität werde zunehmen und bestehende Mafiastrukturen so verfestigen, daß man sie auch mit größter Anstrengung nicht mehr loswerde. Aufgrund des noch verstärkten Einflusses mafioser Gruppen (schon heute gibt es in Deutschland ca. 300) werden die erforderlichen öffentlichen und privaten Sicherheitsaufwendungen explodieren, über den Staat vor allem durch höhere Steuern, über Versicherungs-Gesellschaften durch höhere Beiträge (Diebstahl), über Krankenkassen mit geringerwertiger Leistung, über ein schleichendes Aushöhlen von ganzen Wirtschaftsbereichen mit schwindender Konkurrenzfähigkeit bis hin zum Verlust von Arbeitsplätzen. Nochmals Jürgen Roth und Marc Frey in *Die Verbrecherholding – Das vereinte Europa im Griff der Mafia*: »Die Folgen der europäischen Integration werden das Verhältnis zwischen Bürger und Rechtsstaat einer Zerreißprobe aussetzen: Einerseits wird durch das Ansteigen der Kriminalität das Vertrauen der Menschen in die Sicherheitsbehörden nicht gerade gestärkt, andererseits werden die notwendigen Eingriffserweiterungen für die Polizei der Angst vor allgewaltigen Sicherheitsbehörden neue Nahrung geben.« Warum also setzt uns die Viererbande diesen Risiken aus? Die Antwort ist evident. Sie selbst hat sich bereits in dem mafiosen Netzwerk, in einem System von Vetternwirtschaft, Ämterpatronage und Bakschisch-Mentalität heillos verfangen. Sie ist allem Anschein nach zum Feind unter uns geworden.

Politische Manipulation und Medien

Rupert Lay (*Manipulation durch die Sprache*) erwähnt unter anderem folgende Typen politischer Manipulation:

- ◇ Ausweis der eigenen Unentbehrlichkeit,
- ◇ Diffamierung des nationalen oder politischen Gegners,
- ◇ Warnung vor dem Ungewissen, den Experimenten,
- ◇ Einsatz massenwirksamer Aktionen mit vordergründigen oder nahzielenden Verbesserungen (Wahlgeschenke),
- ◇ Gleichsetzung von Partikularinteressen mit dem Staatsinteresse.

Es bereitet keine großen Schwierigkeiten, diese Manipulationen in dem politischen Tagesgeschäft der Viererbande und der Medien zu identifizieren.

Politiker und Journalisten leben in der Bonner Filzokratie in einer Symbiose und einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Der Journalist braucht die politische Plaudertasche, der Politiker freie Werbeminuten für seine TV-Vermarktung. Dafür werden Journalisten schon einmal als Quasi-Ratgeber gebauchpinselt. Besonders korrupte journalistische Antichambrierer werden in bevorzugte Kreise aufgenommen, in denen sie den letzten politischen Tratsch noch brühwarm aufgetischt bekommen oder gar materielle Zuwendungen erhalten. »Schweinejournalismus«, urteilte ausgerechnet die Rotlichtpflanze Lafontaine. Wer selbst im Glashaus sitzt . . .

Am 1. Februar 1994 erklärte Renate Schmidt, Vorsitzende der bayerischen SPD, im bayerischen Fernsehen allen

Ernstes, daß die Politiker nicht ohne die Medien und die Medien nicht ohne die Politiker denkbar seien. Bingo! Quod erat demonstrandum. Lorient plus Otto zum Quadrat. Dies ist das Zeitalter, in dem das Original eines Politikers jede Karikatur übertrifft.

Tatsächlich unterscheiden sich die Aufgaben der politischen Parteien und der Medien nach Ziel und Zweck in grundsätzlicher Weise, wie auch das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1982 hat anklingen lassen. Medien sollen die Parteien und ihre Politiker kontrollieren, nicht mit ihnen kopulieren. De facto aber ist die sogenannte »Rundfunkfreiheit« eine Farce.

Ein Beispiel einer symbiotischen Beziehung zwischen Politik und Medien ist auch die zwischen Kohl und dem CDU-Mitglied Kirch, Mehrheitseigner von SAT 1. Kirch hat seinem Kohl sogar eine eigene Sendung eingeräumt.

Die »vierte Gewalt« hat die Deutschen fest im Griff.

Tagtäglich werden die Deutschen durch TV-Massenmedien manipuliert, durch unterdrückte oder unvollständige Nachrichten, durch tendenziöse Kommentare, durch gewaltverherrlichende oder sexistische Filme, durch debile Werbesendungen und vor allem durch gesteuerte Diskussionen. Vielen Zuschauern im Bereich des hessischen Fernsehens, in dem der Verfasser lebt, gehen bzw. gingen permanent die Messer in der Tasche auf, wenn sie zum x-tenmal von den mosaischen Juden Ignatz Bubis oder Michael Friedmann, SPD-Eichel und dem Karl-Eduard-von-Schnitzler-Verschnitt Wilhelm von Sternburg sowie seinem Adlatus Uwe Günzler eingetrichtert bekommen bzw. bekamen, wie sie die Welt, Deutschland und die Viererbande zu sehen haben und wie rückschrittlich es doch sei, sich um das Geschick der Nation zu sorgen. Wer von uns empfindet nicht ständig einen heiligen Zorn, wenn »Moderatoren« wie Klaus Bednärz, Wilhelm von Sternburg, Galinski-Preisträger Rüdiger Wagner

vom Bildschirm hetzen und alle niedermachen, die nicht in ihr Schubladendenken passen. Diese furchtbaren politischen Gesäßakrobaten und verbalen Gewalttäter, die Querdenkende als links oder rechts, links- oder rechts-extremistisch, kommunistisch oder faschistisch oder sogar ultrarechts diffamieren, wie kürzlich der frankophile Tagesthemenfaser Ulrich Wickert. Aber ihre ständige Hetzerei wird sich in ihrer Wirkung verbrauchen. Das Diffamierungsprinzip verkehrt sich, so schon Aristoteles, in sein Gegenteil, wenn es überstrapaziert wird. Keiner hört mehr zu. Wir kennen das aus der DDR und den von-Schnitzler-Tiraden des Schwarzen Kanals. Von Sternburg und Consorten werden wie Karl Eduard von Schnitzler in der Versenkung verschwinden. Sie werden vorher nochmal draufsatteln, aber wie weit lassen sich Superlative noch superlativieren? Super-ultra-links, super-ultra-rechts gefällig. Der Superlativismus wird sich letztlich gegen sie wenden. Wem dienen diese verbalen Gewalttäter der Bildschirme? Im Falle von *ARD* und *ZDF* de facto vor allem der Viererbande von CDU, CSU, SPD und FDP, ansonsten dem luxemburgischen Sender *RTL* oder sonstigen privaten Interessen. Derjenige, der zum Beispiel seine Nachrichten von dem Nachrichtensender *n-tv* (Berlin) bezieht, muß damit rechnen, daß sie aus amerikanischer und/oder mosaisch-jüdischer Sicht manipuliert sind, denn *n-tv* wird von diesen Interessen mehrheitlich dominiert, darunter *CNN* (Ted Turner), die jüdische Rothschildbank und der jüdisch-dominierte Medien-Multi Time Warner.

Die mosaisch-jüdische Strategie bedient sich hier allem Anschein nach derselben Mittel wie seinerzeit durch die Monopolisierung der Manipulationsindustrie Hollywoods durch die mosaischen Juden Marcus Loew, Adolph Zukor, Sam Goldwyn, Carl Laemmle, Louis Selznick, Louis B. Mayer, Jesse Laskey, William Fox, David Selznick, Ernst Lubitsch, B. P. Schulberg, Irving Talberg, Charly Chap-

lin, Jack Warner. Auch Steven Spielberg (*Schindlers Liste*) befindet sich in dieser Tradition, wenn auch seine Mittel wesentlich subtiler und ausgewogener sind. Dieses jüdisch-monopolisierte Hollywood manipulierte das amerikanische Volk durch teilweise primitivste anti-deutsche Hetzfilme, von denen das deutsche Volk (un)glücklicherweise nie Kenntnis erlangte. Sie blieben in ihrer Obszönität häufig nicht hinter dem antisemitischen Nazihetzmovie »Jud Süß« des Veit Harlan zurück.

Wie erfolgt die Manipulation des Volkes? Nicht nur durch Unterdrückung und Verfälschung von Informationen und tendenziöser Kommentierung, sondern vor allem bei den privaten kommerziellen Sendern durch eine Programmgestaltung, die gezielt die völlige Verblödung der Massen verfolgt. Erst das total verblödete Volk ist auch total manipulierbar. Die Manipulation erfolgt also in einer Doppelstrategie. Durch die ständige Berieselung mit debilen Programmen werden die Massen geistig platt gemacht, damit auf sie auch auf politischer Ebene beliebiger Einfluß genommen werden kann.

Am unverblümtesten scheint diese Strategie der luxemburgische Sender *RTL* zu verfolgen. Bezeichnenderweise befindet bzw. befand sich in dem Büro des Programmdirektors Marc Conrad das Foto von Michael Jackson, den Südkorea wegen Gefährdung der öffentlichen Moral und der Jugend nicht ins Land gelassen hat, der selbst von seiner Schwester als mutmaßlicher Kinderschänder bezeichnet wird und kürzlich an die Eltern eines minderjährigen Zeugen ein Schweigegeld von mehreren Millionen US-Dollar zahlte.

Die *RTL*-Leute haben wenig Originäres geschaffen, sondern häufig nur amerikanischen Unrat abgekupfert, ob es die degoutanten seelischen Exhibitionismus- und Abnormitätenshows »Hans Meiser« und Ilona Christen (USA: Donahue, Geraldo, Sally Raphael), seichteste Ga-

meshows wie »Familienduell« (USA: »Family feud«), »Der Preis ist heiß« (USA: »The price is right«) oder die Übernahme sonstiger synchronisierter amerikanischer Soap Operas sind, es scheint stets darum zu gehen, die bevorzugte Zielgruppe zwischen 30–45 Jahren in degenerierte, willfährige Konsumidioten zu verwandeln, die dann auch beliebig politisch manipulierbar werden. Darum: Mißtraut den Bildern Hollywoods und seiner Wurmfortsätze! Besonders eilfertige Moderatoren treiben ihr Unwesen im Frühstücksfernsehen von *ARD* und *ZDF*, praktisch Medien der Viererbande. Auf diese Weise werden die Deutschen schon morgens geimpft auf ihren Arbeitsweg geschickt. Abends kommt dann die nächste Ladung.

Morgen»moderator« Peter Frey, einer von dieser Sorte, durfte auch die Abendsendung »Menschen '93« am 1. 1. 1994 moderieren. Daraus sei beispielhaft für viele andere Sendungen demonstriert, wie eine *ARD/ZDF*-Manipulation am Thema »Briefbomben in Österreich« abläuft.

Die Einstiegsmanipulation erfolgt bereits durch die Auswahl des Gesprächspartners. Wir müssen immer wieder über *ARD* und *ZDF* dieselben Gesprächspartner über uns ergehen lassen, auch wenn diese mit ihrer Meinung in ihren jeweiligen Parteien nur eine verschwindende Mindermeinung vertreten, ganz zu schweigen von der Volksmeinung. Zu diesem Personenkreis gehören insbesondere Heiner Geißler (CDU), Rita Süßmuth (CDU), Peter Glotz (SPD), Burkhard Hirsch (FDP).

Manipulator Peter Frey (*ARD*, *ZDF*) ließ in unserem Beispiel einen gering verletzten katholisch-jüdischen Pfarrer einfliegen und ihn zunächst betonen, daß er nicht nur für Ausländer eintrete, sondern für alle Menschen. Sympathiepunkt für den Österreicher. So weit, so gut. Den mit Sympathie aufgeladenen Österreicher fragt Frey dann, ob der Vorsitzende der FPÖ, Jörg Haider, ein Anhänger einer gemeinsamen deutschen Kulturnation

(igittigitt!), der »Brandstifter« sei. Die mit dieser Frage verfolgte Manipulation ist folgende:

- ◇ Jörg Haider und die von ihm vertretenen Anschauungen sollen assoziativ mit den entsetzlichen Brandanschlägen von Solingen, Mölln etc. in Verbindung gebracht werden;
- ◇ Jörg Haider und die von ihm vertretenen Anschauungen sollen mit den Briefbomben-Sendungen in Verbindung gebracht werden;
- ◇ Die eigentliche Botschaft an die Adressaten der Manipulation soll bereits durch die Ungeheuerlichkeit der Frage überbracht werden. Sie ist es, die im Gedächtnis des Adressaten haften bleiben soll, nicht die Antwort des Interviewopfers. Auf dessen Antwort kommt es nach der bereits durch die Frage erfolgten Signalsetzung kaum mehr an.

Jeder wirkliche Demokrat, selbst wenn er sich, wie der Verfasser, nur seiner eigenen Denkrichtung verpflichtet fühlt, muß bei solchen Manipulationen aufschreien. In jeder demokratischen Prinzipien verpflichteten Institution würde ein solcher skrupelloser Manipulator fristlos gefeuert werden. Nicht so in den TV-Medien der korrupten Viererbande. In diesen Medien werden Manipulationen vergleichbarer Art während eines Tages ständig ausgestrahlt. Die Tolerierung solcher Medien ist zugleich Beleg dafür, daß die Viererbande sich selbst nicht demokratischen Prinzipien, sondern nur ihren Pfründen und Besitzständen verpflichtet fühlt.

Ein beliebtes Mittel der Manipulation der Massen ist deren Einschüchterung, das Spiel mit der Angst. »Furcht vor Züchtigung aber versagt niemals«, wußte schon Machiavelli. Die Drohung mit Krieg, sozialen Nachteilen, Wettbewerbsnachteilen ist ein beliebtes und von der Bonner Viererbande und den mit ihr in Symbiose existie-

renden TV-Medien von ARD und ZDF virtuos und nachhaltig eingesetztes Mittel. Dies mag am Beispiel der dem deutschen Volk aufgezwungenen EU-Mitgliedschaft belegt werden. Der EU-»Illusionär« Kohl (Originalton Stoiber) ließ keine Gelegenheit aus, die Deutschen über TV mit dem Argument einzuschüchtern, Deutschland sei als Exportnation auf die EU angewiesen, obwohl inzwischen die Nachteile einer Mitgliedschaft längst die Vorteile eindeutig überwiegen (siehe Seite 114 ff.); die Drohung mit angeblichen wirtschaftlichen Nachteilen ist aber immer noch das Einschüchterungsmittel erster Wahl.

Am weitesten ging ein gewisser Martin Schulze, ARD-Antichambrierer, der der Viererbande in einem Tages-themen-Kommentar am Abend des BVG-Urteils zu Maastricht übereifrig zur Seite sprang und gar verkündete, ein Scheitern des Vertrags von Maastricht hätte für Europa und Deutschland Krieg bedeutet. Für wie dumm hält man eigentlich das deutsche Volk? Oder gar Heiner Geißler, klassischer CDU-Haudegen, der über Bildschirm damit drohte, Deutschland würde allein auf sich gestellt von der japanischen Wirtschaftsmacht überrollt werden. Als wäre ein in sich gefestigtes, homogenes Deutschland, vorzugsweise in Konföderation mit Österreich und der Schweiz, nicht wesentlich besser vorbereitet, Seite an Seite mit Japan die Herausforderung der Zukunft zu meistern.

Oder nehmen wir ein SPD-»Mail-Out« zu »Maastricht« (*Europa. Eine historische Chance für Deutschland*), in dem unter Ziffer 2 dasselbe unsinnige Argument Geißlers benutzt wird, ein Indiz, daß die Kartellabsprachen zwischen den Mitgliedern der Viererbande sogar bis zur Abstimmung der Methoden zur Einschüchterung des deutschen Volkes gehen. Das absurdeste in dem SPD-Pamphlet ist, daß Maastricht sogar im Kampf gegen die Mafia herhalten muß (Ziff. 4), als ob nicht erwiesen ist, daß die Mafia Deutschland wegen der offenen Grenzen

und lascher polizeilicher Gegenwehr längst zu ihrem Hauptstützpunkt außerhalb Italiens gemacht hat (siehe Seite 45 ff.). Desinformationspolitik à la SPD; der Zweck heiligt die Mittel. Der wegen erwiesener Falschaussage inzwischen als SPD-Vorsitzender geschaffte Björn Engholm faßt in einem Begleitbrief zu dem lächerlichen Pamphlet nochmals alle für die EU gebetsmühlenhaft eingesetzten Einschüchterungsklischees zusammen, von der angeblichen Wahrung des Friedens (umgekehrte Kriegsdrohung), Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Drohung mit wirtschaftlichen Nachteilen), Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (als sei mit der EU und der Zuwanderung billiger südeuropäischer Arbeitskräfte Arbeitslosigkeit nicht importiert worden), Sicherung der Währungsstabilität (als sei zu erwarten, daß der ECU stärker werde als die D-Mark), Bekämpfung der Kriminalität (als könne dies auf nationaler Basis nicht wesentlich effektiver geleistet werden) bis zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (als sei Deutschland nicht ohnehin ökologischer Vorreiter).

Was veranlaßt die SPD, ihr eigenes Volk mit solchen Lügen einzuschüchtern, wenn wir zu ihren Gunsten annehmen wollen, daß der pauschale historische Vorwurf, ein Haufen vaterlandsloser Gesellen zu sein, ebenso klischeehaft ist wie die von ihr verwendeten Klischees zur Einschüchterung der Deutschen? Die Antwort heißt Lobbykratie (siehe Seite 40 ff.), ein zwischenzeitlich festgefügtes Netzwerk eigennütziger Partikularinteressen, die mit den Interessen des deutschen Volkes allenfalls zufällig kongruent sind.

Die machiavellistische Kunstfertigkeit besteht dann nur noch darin, die Eigeninteressen als die vermeintlichen Interessen Dritter, zum Beispiel des deutschen Volkes, zu verkaufen. Es handelt sich also um ein profanes alltägliches Marketing-Problem. Wie verkaufe ich ein schlechtes Produkt (sprich: Europäische Union). Vielleicht wäre

für die SPD ein Wechsel der Marketing-Agentur angebracht; denn plumper geht's nimmer.

Einer, der das Manipulationsinstrument Angst ebenfalls einsetzt, ist der Russe Schirinowskij. Der droht schon einmal den gerade befreiten Nachbarvölkern mit deren atomarer Vernichtung, wenn sie sich nicht gefügig zeigen. Interessanterweise wird dieser vulgäre Hitlerfan von Politikern, die hier in bezug auf die dem deutschen Volk aufgezwungene EU-Mitgliedschaft mit denselben Manipulationsmitteln gegen das eigene Volk arbeiten, als »rechts«, »rechtsextrem«, »rechtsradikal«, »ultrarechts« oder »faschistoid« bezeichnet. Haben diese Damen und Herren zu Hause alle keinen Spiegel?

Ein besonders im sogenannten Superwahljahr 1994 häufig eingesetztes Manipulationsinstrument werden bestellte, über die Medien ausgestrahlte Umfragen sein. Die Manipulationsmöglichkeiten sind mannigfaltig, und zwar insbesondere durch die

- ◇ Form der Fragestellung,
- ◇ Auswahl der Befragten,
- ◇ Zahl der Befragten,
- ◇ Zeitpunkt der Umfrage (Abwarten einer bestimmten, von dem Auftraggeber bevorzugten Stimmung im Volk),
- ◇ Unterschlagung mißliebiger Antworten,
- ◇ Unterschlagung der gesamten Umfrage, falls sich nicht das gewünschte Ergebnis erzielen läßt.

So kann sich die Viererbande Umfrageergebnisse leicht passend machen. Darum ist zu hoffen, daß die Deutschen wach sein werden und *jedem* angeblichen Umfrageergebnis mit äußerster Skepsis begegnen werden.

Die Viererbande oder die Ochlokratie der Bereicherung und der Inkompetenz

Die Viererbande von CDU, CSU, SPD und FDP hat sich Deutschland zur Beute gemacht. Vielen in unserem Volk ist heute zum Erbrechen, wenn ihnen Vertreter dieses Selbstversorgungskartells über TV oder sonstwie über den Weg laufen. Dieses Würgegefühl ist zum ständigen Begleiter der Deutschen geworden, weil es fast unmöglich ist, ihnen nicht zu begegnen.

Mitglieder dieser Parteien orientieren sich, wie Rupert Lang zu Recht feststellt, »an dem ökonomischen Grundsatz, es gelte, mit einem Minimum von persönlichem Einsatz ein Optimum an persönlichem Ertrag zu erwirtschaften. Das bedeutet u. a., daß sie sich nur noch dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen, wenn es zufällig mit dem Eigenwohl Hand in Hand geht«.

In den Parteien der Viererbande sammeln sich, so das gängige Klischee, die Versager der Nation, die in ordentlichen Berufen ohnehin nur zu einem Minimum an fachlichen Leistungen in der Lage seien.

In der Tat können Halbgebildete, Abbrecher, Faulpelze, Antichambrierer, Byzantinisten, Verbalfuzzis in den Parteien der Viererbande märchenhafte Karrieren machen. Häufig besteht ihr einziges Können in dem Spezialwissen, wie man politische Gegner in der eigenen Partei bekämpft oder, im Rahmen der Parteienlandschaft, wie andere, nicht zur Viererbande gehörende Parteien auszuschalten sind.

Guy Kirsch und Klaus Mackscheidt in einer Studie über Bonner Politiker: Der Amtsinhaber profitiere von »seiner überdurchschnittlichen Durchschnittlichkeit«. Er erledige »nur die laufenden Angelegenheiten«, eröffne »keine neuen Perspektiven, er führt – mit anderen Worten – weder sich noch seine Klientel bislang unzugänglichen Möglichkeiten der Weltbegegnung und der Wirklichkeitsgestaltung entgegen«. Die Garantenrolle für das Bestehende verleihe ihm »jene Robustheit, die eine Bedingung für seinen politischen Aufstieg und Erfolg ist«.

Hauptlernziel für karrieregeile Parteimitglieder sind die Parteiprogramme und die Lehren Machiavellis; hinzu kommen unerläßliche Attribute wie Sitzfleisch, Chuzpe, Großmäuligkeit und ein dickes Fell. Das wichtigste Attribut aber ist ein Mangel an Fachwissen; denn dieses verwirrt nur und könnte einen Denkprozeß in den verfetteten Gehirnen in Gang bringen.

Ein typisches Produkt der leistungsfeindlichen libertär-libertinistischen Gesellschaft ist Joseph (»Joschka«) Martin Fischer. Noch als Schüler forderte er die Einrichtung von »Beischlafzimmern« an Stuttgarter Gymnasien, bevor er ohne Abschluß das schulische Jammertal verließ. Er wurde dann, dem Zeitgeist seiner Generation entsprechend, Mao-Jünger, Marxist und Straßenrevoluzzer. Mit dem Aufkommen der grünen »Bewegung« konnte man Fischer bei den »Melonen« (außen grün, innen rot) wiederfinden, über die er schließlich gar stellvertretender Ministerpräsident des Landes Hessen wurde und – einem Ondit zufolge – nach der Bundestags»wahl« 1994 unter seinem 68er Kumpan Scharping Bonner Umweltminister werden soll. Nichts ist unmöglich in Deutschland. Alles ist möglich in Hessen und insbesondere in Frankfurt am Main.

Ein trauriges Beispiel einer solchen Parteikarriere ist auch die ewige Jungsozialistin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD). Die Dame, Ministerkandidatin Scharpings,

hatte allein mit den von ihr seit Jahrzehnten wie Maschinengewehrfeuer herausgeblökten Verbalinjurien »rechtsradikal, rechtsextremistisch, deutschnational, faschistisch« Karriere machen können, weil aufgrund entsprechender pawlowscher Prägung der SPD-Parteimitglieder das Entäußern eines dieser Wörter, so blödsinnig und deplaziert es auch in einem konkreten Fall sein mag, belohnt wird.

Für das durch die TV-Medien der Viererbande (*ARD*, *ZDF*) dressierte und manipulierte Volk hat diese Form politverbalen Analphabetismus allerdings bisher ausgereicht, um es von Republikanern oder in Zukunft mutmaßlich auch von dem EU-skeptischen »Bund freier Bürger« abzuschrecken, ohne sich auf politisch-programmatischer Ebene seriös und entschieden mit ihnen auseinandersetzen zu müssen. Verteufelung statt Debatte. Politischer Exorzismus statt gemeinsamen sachlichen Ringens um den besten Weg.

Wie lange halten die morschen Dämme noch und was passiert, wenn die nur noch mühsam gebändigten Fluten durchbrechen? Möglicherweise genau das, was mit frühzeitiger, demokratisch-fairer Auseinandersetzung hätte verhindert werden können.

Die legalisierte Bereicherung der Viererbande erfolgt vor allem durch die sogenannte Parteienfinanzierung, durch steuerlich absetzbare Spenden sowie Zuwendungen von Diäten und Pensionen.

Sie predigen Wasser und saufen Wein, sie prassen, während unsere Alten, die ihr Leben aufopfernd und ehrlich schuftend fast hinter sich gelassen haben, häufig von einer geringen Rente leben müssen und andere ihre Arbeit verloren haben.

Deutschland war das erste Land Europas, das eine staatliche Finanzierung der Parteien einführte. England, Bel-

gien und die Schweiz kommen noch heute im wesentlichen ohne eine Staatsfinanzierung aus.

Die direkte Parteienfinanzierung galt am Anfang der Bundesrepublik Deutschland, als das Gefühl von Moral und Anstand noch intakt war, als anrühlich. Ausgerechnet ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts machte sie im Jahre 1958 salonfähig. Seitdem hatte sich das Parasitentum der Viererbande in eine wahre Selbstbedienungsgorgie gesteigert, bis abermals das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1992 nahezu die gesamte staatliche Parteienfinanzierung für verfassungswidrig erklärte und die Parteien zugleich an das Gebot der »Staatsferne« erinnerte; denn gemäß Artikel 21 Grundgesetz wirken sie lediglich neben anderen gesellschaftlichen Gruppen an der politischen Willensbildung mit.

Das Gericht verbot allerdings keineswegs generell die staatliche Parteienfinanzierung; denn es setzt sich ebenfalls aus Mitgliedern der Parteien der Viererbande zusammen, ist also ein politisches Gremium, das im Zweifel dahingehend entscheidet, wohin zumindestens die Mehrheit der Bonner Lobbykratie und der sie pöppelnden in- und ausländischen Partikularinteressen tendiert, so auch im Falle des dem deutschen Volk aufgezwungenen und vom BVG sanktionierten EU-Beitritts.

Auch das Parteienfinanzierungs-Urteil des Gerichts aus dem Jahre 1992 änderte daran prinzipiell nichts. Der virulente Volkszorn wurde ein wenig eingedämmt, und zwar in der Weise, daß relative und absolute Obergrenzen sowie ein Maßstab der Verteilung der Staatsmittel unter den Parteien festgelegt wurden. Die relative Obergrenze staatlicher Zuwendung sind die selbst erwirtschafteten Einnahmen einer Partei. Die absolute Obergrenze ist die Summe der in der Vergangenheit abgezockten Staatszuwendung, das heißt mit insgesamt rund 1,4 Milliarden DM (DM 1 400 000 000.-) im Jahre 1992 die höchste der Welt. Gleichzeitig werden Parteien unterhalb der 5 %-

Grenze weiterhin benachteiligt, soweit es Mittel für parteinahe Einrichtungen betrifft.

Im übrigen aber ist alles nur Theater, Vernebelungstaktik. Das Füllhorn wird weiter reichlich ausgeschüttet.

Die Entscheidung eines unabhängigen, dem Volke dienenden Gerichts hätte nur auf völlige Abschaffung der Parteienfinanzierung lauten können und damit die Rückführung der Parteien auf das, was sie eigentlich sind, nämlich bloße Vereine, deren verfassungsmäßig vorgegebener Vereinszweck es ist, *neben* anderen gesellschaftlichen Gruppen an der politischen Willensbildung mitzuwirken (Art. 21 Grundgesetz).

Man stelle sich vor, welchen heilsamen Effekt, welche positive Signalwirkung ein solches Urteil zusammen mit der gesetzlichen Verankerung der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung auf das Gemeinwesen Deutschland gehabt hätte. Ein Großteil der Parasiten hätte sich wie wir um eine anständige Arbeit bemühen müssen; jene, die sich im Arbeitsleben bereits bewiesen haben oder die es als Ehre erachten, ihrem Volk zu dienen und nicht an ihm zu verdienen, würden nachrücken. Welche Chance wurde vertan!

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland hat im Januar 1994 das neue Parteienfinanzierungsgesetz passieren lassen. Richard von Weizsäcker, Repräsentant der christlich-jüdischen Religion, hätte hier nicht nur salbungsvolle Reden schwingen, sondern Zivilcourage beweisen und dieses Abzockergesetz zu Fall bringen können. Er sei bei der Prüfung des Gesetzes zwar »auf ein erhebliches Maß verfassungsrechtlich fragwürdiger Grenzfragen gestoßen«, sei aber nicht zu der Überzeugung gelangt, »daß das Gesetz ganz offenkundig und zweifelsfrei die Grenze zur Verfassungswidrigkeit überschreitet«. Es war der übliche verbale Eiertanz des Freiherrn, allem Anschein nach kalkulierend, daß es für eine

Klage vor dem Verfassungsgericht kaum noch Kläger geben wird.

Ein anderer Quell der Raffgier der Viererbande sind Diäten und Pensionen. Jeder Bundestagsabgeordnete erhält neben seinen Diäten (rund DM 10 000.- pro Monat) eine steuerfreie Kostenpauschale von DM 5 765.-. Wenn ein Abgeordneter aus dem Bundestag ausscheidet, steht ihm bis zu drei Jahre lang ein Übergangsgeld von monatlich DM 10 128.- zu, selbst wenn er schon am nächsten Tag einen gutbezahlten Job antritt.

Jeder vierte Bundestagsabgeordnete erhält darüber hinaus eine Pension aus früherer Tätigkeit als kommunaler Wahlbeamter, Minister oder Parlamentarischer Staatssekretär, ohne das klassische Rentenalter von 65 Jahren erreicht zu haben. Die Bonner Abgeordneten dürfen zudem Spenden (auch für sie persönlich) in unbegrenzter Höhe annehmen; sie zu bestechen ist, wie bereits erwähnt, legal. Politiker mit Aufsichtsratsposten sitzen in Fraktionsstärke im Parlament. Besonders hervorgetan hat sich diesbezüglich der Politiker Graf Lambsdorff (FDP), der, wenn man dem Magazin *Der Spiegel* Glauben schenken kann, 1993 in neun Aufsichtsräten aktiv war und zehn weitere Posten in Vorständen und Kuratorien innehatte.

Jeder dritte der 662 Bundestagsabgeordneten übt nach dem *Spiegel*-Bericht neben dem Mandat am Rhein noch einen ordentlichen Beruf aus. Andere Parlamentarier arbeiten für Daimler und Bayer, Siemens oder Thyssen. 65 Abgeordnete praktizieren außerparlamentarisch als Rechtsanwälte.

Auf Landesebene haben sich in letzter Zeit die Parlamente des Saarlands, Hessens, Hamburgs und Sachsen-Anhalts als besonders raffgierige Diäten- und Pensionsabsahner hervorgetan.

Dies alles sind nur symptomatische Exzesse. Die Raffgier herrscht allenthalben.

»Wäre es nicht wundervoll«, sprach der kleine Prinz,
»wenn in den Parteien nur noch die etwas würden, die
schon etwas sind?«

Das christlich-jüdische Moment

Seit Jahrhunderten werden die Deutschen im Namen der christlich-jüdischen Religion kujoniert und manipuliert. Deren Vertreter nahmen ihren Vorfahren ihre Naturgötter, mit denen sie in natürlicher Koexistenz lebten, und ersetzten sie durch ihren eigenen Gott Jahwe, führten auf deutschem Boden Religionskriege aus, verfolgten einen Teil ihrer Frauen als Hexen, »übereigneten« dem jüdischen Gott ihre Kinder durch sogenannte Taufen, machten sie abhängig, indem sie ihnen durch ihre Religion Schuldgefühle einpflanzten, derer sie sich, welche Großmütigkeit, gegen Ablasszahlungen wieder entledigen konnten.

Die christlich-jüdische Religion, vertreten durch die Großsekte namens Kirchen, war immer auch Big Business. Der Vatikan ist quasi ein multinationaler Konzern. Die vatikanische Bank ist/war in nahezu allen Branchen der Wirtschaft beteiligt einschließlich dem Antibabypillen- und Raketengeschäft, aber dennoch wird die Wasserrechnung der Stadt Rom nicht bezahlt; im Januar 1994 schuldete der Vatikan der Stadt bereits über drei Millionen Schweizer Franken (seit 1976).

Wie sprach doch der Jude Paulus: »Die Geldliebe ist eine Wurzel von schädlichen Dingen aller Arten, und indem einige dieser Liebe nachstrebten, sind sie vom Glauben abgeirrt und haben sich selbst mit vielen Schmerzen überall durchbohrt.« (1. Timotheus 6:10)

Der jüdisch-christliche Gott ist nach der Überlieferung eifersüchtig (»Du sollst keine Götter neben mir haben«), rachsüchtig (»Mein ist die Rache, spricht der Herr«), zerstörerisch (»Macht Euch die Erde untertan«), drohend, intolerabel tolerant (»So laßt dem Kaiser, was des Kaisers ist«).

Christliche und mosaische Juden haben die Intelligenz der Deutschen jahrhundertlang mit Disputen über einen »jüdischen Bettelphilosophen und rebellischen Frühhippie« (*Der Spiegel*) strapaziert, jenem naiv-sympathischen Jesus Christus, den die mosaischen Juden, man stelle sich dies vor, an ein Kreuz nagelten, weil er die schachernden, jüdischen Händler aus den Tempeln vertrieb, dabei den Geldwechslern das Geld ausschüttete, die Stühle der tauben Krämer umstieß und, welche Freveltat, auch noch materielle Entsagung predigte. Ein Rudi Dutschke der Frühzeit.

Wären sie nur dem »Frühkommunisten« und Moralisten Jesus Christus tatsächlich gefolgt, dann wären die Verhältnisse heute möglicherweise andere.

Was aber ist de facto geschehen?

Heute finden sich die übelsten kapitalistischen Auswüchse in den USA und Italien, jenen Staaten, die der jüdisch-christlichen Religion in besonderem Maße frönen. Nirgendwo sonst sind Gesellschaften so vollkommen von mafiosen Strukturen und Gruppen durchdrungen, nirgendwo sonst tanzt man so inbrünstig um das Goldene Kalb. Christliches Zinsverbot? Lächerlich! Money, money, money!

Die vom armen Jesus verachtete jüdische Tempelwirtschaft ist allenthalben auf dem Vormarsch, und die heuchelnden Pharisäer lobpreisen ihn um die Wette. Für sie scheint nur der tote Jesus ein guter Jesus zu sein; lebte er, so ist zu mutmaßen, würde er den katholischen Popen aus seinem prachtvollen römischen Palast verjagen und die katholischen Pfaffen aus ihren protzigen Gewändern pusten, so wie er es mit den Tempeljuden tat. Lebte er, würde er wahrscheinlich die unermesslichen, zusammenge rafften Reichtümer der Kirchen an die Armen verteilen, an die also, die in der christlich-jüdisch-libertinären Gesellschaft ins Abseits gedrängt werden. Gäbe es denn seine Wiederkehr, niemand müßte ihn mutmaßlich mehr

fürchten als die, die sich seinen Namen angeeignet haben, die diesen Namen tagtäglich mißbrauchen.

In den Kirchen wurde der geistige Dressurakt an den Deutschen in pawlowscher Manier permanent wiederholt, wie Sklaven wurden diese zur Bußfertigkeit buchstäblich auf die Knie gezwungen, und zwar insbesondere unter der Drohung, bei mangelnder Gefügigkeit dem sogenannten »Teufel« ausgeliefert zu werden. Dieser diente seinerseits als Theodizee, als »Rechtfertigung Gottes«, während Jahwe noch ohne diesen Antipoden auskam. Wer sich nicht einschüchtern ließ, lief Gefahr, daß man ihm unterstellte, vom Teufel besessen zu sein. An ihm führten Pfaffen grausamste, exorzistische Rituale aus, die an krankhafter Bösartigkeit viel mit der Kreuzigung des armen Jesus gemein haben.

Ist es nicht höchste Zeit, sich der seit der Aufklärung bestehenden These, daß die jüdisch-christliche Religion mehr als alles andere eine Ideologie (sprich: Gebrauchsanleitung) zur Manipulation und Ausplünderung des Menschen ist, so wie, vereinfacht, die kommunistischen und sozialistischen Ersatzreligionen Anleitungen zu seiner Gleichmachung sind und die faschistische Ersatzreligion der Wegweiser zu einer Herren»rasse« ist, zu erinnern, und den Menschen von allen Ideologien/Religionen (sprich: Bevormundungen und Entmündigungen) zu befreien, um ihn zum Herren seines Schicksals zu machen?

Religion, insbesondere die christlich-jüdische, ist nach dem Verständnis der Aufklärung in erster Linie ein (Um)Erziehungsprogramm; Gott und Teufel können in diesem Manipulationsprogramm am ehesten als Dressurhilfen (Zuckerbrot/Peitsche) verstanden werden. Nimmt man die Gesamtheit der christlich-jüdischen Religion als Gesetze, dann wäre danach der jüdische Gott die Judikative, und die Kirchen wären die Exekutive, insbe-

sondere, um eine Orwellsche Diktion zu benutzen, die Gedankenpolizei.

Wenn Du das Hirn eines Menschen besitzt, gehört Dir der Mensch. Deshalb auch der Drang der Vertreter der christlich-jüdischen Religion in die Medien und in leitende (Um)Erziehungspositionen (siehe Seite 80 für die mosaischen Juden). Auch wenn es unbequem ist und sich unsere Lämmernatur gegen diese Erkenntnis wehrt, müssen wir aber akzeptieren, daß dies wohl kaum ein Zufall sein kann, sondern sich dahinter eher ein generalstabsmäßiger Plan zur Invasion unserer Gehirne verbirgt. In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, daß sich inzwischen die katholische Kirche über professionelle Management-Agenturen wie Seife und Waschmittel vermarkten läßt, dies durchaus konsequent, handelt es sich bei ihr ohnehin auch um ein profitorientiertes Unternehmen.

Man stelle sich vor, der Verfasser würde heute den Gott Abraxas, der Gutes und Böses vereint, kreieren. Dann würde man ihn möglicherweise auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen, ihn gar in eine geschlossene psychiatrische Anstalt einliefern oder auch einer Drogenentziehung unterwerfen, es sei denn, das Volk ist völlig verblödet und es nimmt ihm dies ab. Die Chancen dafür stehen, wie man gesehen hat, nicht schlecht. Sobald er sich Gewißheit von einem hinreichenden Grad an Manipulierbarkeit des Volkes verschafft hätte, die Testphase also beendet ist, würde er die Sache weiter vorantreiben. Er würde behaupten, er sei der Sohn von Abraxas. Schließlich würde er behaupten, er und seine Mittäter (Jünger) könnten im Namen von Abraxas die kleinen perfiden Schweinereien des Volkes vergeben, wenn die Menschen dafür den sogenannten Ablass zahlen. Bingo! Welch wunderbare List! Gibt es eine bessere Geldmaschine?

Wie ist es möglich, daß sich Menschen manipulieren lassen, daran zu glauben? Nun, eben weil der Drang nach Entlastung des schlechten Gewissens stärker zu sein scheint als jegliche Vernunft. Es findet, um es im Psychologiejargon zu sagen, eine Verdrängung statt. Verdrängt werden jegliche vernünftige Zweifel unter dem Zwang, seine seelische Notdurft entrichten zu können, so als ob man, um im Lutherischen Jargon zu bleiben, seine Blähungen (sprich: asozialen oder kriminellen Handlungen) mit einem Riesenfurz abblasen könnte. Und man bezahlt für die angebliche furzauslösende Versprechung, weil die Gewissensblähungen einen zu sprengen drohen.

Wohlan denn, Ihr mit Schuldgefühlen Beladenen, hiermit sage ich Euch, selbst auf die Gefahr der Verfolgung durch die mächtigen Konkurrenz-Neider, ab heute sei Euer Gott Abraxas, der Gott, der Gutes und Böses vereint. Ihr sollt keinen Gott neben ihm haben. Schuldbefreiende Zahlungen sind an die Abraxas-Abläßverwaltung auf den Cayman Islands zu leisten.

Jedem jungen Menschen, der in seelischer Not Unterstützung und Hilfe sucht, sollte stattdessen geraten werden, eher einen Baum zu umarmen, stellvertretend für die von uns mit Duldung des jüdischen Gottes geschändete Natur, und er würde erfahren, daß er mehr Trost und Hilfe von diesem Baum empfangen wird als von dem jüdischen Gott.

Ist es eigentlich verwunderlich, daß die Staaten mit den höchsten Kriminalitätsraten der Erde, USA und Italien, zugleich auch die Staaten sind, in denen dem jüdischen Gott, wenigstens für die Galerie, am intensivsten gehuldigt wird? Ist der Zusammenhang zwischen Kriminalität und jüdischem Gottesdienst nicht frappant? Und ist es nicht erstaunlich, daß sich bisher niemand mit diesem Tabuphänomen seriös befaßt hat, daß möglicherweise

der jüdisch-christliche Glaube durch den himmlischen Freifahrtsschein und die Sündenvergebung zu kriminellem und asozialem Verhalten geradezu ermutigt, zur Schädigung des Nächsten geradezu anstiftet. Eure Sünden werden Euch vergeben! Wohlan denn, so gehet hin und sündigt! Warum also sich redlich und rechtschaffen verhalten, wenn ohnehin Vergebung winkt. Ein wahrhaft himmlischer Deal.

Jüngst ist in Italien unter Verletzung des sogenannten Beichtgeheimnisses ein Buch über katholische Beichtgespräche erschienen. Nimmt es wunder, daß danach katholische Pfaffen gezielt gegen die italienische Justiz arbeiten und selbst einer Frau, die die Geliebte ihres Mannes ermordete, im Beichtstuhl davon abgeraten wurde, sich der Justiz zu stellen oder in einem anderen Fall vor der Aufdeckung von Mafia-Mitgliedern gewarnt wurde, ist/war doch selbst die katholische Kirche mit der Banco Ambrosiano liiert oder unterhält Mafia-ähnliche Geheimbünde (Opus Dei).

Wo kämen wir hin, wenn die Finanziere katholischer Prunksucht alle ihrer gerechten Strafe zugeführt und hinter Gitter landen würden? Vergeben und vergessen. Und morgen die nächste Sauerei.

Derweil machen die Kirchen angesichts weniger werdender Lämmer mobil, um noch einmal kräftig bei ihnen abzuzocken. »Wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt«, versprach schon der Mönch Tetzl zu Luthers Zeiten.

Schlimmste Auswüchse nimmt dies in den USA, dem Frontstaat der christlich-jüdischen Religion, an. Wir alle erinnern uns an die Gott-und-Geld-Absahner Jimmy Swaggart, Jim und Tammy Baker, Jerry Falwell, Robert Shuller, Oral Roberts, Pat Robertson, alle Multi-Millionen-Dollar-Unternehmen zur Ausplünderung der kleinen gottesfürchtigen Leute. Nochmals sei an Paulus

erinnert: »Die Geldliebe ist eine Wurzel von schädlichen Dingen aller Arten . . .«.

Auch in Deutschland ist die religiöse Manipulation der Menschen eine höchst profitable Sache. Die Ausplünderung erfolgt hier nur nicht so vulgär wie in den USA; die Kirchensteuer ist eine feine Sache. Wofür wird sie verwendet? Für die Armen etwa, wie Jesus angeordnet hat? Mitnichten! Wir erinnern uns, daß gerade in letzter Zeit bekannt wurde, daß die evangelische Kirche in bester Berliner City-Lage für 48 Millionen DM einen riesigen Bürohaus-Trakt erwarb. Für Hamburgs Bischöfin Maria Jespen hatte die hamburgische Kirche einen Luxusbungalow für eine Million DM (1 000 000.-) zur privaten Nutzung erworben. »Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf« (Psalm 127).

Aber die Großsekte zocken nicht nur bei ihren »eigenen« Lämmern ab. Allgemeine Steuergelder werden ebenfalls zur Befriedigung kirchlicher Gier eingesetzt. In Bayern kamen nach einem Bericht des *ARD*-Magazins »Monitor« im Jahre 1993 108 Millionen Mark aus allgemeinen Steuergeldern und wurden neben der Kirchensteuer als direkte Teilfinanzierung für Bezüge und Pensionen von Bischöfen und Priestern verbraucht. Das Land Brandenburg, hoch verschuldet, wird voraussichtlich mit der evangelischen Großsekte, die in diesem Land ohnehin Großgrundbesitzer ist, einen Staatsvertrag schließen, mit dem ähnliche Zuwendungsverhältnisse in Kraft treten werden. Kirchenmann Stolpe (SPD) sei gepriesen. Und die Rechnungshöfe sehen diesem Treiben ruhig zu. Begründet werden diese »historischen Dotationen« als Quasientschädigung für die »Säkularisierung« kirchlicher Besitztümer im Jahre 1803. Auf Grund der akkumulierten »Entschädigungs«leistungen hat aber mutmaßlich längst eine Überkompensation stattgefunden. Tatsächlich sind die »Entschädigungs«leistungen einer der gigantischen Sachwäschen der Menschheitsgeschichte. Dubi-

os erworbene, säkularisierte Besitztümer wurden eingetauscht gegen das gute Geld des Volkes. Deren Reparationszahlungen werden zugleich benutzt, um die Folgen sinkenden Kirchensteueraufkommens auszugleichen.

Eine besonders gefährliche Spielart religiöser Versklavung, Ausplünderung und Meinungskontrolle ist die in der letzten Dekade im Würzburger Raum entstandene und rapide gewachsene Sekte »Universelles Leben«, deren Mitglieder auf absolute Abhängigkeit, absoluten Befehl und Gehorsam abgerichtet werden. Sie ähnelt darin sehr der in Waco/Texas liquidierten Davidianer-Sekte. Hinter der Hausfrau Gabi Wittek, die nach außen in einer Strohfraufunction als Heilsbringerin auftritt, verbergen sich die knallharten Wirtschaftsinteressen der Herren Harald Dohle und Walther Hofmann, die sich mit dem Vehikel der christlich-jüdischen Religion in kurzer Zeit ein Wirtschaftsimperium aufgebaut haben. »Scientology«, »Zeugen Jehovas« und »Moon«-Sekte lassen grüßen. Anders als die katholischen und evangelischen Großsekten setzt die Sekte »Universelles Leben« die lutherische Tradition der haßerfüllten Feindschaft zu den mosaischen Juden (genannt: Illuminaten) fort. In ihrem Kampfblatt *Christenstaat* meinen sie schon einmal, im US-Dollarschein mosaich-jüdische Symbole entdeckt zu haben, oder behaupten, man habe die Flügel des deutschen Bundesadlers vor geraumer Zeit graphisch so zu rechtgestutzt, daß er jetzt genau in den jüdischen Davidstern passe.

Inzwischen haben katholische, evangelische und mosaische Juden, frühere Erzfeinde, ihre Reihen fester zusammengeschlossen; denn auf sie wartet nicht nur die Auseinandersetzung mit dem Islam, sondern auch mit uns, den Agnostikern, die wir uns lieber der Bewahrung der Reste des diesseitigen sehr realen Paradieses zuwen-

den wollen, als in Erwartung eines fiktiven jenseitigen Paradieses dieses weiter zerstören zu lassen. Diese Kumpanei ist erstaunlich; denn für das Grauen namens Hitler war auch der Protestantismus mit ursächlich gewesen; die schrecklichen Pogrome an den mosaischen Juden wurden durch den christlichen Juden Luther, weniger durch Nietzsche, »intellektuell« vorbereitet. Bereits Luther schlug vor, mosaisch-jüdische Bücher und Synagogen »abzufackeln«, offensichtlich damit die verschüttete, traumatische Erkenntnis verdrängend, daß Jesus nebst Jüngern Juden waren und er selbst zum jüdischen Gott Jahwe betete. Der Feind in ihm, den er ohne eigene Selbstzerstörung nicht bekämpfen konnte, suchte sich den entsprechenden äußeren Feind, den mosaischen Juden.

Der Zusammenschluß katholischer und mosaischer Juden deutete sich schon im Konziltext über die nichtchristlichen Religionen (»Nostra aetate«) im Jahre 1965 an. Dort heißt es: »So anerkennt die Kirche Christi, daß nach dem Heilsgeheimnis Gottes die Anfänge ihres Glaubens und ihrer Erwählung sich schon bei den Patriarchen, Moses und Propheten finden . . . Auch hält sie sich gegenwärtig, daß aus dem jüdischen Volk die Apostel stammen, die Grundfesten und Säulen der Kirche, sowie die meisten jener ersten Jünger, die das Evangelium Christi der Welt verkündet haben.«

Im April 1984 verkündete der katholische Jude Wojtyla (Johannes Paul II.) in der römischen Synagoge sogar: »Die Juden sind unsere Lieblingsbrüder und gewissermaßen unsere älteren Brüder«. Kehrtwendung um 180 Grad, marsch, marsch! Nicht mehr die Feinde Jesu, sondern Brüder. Brüder wessen? Allenfalls der katholischen Kapitaljuden, aber wohl kaum des armen Jesu.

Gemeinsame Einrichtungen wurden zwischen christlichen und mosaischen Juden geschaffen. Deren »Woche der Brüderlichkeit« enthält sogar wortwörtlich Wojtylas

Bemerkung über die »älteren Brüder«. Brüder getreu dem römischen Grundsatz »Divide et impera«, getrennt marschieren und vereint schlagen.

Diepken (CDU Berlin) und Vogel (CDU Thüringen) vereinbarten inzwischen für Rechnung aller Bürger ihrer Länder, also aus Steuergeldern, Zuwendungsverhältnisse zu Gunsten der Vertretungen mosaischer Juden dieser Länder. In Oldenburg sollen sich die evangelischen Juden am Bau der Synagode der mosaischen Juden finanziell beteiligt haben. Nachtigall, ick hör' dir trapsen!

Ende 1993 schließlich haben die katholischen Vatikanjuden Israel, den Staat der mosaischen Juden, völkerrechtlich anerkannt, ein zu Zeiten Pius' XII. unvorstellbares Sakrileg. Es scheint Endzeitstimmung unter christlichen und mosaischen Juden zu herrschen.

Die nunmehr »vereinigten« Truppen, das ist inzwischen deutlich geworden, sehen in dem Angriff die beste Verteidigung. Aus allen Kanälen wird geschossen; servile »Journalisten« stehen Schlange. Und irgendwann werden sich die Menschen möglicherweise zu fragen beginnen, worin sich eigentlich der christlich-jüdische, der faschistische und der kommunistische Dressurakt unterscheiden.

Zur gleichen Zeit rüsten die mosaischen Juden, auch getrennt von den christlichen Juden, im Meinungsbildungskampf weiter auf.

An der West- und Ostküste der USA entstanden Holocaust-Museen, makabre Todesshows à la Disney World, die allem Anschein nach antideutsche Ressentiments im amerikanischen Volk verewigen sollen. Die mosaischen Juden um den »Nazi-Jäger« Simon Wiesenthal scheinen mit diesen Shows fortführen zu wollen, was sie in dem von ihnen beherrschten Hollywood der 40er Jahre mit oft primitivsten antideutschen Propagandafilmen begonnen hatten.

Hier in Deutschland erfolgt die Aufrüstung in ähnlicher Form. Meinungsbildende Institutionen wie zum Beispiel Parteien und Medien sind bevorzugte Ziele. Michael Friedman(n) ist Mitglied des ZDF-Fernsehrates, der Immobilienmogul Ignatz Bubis war langjährig Rundfunkratsvorsitzender des Hessischen Rundfunks. Selbst die große Ida Ehre war bereits Mitglied des Verwaltungsrats des NWDR. Mosaische Juden wie Ignatz Bubis und Burkhard Hirsch (Asylrechtsänderungs- und Lauschangriffsgegner) spielen gewichtige Rollen in der FDP, Gregor Gysi und Stefan Heym, der im Krieg auf amerikanischer Seite gegen die Deutschen als Führungsoffizier für »Umerziehung« kämpfte, dominieren die PDS. Michael Brumlik leitet in Frankfurt den Schulausschuß, Michael Wolffsohn, Professor für neuere Geschichte, ist gar geistiger Vorkäufer an der Bundeswehrhochschule in München; denn wer die Armee hat, hat die Macht. Daniel Cohn-Bendit, früherer Pariser Straßenrevoluzzer, hat in Frankfurt das »Amt für multikulturelle Angelegenheiten« inne. Ralf Giordano macht über verschiedene Medien Stimmung, bis hin zur Drohung, sich als mosaischer Jude in Deutschland zu bewaffnen. Raffael Seligmann hat sich das auflagenstärkste Blatt namens *Bild-Zeitung* als Verbreitungsmedium für seine Tiraden ausgewählt. Wie gesagt, das Vorgehen hat Methode.

Reich-Ranitzki, nach eigener Einschätzung autoritär, diktatorisch, apodiktisch, arrogant, querulatorisch, sarkastisch, ätzend, giftig und besserwisserisch, blökt uns als bizarrer Showkritiker zwar periodisch miesepetrig an, aber er scheint in seinem ätzenden Charme trotz seiner traumatischen Erfahrungen unter den »Nazis« weniger Lust als viele seiner Glaubensbrüder daran zu verspüren, nur wegen ein paar verbliebener Greise immer noch aus uns Nachkriegsdeutschen »den ewigen Sühnezins« herauszupressen und damit neuen Haß zu säen.

Eine besondere Rolle spielt Ignatz Bubis, Vorsitzender

des Zentralrats der Juden. Offensichtlich ist es Programm, daß sich der Zentralrat der Juden gerade ihn zum Vorsitzenden gewählt hat. Zur Erinnerung: Ignatz Bubis ist angeblich der reiche Jude in dem Faßbinder-Stück *Die Stadt* (i. e. Frankfurt), *der Müll und der Tod*, dessen Aufführung die Frankfurter Juden unter Führung von eben diesem Ignatz Bubis und unter Verletzung des Hausrechts des Schauspielhauses am 31. Oktober 1985 durch eine spektakuläre Bühnenbesetzung verhindert haben. Viele in unserem Volk fühlten sich seinerzeit an die Bücherverbrennungen der Nationalsozialisten erinnert. Seitdem ging es mit dem Immobilienmagnaten Bubis steil bergauf, und zwar in jeder Hinsicht, bis zu dem Vorschlag einiger besonders übel- oder wohlmeinender »Größen« des öffentlichen Lebens, gerade ihn zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu machen. Wie passend! Bezeichnend ist auch, daß gerade dieser Ignatz Bubis am 10. 5. 1993 den Heinz-Herbert-Karry-Preis (FDP) erhalten hat.

Im Januar 1994 wurden in Frankfurt wiederum faktische Zensur und Meinungskontrolle ausgeübt. Man verhinderte, daß der dubiose, sogar mit öffentlichen Mitteln geförderte Film »Beruf Neonazi« in Kinos öffentlich gezeigt werden konnte, und wandte damit selbst Methoden an, denen Künstler schon unter den Nationalsozialisten ausgesetzt waren. Diese faktischen Zensoren sollten vielleicht einmal bei Rosa Luxemburg nachlesen. Meinungsfreiheit ist vor allem die des Andersdenkenden. Meinungsfreiheit ist nicht nur, seine Meinung äußern, sondern sich auch eine Meinung ungehindert bilden zu können. Beide Teile gehören untrennbar zusammen. Die umfassende Meinungsbildungsfreiheit ist der Grundstoff jeder wahren Demokratie. Erst durch sie bekommt die Stimme an der Urne Gewicht; die Stimme des Tors ist hingegen Makulatur.

Was maßt man sich also an, das Volk daran zu hindern,

sich eine eigene Meinung über ein Theaterstück von Faßbinder oder einen Dokumentarfilm über sogenannte Neonazis bilden zu können? Welche Gesinnung spricht aus ihren Taten? Ist es nicht gerade die Gesinnung derer, die sie zu bekämpfen vorgeben? Sind es nicht gerade sie, die ansonsten das überstrapazierte Wort »Toleranz« stets auf den Lippen führen, um es gegen, nicht für Andersdenkende einzusetzen? Wie sehr wurde dieses Wort pervertiert, vergleicht man es mit Voltaires Ausspruch, er stimme zwar nicht mit der Meinung seines Gegenübers überein, er werde aber sein Leben einsetzen, um ihm die freie Artikulation seiner Auffassung zu ermöglichen?

Es mag nach allem dem Urteil des kritischen Lesers vorbehalten bleiben, ob sich seit Karl Marx, dessen Eltern selbst noch mosaische Juden waren, viel an der Einstellung und Intention des mosaischen Judentums geändert hat. Wie schrieb er doch in seinen frühen Schriften (*Zur Judenfrage*):

»Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.« »Wir erkennen also im Judentum ein allgemeines gegenwärtiges antisoziales Element, welches durch die geschichtliche Entwicklung, an welcher die Juden in dieser schlechten Beziehung eifrig mitgearbeitet, auf seine jetzige Höhe getrieben wurde, auf eine Höhe, auf welcher es sich notwendig auflösen muß.« Aber da irrte Marx. »Das Geld ist der eifrige Gott Israels, vor welchem kein anderer Gott bestehen darf. Das Geld erniedrigt alle Götter des Menschen und verwandelt sie in Ware.« »Die chimärische Nationalität des Juden ist die Nationalität des Kaufmanns, überhaupt des Geldmenschen.«

»Das grund- und bodenlose Gesetz des Juden ist nur die religiöse Karikatur der grund- und bodenlosen Moralität,

... der nur formellen Riten, mit welchen sich die Welt des Eigennutzes umgibt.« »Der jüdische Jesuitismus ... ist das Verhältnis der Welt des Eigennutzes zu den sie beherrschenden Gesetzen, deren schlaue Umgehung die Hauptkunst dieser Welt bildet.« »Das Christentum ist aus dem Judentum entsprungen. Es hat sich wieder in das Judentum aufgelöst. Der Christ war von vorneherein der theoretisierende Jude, der Jude ist daher der praktische Christ, und der praktische Christ ist wieder Jude geworden.« »Das Christentum hatte das reale Judentum nur zum Schein überwunden.« »Das Christentum ist der sublimen Gedanken des Judentums, das Judentum ist die gemeine Nutzenanwendung des Christentums, aber diese Nutzenanwendung konnte erst zu einer allgemeinen werden, nachdem das Christentum als die fertige Religion die Selbstentfremdung des Menschen von sich selbst und der Natur (und den germanischen Naturgöttern; der Verfasser) theoretisch vollendet hatte. Nun erst konnte das Judentum zur allgemeinen Herrschaft gelangen und den entäußerten Menschen, die entäußerte Natur zu veräußerlichen, verkäuflichen, der Knechtschaft des egoistischen Bedürfnisses, dem Schacher anheim gefallenen Gegenstände machen.« »Der christliche Seligkeitsegoismus schlägt in seiner vollendeten Praxis notwendig um in den Leibesegoismus des Juden, das himmlische Bedürfnis in das irdische, der Subjektivismus in den Eigennutz.« »Die gesellschaftliche Emanzipation des (christlichen und mosaischen) Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom (christlichen und mosaischen) Judentum.«

Sind Marxens analytische Ausführungen, auch wenn er ein schlechter Therapeut war, völlig überholt? Sind nicht die jüdischsten Staaten dieser Erde (USA und Italien) zugleich auch die eigennützigsten, moralisch degeneriertesten (siehe Seite 26 ff. zum traurigen Spitzenreiter USA)? Ist es nicht wahr, wenn Marx feststellt: »Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das

Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist«? Und weiter: »Sie ist das Opium des Volkes. Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Gefühls des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks«, seine Befreiung von allen atavistischen religiösen Zwängen und Fesseln, denn »der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen«. Wie kann sich das Volk davon befreien? Nicht durch bloße Gleichmachung des Menschen, sondern durch seine solidarische Einbindung in eine von den Gespenstern der Vergangenheit emanzipierte Gemeinschaft, durch Beendigung seiner Entmündigung in einer demokratiefeindlichen Lobby- und Telekratie, durch Etablierung einer Demokratie und eines Rechtsstaates, die diesen Namen verdienen. Wir sind alle Agnostiker. Wir unterscheiden uns nur dadurch, daß viele bis heute nicht den Mut und die Kraft gefunden haben, der Wahrheit ins Auge zu sehen.

Die Geschichte der Religion, so lehrt Feuerbach, ist die Geschichte fortschreitender »Entfremdung« des Menschen zwischen seiner realen Existenz und seiner ins Jenseits übertragenen Idealvorstellung von sich selbst. Den Höhepunkt dieser Entfremdung habe das christliche Judentum gezeitigt, indem es die Scheidung von irdischer Existenz und vergeistigter Jenseits-Erwartung ins Extreme getrieben und die irdische Leiblichkeit mit dem Fluch der Sündhaftigkeit beladen habe. Die Versöhnung des Menschen mit seiner wahren Natur könne nur so gelingen, daß er, der außerhalb seiner Selbst getreten sei, er, der sich sozusagen ins Metaphysische transponiert habe, wieder zu seinem irdischen Selbst zurückfände. »Der Rückkehr zur Natur ist allein die Quelle des Heils«, schrieb er. Es geht darum, so nochmals Feuerbach, »die Menschen aus Theologen zu Anthropologen, aus Theophilen zu Philantropen, aus Kandidaten des Jenseits zu Studenten des Diesseits, aus religiösen und politischen Kammerdienern der himmlischen und irdischen Monar-

chie zu selbstbewußten Bürgern der Erde zu machen«. Die Zeit, so scheint es, ist seit Feuerbach stehengeblieben. Die Kirchen, diese kleiner werdenden Großsekte, genießen in Deutschland verfassungsrechtliche Vorrechte, besonderen strafrechtlichen Schutz und noch an der zweiten Jahrtausendwende sind sie befugt, Kirchensteuern einzuziehen. Voll automatisierter Ablasshandel, nur die Technik des Abzockens hat sich verfeinert. Man stelle sich vor, im Deutschland der zweiten Jahrtausendwende, einem der technologisch fortgeschrittensten Länder dieser Erde, dem Land der Aufklärung, gibt es mit CDU und CSU noch Religionsparteien, als wäre Deutschland Khomeinis Iran. Die von diesen Parteien repräsentierte, noch führende Religion weist nach dem Juden Paulus der Frau wie im Islam einen Rang irgendwo zwischen Mann und Tier zu und gebietet ihr, in der Öffentlichkeit zu schweigen. So höre denn, Dienstwagen-Süssmuth, was maßest Du Dir an?!

Glaube heißt, »sicher überzeugt zu sein von etwas, wofür es keine Gewißheit gibt«, so lapidar Bertrand Russell, Wissenschaftler, Politiker und Literaturnobelpreisträger. Glaube entzieht sich jeder Vernunft und ist gerade deshalb so gefährlich. Das Bekenntnis zum jeweils herrschenden Glauben verhilft zynischen, opportunistischen Nullen oft zu fantastischen Karrieren. Dies gilt für Khomeinis Iran, aber auch für Kohls Deutschland. Der von Schmidt-Holtz (*Stern*) als CDU-Präsidentschaftskandidat rüde abservierte Heitmann faselte in einem SAT 1-Mertes-Special etwas von der Kraft, die er aus dem Transzendenten schöpft; noch immer kann man in Deutschland darauf spekulieren, allein auf Grund solchen Geschwätzes »Sympathie«punkte zu erzielen. Auf der christlich-jüdischen Glaubenswelle sind Machtpolitiker wie Adenauer, von Weizsäcker, Rau, Stolpe etc. wie Fettaugen erfolgreich immer oben geschwommen. Religionsparteien sind in das postnationalsozialistische oder

postkommunistische Vakuum gestoßen und haben zynisch von der Verzweiflung, Orientierungslosigkeit und Leere der betrogenen, desillusionierten Menschen schmachtet, bis die erste Religionspartei («Democrazia Christiana») endlich unter einem Berg von Korruption zusammenbrach.

Im übrigen ist die Tatsache, daß die christlich-jüdische Ideologie fast zwanglos faschistische oder kommunistische Vakua auffüllt, in der Tat ein vielsagendes Indiz hinsichtlich der Austauschbarkeit der Manipulationsprogramme und -mechanismen.

Das islamische Moment

Alexis de Tocqueville, französischer Historiker, schrieb bereits im 19. Jahrhundert, daß der Mohammedanismus diejenige Religion sei, die das bürgerliche und politische Leben am umfassendsten religiösen Gesetzen unterwerfe. Keine Weltreligion verbreitet sich so rasant wie die des Islams. Dessen Expansion wird, wenn nicht Gegenmaßnahmen ergriffen werden, Europa und Amerika erobern, so die Drohung des Sunnitenführers Scheich Said Schaaban. In Deutschland leben durch die Türken bereits ca. zwei Millionen (2 000 000) Muslime mit stark ansteigender Tendenz, bedingt durch anhaltenden Nachzug aus der Türkei und hohe Geburtsraten.

Im Ergebnis ist für den Islam die Einnistung von Muslimen in einem nichtislamischen Land und die dort vollzogene schnelle Vermehrung von ihresgleichen ein objektiv besonders effizientes Mittel zur Eroberung dieses Landes. Dagegen sind konventionelle Kriege geradezu ein fossiles Petrefakt. Es scheint kaum eine modernere, effizientere, leisere, kostengünstigere Kriegführung als die mit der Samenkanone zwischen mohammedanischen Mörderschenkeln zu geben.

Mit dem Islam werden wir, so steht zu befürchten, endgültig in das tiefste Mittelalter zurückgeworfen werden. Maßloser Fanatismus, Fundamentalismus, Gewalt, Unterdrückung der Frau, blutige Märtyrerkulte, Todesmystiken werden aller Voraussicht nach mehr und mehr in unseren Alltag eindringen. Deutschland ist bereits auf dem Weg nach Beirut, wie die auf unserem Boden blutig ausgetragenen Kämpfe zwischen indogermanischen Kurden und den mit uns nicht verwandten Türken belegen. Die islamischen »Menschenfischer« stehen mit ihren Ständen inzwischen in jeder Einkaufsstraße größerer Städte,

und immer mehr Deutsche, gerade Frauen, die am meisten von einer solchen Religion benachteiligt werden, unterliegen dem Werben und werden für unsere Zivilisation, auch durch Verehelichung mit Muslimen, zu strategischen Schachfiguren im großen islamischen Eroberungsfeldzug. Inzwischen gibt es bereits über 100 000 Deutsche, zumeist Frauen, die sich dem Islam angeschlossen haben, Tendenz stark steigend.

Die islamische Religion ist nach Ansicht von Alice Schwarzer vor allem hinsichtlich der Versklavung der Frau eine zutiefst faschistische Ideologie, die durch Türken, Iraner, Nordafrikaner etc. wieder nach Deutschland reimportiert wird. Bald werden wir möglicherweise auch in Deutschland iranische Verhältnisse erleben, wenn den ersten Frauen ihre verrutschten Kopftücher am Kopf festgenagelt werden. Wir kennen das schon: Auch die Juden nagelten gern. Schon heute gibt es angeblich in Berlin und anderen Großstädten mit hohen islamischen Ausländeranteilen organisierte Kopftuchkontrollen.

Claudia Schiffer, schönes Gesicht über schönem Busen, trug im Januar 1994 über demselben auf einem »Chanel«-Kleid einen gestickten Koranvers. Seitdem hat sie sich, so Schaba Achmed vom islamischen Kulturzentrum im München, »selbst dem Tod zugeführt«; denn sie habe, so Dalil Boubakeur von der Pariser Moschee, damit »eine Todsünde« begangen. Wo und wann leben wir eigentlich? Sind Frankreich, das Land von Montesquieu, Rousseau und Voltaire, oder Deutschland, das Land von Kant, Feuerbach und Hegel, der Hintere Orient? Ist die zweite Jahrtausendwende in Wirklichkeit ein Zeitsprung rückwärts in das tiefste Mittelalter? Können bereits islamische Fundamentalisten von deutschem Boden aus ungestraft Todesdrohungen gegen eine von uns ausstoßen? In Saudi-Arabien wurden Schweizer Tourismus-Prospekte beschlagnahmt, weil in ihnen christliche Symbole wie

Kirchen und Kreuze abgebildet waren. Wohin wird uns dieser religiöse Terror eigentlich noch führen?

Eine fast noch größere Gefahr als der Einsatz des Mittels der Fortpflanzung zur islamischen Durchdringung fremder Zivilisationen ist die mit Ölgeldern gleichzeitig vorangetriebene wirtschaftliche Invasion mittels Erwerbs von Beteiligung an unseren Unternehmen sowie durch Bestechung der ohnehin mannigfaltigen lobbyistischen Einflüssen unterliegenden Machtcliquen. Nehmen wir zum Beispiel die Invasionsszene in den USA, mit der der Verfasser besser vertraut ist. Die Saudis, Protagonisten der wirtschaftlichen Infiltration unserer Gesellschaften, agieren häufig durch Offshore-Gesellschaften, um ihre Invasionen möglichst lange verdeckt vorantreiben zu können. So auch im Fall der Invasion amerikanischer Banken.

Der Saudi Wafic Said erwarb 1985 zum Beispiel 27 % der Anteile der National Bank of Washington (NBW) über eine Offshore-Gesellschaft auf den Niederländischen Antillen. Später (1988) investierte er in die First City Bank Corporation of Texas.

Die Saudi-dominierte, berühmt-berüchtigte Bank of Credit and Commerce International, Luxemburg, übernahm die größte Bank in Washington, D. C. (First American Bank Share, Inc.), während sie andere Banken in Georgia, Michigan, Florida, Kalifornien und Texas schluckte. Saudis investierten in größerem Umfang in die First National Bank of Chicago, Chase Manhattan Bank und sogar in Wallstreet-Brokerhäuser wie Donaldson, Lufkin & Jenrette. 1991 investierte der Saudi Alwaleed Bin Talal 590 Millionen US-Dollar in die CitiCorp, die hierzulande als Citibank die KKB-Bank schluckte und inzwischen fast in jeder größeren deutschen Stadt mindestens einmal anzutreffen ist.

Dies ist nur ein einziges Beispiel.

Islamisches Ölkapital breitet sich in unseren Zivilisationen wie ein Spinnengewebe aus.

Die Deutschen drohen in der Zangenbewegung zwischen wirtschaftlicher Infiltration und der Implementierung islamischer Erzeugernetzwerke zerrieben zu werden.

Noch zögern die christlichen und mosaischen Juden, weil sie zu hoffen scheinen, mit dem Import des Islams ihre dezimierten Truppen ergänzen und zugleich neu ausrichten zu können, um uns, die bekennenden Agnostiker, weiterhin zu majorisieren und zu unterdrücken. Aber für ihr Zögern werden nicht nur sie in kommenden, neu angefachten Religionskriegen, die die nordirischen Verhältnisse wie lächerliche Scharmützel werden aussehen lassen, schwerste Opfer erleiden, sondern auch wir anderen werden in den tödlichen Strudel hineingeraten.

Die Migrationsbombe

Die demographische Apokalypse schreitet rasch voran. Schon 1984 warnte Hoimar von Ditfurth: »Wenn nicht sehr bald etwas Entscheidendes geschieht, dann treiben wir einer Katastrophe entgegen, für die es in der bisherigen menschlichen Geschichte kein Beispiel und keinen Vergleich gibt.«

In den letzten vierzig Jahren hat sich die Weltbevölkerung mehr als verdoppelt, von 2,6 Milliarden auf 5,5 Milliarden Menschen im Jahre 1993. In jeder Sekunde werden derzeit drei Kinder geboren, und schon zur Jahrtausendwende wird es wiederum eine Milliarde Menschen mehr geben. Verantwortlich für die Herbeiführung der demographischen Apokalypse sind, wen mag dies weiter verwundern, vor allem die Religionen. Was taugt eigentlich die religiöse Prophezeiung eines nahen Weltunterganges, einer apokalyptischen Endzeit, wenn dieselbe Religion den Eintritt der Prophezeiung selbst durch Förderung der Bevölkerungsexplosion herbeiführt, eine andere Spielart der »self-fulfilling-prophecy«.

Religionen gehören zu den erfolgreichsten Bastlern der Bevölkerungsbombe. Die katholischen Juden sabotieren vernünftige Familienplanung, wo immer es geht. Im islamischen Kulturraum finden sich dieselben Wertmuster. Kindersegen statt vernunftgemäßer Selbstbescheidung. Selbst die EKD (Evangelische Kirche in Deutschland), man höre und staune, hat konzidiert, daß »religiöse Vorstellungen möglicherweise die stärkste Komponente der hohen Fruchtbarkeit« in den Entwicklungsländern sind.

Durch die starke Vermehrung gefährden die Menschen nicht nur die eigene Existenz, sondern die Existenz der gesamten Biosphäre.

Wie explosiv die Situation ist, erläuterte die britische Ärztezeitschrift *The Lancet* auf recht makabre Weise: Selbst der tägliche Abwurf einer Hiroshima-Bombe mit jeweils 90 000 Toten würde nicht ausreichen, um die Bevölkerungsexplosion anzuhalten, weil täglich 250 000 Neugeborene dazukommen.

Bereits im Jahre 2025 werden 85 % der Erdbevölkerung auf der Südseite leben. Allein die indische Population wird in dieser Zeit von 864 Millionen auf 1,44 Milliarden Menschen anwachsen und das Bevölkerungsmonster China einholen.

Andererseits verbrauchen die westlichen Industrie-Nationen des Nordens und einige Schwellenländer drei Viertel aller Energie, allen voran bei weitem die USA, die die skrupellosesten Zerstörer unserer Ressourcen sind (siehe Seite 27). Um insgesamt etwa ein Viertel, also um 610 Milliarden Mark, schrumpft schon heute die jährliche Wohlbilanz der alten Bundesrepublik, wenn die Kosten der ökologischen Zerstörung berücksichtigt werden, errechnete das Fraunhofer-Institut für Systemtechnik in Karlsruhe.

In dem Maße, wie die Länder des Südens sich in Richtung Konsumgesellschaften entwickeln werden (zum Beispiel China), wird eine dramatische Erschöpfung von Rohstoffen und Überschreitung ökologischer Grenzbereiche eintreten. Der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen (Öl, Gas, Kohle etc.) wird sich in den nächsten zwanzig Jahren verdoppeln. Erneuerbare Ressourcen (Acker- und Weideland, Wasser und Holz) werden sich im Süden dramatisch verknappen.

China kann mit der »sozialistischen Marktwirtschaft« des Deng Xiaoping schon zur Jahrtausendwende sein Bruttosozialprodukt verdoppeln und zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Erde aufsteigen – vor Japan und Deutschland. Nur völlige Dummköpfe können angesichts dieser ökonomischen Perspektive nur vom größten Markt

der Welt schwärmen und nicht gleichzeitig die katastrophalen ökologischen Auswirkungen für den Planeten beklagen.

Explodierende Stadtpopulationen der Südhalbkugel werden von Gewalt und Kriminalität ständig aufgeladen sein und in immer kürzeren Abständen bürgerkriegsähnlich eruptieren. »Insofern eine stark anschwellende Einwanderung die Ballungszentren noch weiter bevölkert, die Konkurrenz unter den Benachteiligten verschärft und den Anteil der Menschen wachsen läßt, die nicht in festen Nachbarschaftsbeziehungen verankert sind, ist auch mit einer Schwächung der sozialen Ordnung und einem entsprechenden Ansteigen der Kriminalität zu rechnen«, so der Soziologe Richard Münch.

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird kollabieren, ganze Gesellschaften werden vernichtet werden, das Chaos wird regieren. Hochzeit der Menschenratten, des abscheulichsten menschlichen Abschaums. Verteilungskämpfe schlimmsten Ausmaßes werden an der Tagesordnung sein. Bevölkerungsdruck, ökologische und gesellschaftliche Zerstörung, Pauperismus werden heute noch unvorstellbare Wanderungsbewegungen gen Norden und Westen auslösen. Einen Eindruck davon kann man bereits heute in deutschen Großstädten erhalten. Auf der Frankfurter Zeil findet man zu bestimmten Tageszeiten kaum noch mitteleuropäische Gesichter; auf bestimmten Seiten des Frankfurter Telefonbuches werden deutsche Namen rar.

Die allmähliche Verdrängung Deutscher aus der Stadt Frankfurt am Main schreitet voran. Nach Angaben des Amtes für Statistik der Stadt Frankfurt nahmen von November 1992 bis November 1993 die Deutschen per Saldo um 4 883 Personen ab, während Ausländer um 5 146 zunahmen. In meiner norddeutschen Heimat haben wir ein Sprichwort: »Wer nicht will deichen, muß weichen.«

Ähnlich ist zum Beispiel die Situation in Paris. Ausländer, zumeist arme Zuwanderer aus Afrika nördlich und südlich der Sahara, haben ganze Stadtviertel von Paris eingenommen, ohne daß die Einheimischen um ihre Zustimmung oder Meinung gefragt wurden. In der Pariser Region beträgt ihr Anteil bereits über 13 %, in der Hauptstadt selbst sind es fast 17 %. Der »Wanderungsüberschuß« (legal und illegal) beträgt jährlich mindestens 200 000, während gleichzeitig Einheimische die inzwischen verrufenen »Cités« (sprich: Ghettos), ähnlich wie in Frankfurt am Main oder Berlin-Kreuzberg, verlassen und die »immigrés« und ihre Nachkommen in mehr oder minder polizeifreien Gegenden der »banlieue« unter sich bleiben. Eine neue Form der Apartheid ist entstanden.

Alle fünf Jahre wächst die Zahl der zumeist afrikanischen Ausländer in Frankreich um eine Million, die dank der offenen EU-Grenzen nun freie Fahrt nach Deutschland haben. Alle zehn Jahre wechselt eine Million Menschen aus der Minderheit der Ausländer in die Mehrheit der französischen Staatsbürger über. Und dennoch bleiben sie meistens Fremde, weil sie sich nicht integrieren wollen. Sie beharren auf ihrem »Recht auf Besonderheit« (*»droit à la différence«*). Längst hat sich wie in den USA erwiesen, daß der Mechanismus der Segregation (Absonderung) stärker ist als der Mechanismus der Integration. Die abgesonderten ethnischen Gruppen bilden das Proletariat von morgen. Aus ihrem Ghetto heraus wurden, ähnlich wie in den USA, bereits erste Revolten vorgebracht, die in Zukunft explosionsartig zunehmen werden. Kommunistische und sozialistische Ideologen betreiben die Etablierung dieser proletarischen Ghettos durch mittelbare Förderung massiver Armenzuwanderung aus Afrika, einerseits mit dem Hintergedanken, auf diese Weise doch noch ihre geschichtlich gescheiterte Utopie zu einem späten makabren Sieg zu führen, andererseits mit

der Absicht, aus diesen Gruppen ihre Wähler von morgen rekrutieren zu können.

Dafür scheinen sie, getreu ihrer leninistischen Doktrinierung, nolens volens die Zerstörung des gesamten Staates mehr als nur billigend in Kauf zu nehmen. Wie in Frankfurt am Main durch Cohn-Bendit und sein »Amt für multikulturelle Angelegenheiten« spielen auch in Paris die mosaischen Juden eine treibende Kraft in der multikulturellen Durchdringung vorhandener Strukturen. Der Verband der jüdischen Studenten ist eine Hauptstütze von »SOS-Rassismus«, eine Gruppe von »Berufs-Antirassisten« ähnlich den Berufsrevoluzzern vergangener Tage. Die libertärsten Gesellschaften des Nordens werden der metastatischen Infiltration immer größeren Ausmaßes am wenigsten gewachsen sein und zuerst kollabieren. Die überlebensfähigen Gesellschaften der Zukunft werden, man mag dies bedauern, Individualfreiheitsrechte zu Gunsten erhöhter sozialer Kontrolle und polizeistaatlicher Maßnahmen zurücknehmen – oder untergehen. Dies ist der Hintergrund, vor dem alle Maßnahmen zur Rettung einer Nation zwangsläufig gesehen werden müssen. Es wird ein bereits begonnener Wettlauf zwischen den europäischen Staaten in der Zurücknahme individual-libertärer Prinzipien nach der Devise »Rette sich, wer (noch) kann« einsetzen. Die Staaten der Europäischen Union, in ihrer Maastrichter Version ohnehin eine Totgeburt (siehe Seite 114 ff.), werden, wie aus einem Trauma erwacht, ihre nationalen Grenzen wiederentdecken und effektive Grenzregime zu schätzen wissen. Es kommt nur darauf an, dies *jetzt* zu erkennen, *jetzt* zu handeln, *jetzt* die Grenzbäume herunterzulassen, *jetzt* die illegale Zuwanderung anzuhalten, *jetzt* die Illegalen auszuweisen; denn morgen wird es mit Sicherheit zu spät sein, zumal für Deutschland, das geographisch nach allen Seiten offen ist. Wie gesagt: »Wer nicht will deichen, muß weichen.«

In dieser Situation, in der in Deutschland bereits die Auswirkungen der vorhandenen massiven Zuwanderung schmerzlich zu spüren sind, sei es in bezug auf verfügbaren oder finanzierbaren Raum (Wohnraumverknappung und -verteuerung), erhöhte Arbeitslosigkeit, sinkende Realeinkommen, verarmende Kommunen und katastrophales Abgleiten des Bildungsniveaus, fordert der Ex-Juso Schröder (SPD), Ministerpräsident Niedersachsens, ein Einwanderungsgesetz, offensichtlich mindestens damit billigend in Kauf nehmend, daß nach außen hin damit signalisiert wird, Deutschland, einer der ohnehin schon dichtest besiedelten Staaten dieser Erde, sei Einwanderungsland. Auf daß die Lawine hier erst richtig losbreche. Als wäre Deutschland ein Flächenland wie die USA mit vergleichbaren Ressourcen. Als könnte Deutschland dies überhaupt leisten, raummäßig, finanziell und im Hinblick auf seine Integrationskraft.

Deutschland ist heute doppelt so dicht bewohnt wie die anderen großen Länder Kontinentaleuropas. Im Jahre 1992 betrug nach dem *Statistischen Jahrbuch 1992* des Statistischen Bundesamtes die Bevölkerungsdichte in Einwohnern/qm in

- ◇ Deutschland: 225
- ◇ Italien: 189
- ◇ Frankreich: 104
- ◇ Polen: 123
- ◇ Ungarn: 113
- ◇ Österreich: 90
- ◇ Rumänien: 97
- ◇ Spanien: 77

Obwohl Deutschland also das bei weitem dichtest besiedelte Land Europas ist, nimmt es gleichzeitig fast zwei Drittel (2/3) der nach Europa strömenden Flüchtlinge und Asylbewerber auf. Tatsächlich hat die Bundesrepublik Deutschland sogar mehr Ausländer aufgenommen

als jeder der 24 OECD-Staaten, zu denen auch USA und Kanada gehören.

Im Jahre 1992 kamen 430 000 Asylbewerber nach Deutschland, weitere 310 000 Wirtschaftsflüchtlinge illegal. Im Jahre 1993 haben sich die Relationen nach der Asylgesetznovelle zwar verändert (ca. 320 000 legal; ca. 400 000 illegal), insgesamt ist jedoch keine wesentliche Entlastung eingetreten. Gerade die Illegalen werden aber, kaum hier angekommen und untergetaucht, kriminell; der Anteil aller Ausländer an der Schwerstkriminalität beträgt schon heute bis zu 60 %. Das neue Asylrecht wird inzwischen dadurch unterlaufen, daß Asylbewerber Hinweise auf das Herkunftsland beseitigen, so daß eine Abschiebung in ein Drittland unmöglich wird. In der üblichen Bonner Vernebelungstaktik entblödete sich der Bonner Innenminister Kanther (CDU) Anfang Februar 1994 dennoch nicht, das Asylgesetz als Erfolg zu bezeichnen.

Der eigentliche Skandal in der Asylrechtsproblematik ist jedoch, daß zum Beispiel im Jahre 1990 lediglich 4,4 % der Asylbewerber anerkannt, von den restlichen 95,6 % jedoch nur 6,5 % abgeschoben wurden. Die Deutschen fühlen sich zu Recht zum Narren gehalten.

Diese Zahlen können aber auch noch in ein anderes Verhältnis gesetzt werden. Für etwa 5 % anerkannte Asylbewerber (= 16 000 bezogen auf das Jahr 1993) nimmt die Viererbande etwa 700 000 nicht anerkannte und illegale Asylanten in Kauf, von denen jeder Zehnte, also 70 000, des Mordes, Totschlags, Raubes, Heroinschmuggels und Vergewaltigung verdächtig ist (siehe Seite 24). Zusammen mit anderen, nach ethnischer Herkunft zusammengesetzten Banden krimineller Ausländer sind sie mitursächlich dafür, daß in Deutschland, so Hans-Magnus Enzensberger, ein »molekularer Bürgerkrieg«, sowohl bezogen auf die ethnische Spezialisierung für be-

stimmte Delikte als auch auf die Deliktsorte, entstanden ist.

Mit anderen Worten: Für 16 000 Menschen im Jahre 1993, die in ihren Heimatländern tatsächlich politisch verfolgt werden (Art. 16a Grundgesetz), wird die allmähliche politische Destabilisierung einer ganzen Nation von 80 Millionen Deutschen billigend in Kauf genommen. Der Viererbande, die stets das Wort »Rechtsstaat« vollmundig auf den Lippen führt, scheint in ihrer ideologischen Verblendung der »Grundsatz der Verhältnismäßigkeit«, eine Säule des Rechtsstaatsprinzips, völlig abhanden gekommen zu sein.

Immer wieder kann man Erstaunliches über Asylbewerber lesen. Nach einer Erhebung im Juni und Juli 1993 stellten 18 % der Asylbewerber zwei oder mehr Anträge auf Sozialhilfe. Im August 1993 war gar zu lesen, daß ein rumänischer Asylbewerber unter fünf verschiedenen Namen Sozialhilfe an verschiedenen Orten kassierte. Es ist ein regelrechter Sozialhilfe-Tourismus unter Asylanten bestimmter Herkunftsstaaten zu verzeichnen. Längst gehören stehlende und bettelnde Kinder, meistens rumänischer Herkunft, zu unserem Alltag; sie werden von ihren skrupellosen Eltern in der Regel dazu angestiftet. Im April 1993 wurde berichtet, daß eine rumänische Asylantin ihr Baby zum Verkauf anbot.

Wir lesen diese Dinge fast täglich, sind sprachlos und fragen uns, ob es überhaupt noch schlimmer kommen kann. Und der nächste Tag hat für uns bereits die Antwort bereit. Es wird immer schlimmer.

Mit Asylanten stoßen sich windige Winkeladvokaten auf die schnelle gesund; Vater Staat zahlt ihre Kosten. Schlepperbanden machen den großen Reibach, und die Polizei ist überwiegend machtlos. Hilfe könnte die völlig unterbeschäftigte Armee leisten, aber deren Einsatz zu Grenzsicherungszwecken wird von interessierten Kreisen boykottiert.

Deutschland ist, so scheint es, in der Totalblockade. Inzwischen hat Deutschland sieben Millionen (7 000 000) Ausländer; also das 17,5fache der gesamten luxemburgischen Bevölkerung; hinzu kommen die Ausländer, die auf die eine oder andere Weise einen deutschen Paß erhalten haben. In Hessen ist bereits jeder achte Ausländer. In Frankfurt beträgt der Ausländeranteil bereits ein Drittel; in Städten wie Dietzenbach bei Frankfurt gibt es Ausländerghettos, in denen der Ausländeranteil bereits 90 % beträgt, meistens Muslime; 50 % aller Jugendlichen in der Stadt Dietzenbach sind bereits Ausländer, überwiegend Muslime. 50 % ist auch der Ausländeranteil in den Grundschulen. Die Deutschen werden zu Gästen im eigenen Land. Es gibt Kindergärten in Dietzenbach, in denen der Ausländeranteil fast 100 % beträgt. Die Muslime sorgen für ständig steigenden Zulauf.

»Das Grundübel der deutschen Ausländerpolitik liegt darin, daß seit den 50er Jahren eine Einwanderung stattgefunden hat, und zwar eine Einwanderung, die zahlenmäßig im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung größer ist als die Einwanderung der Vereinigten Staaten«, konzidiert der Staatsrechtler Prof. Rittstieg, Hamburg. Viel zu spät wurde anerkannt, daß sich Deutschland mit der Aufnahme von immer mehr Wirtschaftsflüchtigen aus aller Welt übernommen hat. Viel zu spät wurden völlig ungeeignete Konsequenzen gezogen. Selbst leidenschaftlichen Befürwortern des Grundrechts auf Asyl dämmerte die Erkenntnis, daß zum Beispiel ein Land wie Rumänien das deutsche Asylrecht praktisch ausnutzte und uns eine dort ungeliebte Bevölkerungsminderheit, nämlich die Roma, zuschob. Der Massenzustrom von Asylbewerbern stellte vor allem die Gemeinden vor manchmal kaum lösbare Probleme.

Die Antwort auf diese Erkenntnisse war die Asylgesetzfarce des Jahres 1993, ein Gesetz, das, so war für jedermann voraussehbar, die Relation nur zu Gunsten der

illegalen Infiltration des Landes verändern würde. Die einzig vernünftige Maßnahme ist in einer heute kaum entspannten Situation ein einstweiliges Asylmoratorium, um dann in aller Ruhe und ohne den Druck interessierter Kreise und der Straße eine mit Rücksicht auf zukünftige Migrationsbewegungen noch vertretbare Gesetzgebung zu finden. Ein Asylmoratorium ist der einzige Weg, den in der Bevölkerung eingetretenen Vertrauensverlust noch abzufangen. Ansonsten ist eine neue Gewaltwelle gegen Türken und andere Ausländer zu befürchten.

Den überwiegend jugendlichen Gewalttätern wird man in vielen Fällen noch mangelnde Einsichtsfähigkeit zubilligen müssen und sie nach Jugendstrafrecht aburteilen. Daneben gibt es aber die vielen Unterlassungstäter. Jedes juristische Erstsemester weiß, daß aus dem Amtseid der Herren Kohl und Konsorten, vom deutschen Volk Schaden abzuwenden, diesem gegenüber eine Garantstellung entsteht, die in der Asylrechtsproblematik wesentlich früher zu einem entschiedenen Handeln verpflichtet hätte, um den 95 %igen Mißbrauch dieses Rechts zu beenden. Die Unterlassungstäter sitzen also in Bonn, hinsichtlich etwaiger Reaktionen des Auslands wie Karnickel gelähmt auf die Schlange starrend, anstatt engagiert dem eigenen Volke zur Seite zu stehen.

Derweil haben Frankreich und andere europäische Staaten schon längst die Notbremse gezogen; die eindeutige demoskopische Zielvorgabe in Frankreich heißt Null-Immigration.

Selbst ein klassisches Einwanderungsland wie die USA ist dies de facto schon längst nicht mehr. Wer in den USA ein erneuerbares Einjahresvisum erlangen will, muß entweder eine wesentliche Investition in den USA (ca. 100 000 US-Dollar) vornehmen (E-1-Visum) oder wesentlichen Handel mit den USA nachweisen (E-2-Visum) und dadurch Arbeitsplätze *für Amerikaner* schaffen.

Wer ein Dauervisum (sogenannte Green Card) erhalten will, muß je nach Bundesstaat mindestens 500 000 US-Dollar investieren.

US-Deportationsbestimmungen und Bestimmungen über die Bestrafung von Beihilfe US-Amerikaner am illegalen Verbleib von Ausländern sind äußerst scharf.

Wenn alles dies schon in den USA gilt, welche Maßnahmen sind dann für Deutschland, eine der dichtest besiedelten Regionen dieser Erde, erforderlich, um das Erbe unserer Vorväter zu schützen?

Eine besondere Gefahr für das deutsche Gemeinwesen ist die türkische Einwanderung, die einer metastatischen Infiltration gleichkommt. Türken scheinen dazu zu neigen, sich nicht mit dem von ihnen benutzten Nährboden zu verbinden; sie bleiben, offensichtlich von ihnen selbst gewollt, Außenseiter. Ein Beweis dafür ist, daß inzwischen fast 400 000 Türken das Recht erworben haben, schon jetzt eine doppelte Staatsbürgerschaft zu erwerben, kaum ein Türke dieses Recht jedoch wahrnimmt.

Deutschland hat inzwischen schon fast zwei Millionen (2 000 000) Türken in seinen Grenzen, also das 5fache der gesamten luxemburgischen Bevölkerung, Tendenz weiterhin stark steigend. Von diesen Türken sind ca. 700 000 erwerbstätig und ca. 100 000 Rentenbezieher. Die verbleibenden ca. 1,2 Millionen sind nochmals um einen 15%igen Arbeitslosenanteil zu bereinigen, so daß schon heute ca. eine Million Türken in Deutschland ohne eigenes Einkommen leben, hinsichtlich derer der türkische Staat durch den deutschen Fiskus von der Zahlung von Sozialleistungen (Sozialhilfe, Wohnungsgeld, Kindergeld, Krankenbeiträge und -leistung) entlastet wird, ganz zu schweigen von den Ausgaben für zusätzliche ökologisch-schädliche Infrastruktur-Maßnahmen (Wohnungs-, Straßenbau etc.).

Ist es nicht an der Zeit, für diese Leistungen an Türken von der Türkei Kompensationen einzufordern?

Hinzu kommt: Die Bevölkerung der Türkei, derzeit bereits 56 Millionen, wird sich binnen drei Jahrzehnten um weitere 30 Millionen vermehrt haben, und die demographische Erfahrung lehrt, daß zwischen 10 und 20 % dieser Türken, mit zunehmendem sozialem Druck eher noch steigend, bereit sein werden, diesem sozialen Druck durch Auswanderung, bevorzugt nach Deutschland, zu entfliehen.

Mit Berlin-Kreuzberg existiert bereits heute die drittgrößte türkische Gemeinde nicht in der Türkei, sondern auf deutschem Boden.

Der multikulturelle Abyssus

Kürzlich war im *Focus* (19/93) ein Leserbrief von Krzysztof Wasilewskij zu lesen: »Als Pole, der schon seit langem in der BRD lebt, bin ich erschüttert darüber, daß manche Politiker versuchen, Deutschland, eines der am dichtest besiedelten Länder der Welt, in ein Einwanderungsland umzufunktionieren. Daß die sogenannte multikulturelle Gesellschaft eine Gefahr in sich birgt, zeigen uns die Rassenunruhen in Los Angeles und zuletzt auch in Frankreich. Wie man so viele Menschen aus fremden Kulturkreisen integrieren will, ist mir schleierhaft.«

Wasilewskij hätte auch das Verhältnis der mosaischen Juden und der Palästinenser in Israel, den Libanon, den blutigen Balkan, ein multikultureller Abyssus (Abgrund) vor unserer Tür, oder die von den Medien stiefmütterlich behandelten Konflikte im Süden der früheren UdSSR nennen können. Aber auch auf deutschem Boden bzw. im westeuropäischen Ausland haben diese Auseinandersetzungen bereits begonnen, wenn indogermanische Kurden auf ihre türkischen Unterdrücker losgehen oder umgekehrt. Dies alles ist freilich nur der Anfang.

Das Problem mit der multikulturellen Gesellschaft ist nicht, daß es gerechtfertigt wäre, der noch durch die christlich-jüdische Religion dominierten Kultur der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der islamischen Kultur einen höheren Rang einzuräumen; denn beide sind gleichermaßen auf Manipulation, Versklavung, Entmündigung des Menschen angelegt. Das Problem ist zunächst auch nicht, daß die Anhänger verschiedenartiger Kulturen häufig nach außen durch verschiedenartige Hautpigmentierungen und Physiognomien erkennbar und als vermeintliche Feinde ohne Visier sind. Dieses Problem wird erst in einer späteren heißen Kulturkriegsphase

virulent. Das eigentliche Problem ist, daß die Bevölkerungskreise, die in den jeweiligen religiös konditionierten Kulturen verstrickt sind, es eher vorziehen, ihre Unterschiede künstlich zu kultivieren, das heißt die Unterschiedlichkeit selbst als Kulturform zu zelebrieren, als die sie trennende und versklavende Religion hinter sich zu lassen. Diese Attitüde bedeutet aber für die Gemeinschaft ein ständiges Unruhepotential, ein Manko an Homogenität und Stabilität und ist in ihrer Entwicklung zu einer harmonischen Solidargemeinschaft ein lähmendes, retardierendes, paralyisierendes Element. Zerfaserte, chaotische Gemeinschaften dieser Art werden in Zukunft zwangsläufig hinter homogenen Gemeinschaften wie Japan, China, Südkorea, Singapur zurückfallen. Dies zeigt das Verhältnis USA/Japan bereits überdeutlich.

Betrachten wir wiederum die USA als den Prototyp eines unheilvollen multikulturellen Psychogramms. Die Selbstspiegelung der verschiedenen ethnischen Gruppen nimmt dort immer groteskere Formen und Ausmaße an, und sie wird sich voraussehbar in einem Ansteigen bürgerkriegsähnlicher Unruhen, wie sie sich bereits in Los Angeles angedeutet haben, auswirken.

Paranoia, Mißtrauen, Minderwertigkeitsgefühle und vermeintliche oder tatsächliche Unterprivilegierung haben zum Beispiel unter den Schwarzen eine Bunker- und Festungsmentalität entwickelt, aus der heraus sie irgendwann den Befreiungsschlag werden führen müssen, ihrem inneren Zwang folgend. Es ist unter ihnen eine imaginäre, irreale Gegenwelt entstanden, in der die Weißen sie mit heimlicher, durchtriebener und unbarmherziger Bösartigkeit verfolgen. Sie fühlen sich als ewige Opfer der Weißen. Welcher Kompromiß ist mit einer weißen Gesellschaft möglich, die, so ihre Fixierung, ihnen nur Böses will? Welche Kommunikation kann in einer Atmo-

sphäre von Furcht und Mißtrauen stattfinden? Paranoia teilt die Gesellschaft und verhindert das Aufkommen von Hoffnung, offener Begegnung und Ausgleich. Das Opferdenken geht so weit, daß junge Schwarze ein Mittelklasseleben mit guten Jobs, schönem Haus, konservativer Kleidung und Hochschulabschluß nur deshalb ablehnen, weil sie befürchten müssen, unter ihresgleichen sich den Vorwurf einzuhandeln, daß sie damit weiß handeln («acting white») beziehungsweise weiß werden («turning white»), ein Phänomen, welches wir in Deutschland auch bei jungen Türken beobachten können, die sich unter ihresgleichen mit dem Vorwurf konfrontiert sehen, deutsch zu handeln beziehungsweise deutsch zu werden.

Afroamerikanische »Gelehrte« haben in den USA ein Netzwerk von Stützpunkten etabliert, von denen aus sie Angriffe gegen europäische Geschichte und Kultur lancieren. Die Geschichte wird von ihnen auf skurrile Weise neu geschrieben, um das Gefühl schwarzer Minderwertigkeit zu kompensieren.

Der afroamerikanische Guru Asa Hilliard lehrt, daß die ägyptische Zivilisation schwarz gewesen und die Mutter der westlichen Zivilisation sei. In Hilliards Welt haben Schwarze die Geburtenkontrolle, den Stahl, die Medizin, die Wissenschaft und die Künste erfunden. Sie entdeckten Amerika, lange bevor Kolumbus daran dachte. Beethoven und der Dichter Robert Browning sind in Hilliards Welt Afroeuropäer. Andere Afroamerikaner lehren, daß Cleopatra und Sokrates schwarz gewesen seien. Yosef ben-Jochanan bezichtigt in seinem Buch *Africa, Mother auf Western Civilization* Aristoteles, seine Ideen von den Afrikanern gestohlen zu haben.

Das alles ist natürlich barer Unsinn. Sokrates war Bürger Athens und Cleopatra wahrscheinlich mazedonischer Herkunft. Es gibt nicht den geringsten Hinweis, daß die griechische Philosophie aus ägyptischen Quellen entstanden ist.

Moleti Kete Asante lehrt in seiner Gegenrealität, daß es ein einheitliches afrikanisch-kulturelles System gäbe, das alle afrikanischen Menschen umfasse. »Wir sprechen auf dieselben Rhythmen des Universums an, dieselben kosmologischen Sensibilitäten. Unser afrikanisches Sein ist unsere endgültige Realität.«

Die Realität ist, daß Afrikaner sich selbst am Sklavenhandel beteiligten, Stammeskriege führten oder dem Kannibalismus nachgingen. Andere waren Monotheisten, glaubten an mehrere Naturgötter oder gar an Geister. Es gibt kein einheitliches afrikanisches System, so wenig wie es ein einheitliches europäisches System gibt. Tatsächlich geht es auch nicht um die Wissenschaftlichkeit schwarzer Gegenrealitäten. Das Ziel ist vielmehr, die Vergangenheit nicht zu studieren, sondern sie zu manipulieren, um das Selbstwertgefühl junger Schwarzer zu erhöhen. Dabei stören alle Negative, die völlig undemokratischen Strukturen afrikanischer Gesellschaften, Stammesmassaker, das ärmliche Los der gewöhnlichen Menschen, die in die Sklaverei verkauften Gefangenen, die Mitschuld am atlantischen Sklavenhandel, die Fortdauer von Sklaverei in Afrika, nachdem sie in Amerika längst abgeschafft war.

Militante Afroamerikaner sehen die Welt mehr denn je durch die Linse der Hautpigmentierung. Der schwarze Psychiater Francis Cress verstieg sich sogar dazu, daß Weiße deshalb nach Überlegenheit strebten, um ihre rassische Minderwertigkeit zu kompensieren, die aus ihrem genetischen Unvermögen resultiere, Melanin, das für die Hautpigmentierung verantwortlich ist, zu produzieren.

Eher noch stärkere Animositäten und Abneigungen finden sich in der multikulturellen Gesellschaft der USA zwischen Schwarzen und Asiaten (insbesondere Koreanern), Hispaniern und mosaischen Juden.

Schwarze Aktivisten riefen vor den Unruhen in Los

Angeles in New York zum Boykott koreanischer Geschäfte auf (wir kennen das auch: »Kauft nicht beim Juden!«). Der Boykottführer Sonny Carson verkündete in WLIB, einem afroamerikanischen Radiosender: »Als die Juden gingen (und ihre Geschäfte an Koreaner verkauften, der Verfasser), stellten sie sicher, daß die Geschäfte an Leute verkauft wurden, die ihre Betrugereien fortführen würden.«

Im Jahre 1991 kam es in Washington, D.C., zwischen Hispaniern und Schwarzen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf ein schwarzer Polizist einen Hispanier erschoss. Die Klagen der Hispanier gegen das schwarze politische Establishment in Washington wiesen dieselbe Rhetorik auf, die Schwarze bei anderer Gelegenheit gegen Weiße verwenden.

Umgekehrt gibt es amerikanische Städte, zum Beispiel Miami, in denen die Hispanier durch Fleiß und Korruption die Schwarzen weit hinter sich gelassen haben.

Die wohl tiefsten Abneigungen gibt es zwischen Schwarzen und mosaischen Juden. Eine Karikatur, die nach einem Ausbruch jüdisch-schwarzer Gewalttätigkeiten in New York veröffentlicht wurde, veranschaulicht diese Kluft.

Der jüdische Mann sagt: »Ich bin eine Minderheit in dieser Nachbarschaft.« Der schwarze Mann antwortet: »Ich bin eine Minderheit in dieser Nachbarschaft. Und ich bin ein Opfer.« »Ich bin ein Opfer«, echot der jüdische Mann. . . , »und wegen meiner Religion werde ich anders angesehen.« »Wegen meiner Rasse werde ich anders angesehen,« antwortet der schwarze Mann . . . « Und er fährt fort: »Und du hast keine Ahnung, wie es ist, ich zu sein.« Der jüdische Mann antwortet: »Du hast keine Ahnung, wie es ist, ich zu sein . . . , also hast du nichts mit mir gemein.« »Und du hast nichts mit mir gemein,« antwortet der Schwarze, »und deshalb hasse ich dich.« »Und ich hasse dich!« antwortet der Jude.

Im August 1991 tötete in New York ein mosaischer Jude mit seinem Fahrzeug ein schwarzes Kind und verletzte ein anderes schwer. Innerhalb von Stunden stach eine Gruppe schwarzer Teenager einen jungen mosaischen Juden als Rache zu Tode, worauf die *New York Times* bemerkte: »Für beide Gruppen wurden die Umstände, die den Unfall umgaben, zu einer Metapher für ihr Opferdasein.«

Obwohl sie dieselben Straßen Brooklyns benutzen, dieselben städtischen Herausforderungen zu bestehen haben und ihnen ähnliche soziale Schranken auferlegt sind, bestehen zwischen ihnen gegenseitiges Mißtrauen und gegenseitiger Haß. In Unkenntnis, daß sie eine historische Tragödie nachlebten, schrien schwarze Jugendliche: »Heil Hitler!« zu den Juden, die ihrerseits den Zorn der Schwarzen als eine Wiederholung des Holocausts und europäischer Pogrome ansahen. Die Schwarzen wiederum beschwerten sich über die Abgesondertheit der Juden und ihre besonderen Privilegien.

Kommt uns das nicht alles bekannt vor?

Multikulturismus führt nicht zum Schmelztiegel, sondern zur künstlichen Kultivierung des Andersseins. Je mehr ethnische Gruppen und Minoritäten, desto mehr eingebildete oder tatsächliche Opfer, desto mehr Frontenbildungen.

In Studentenquartieren amerikanischer Universitäten hatten sich Studenten in afrikanischen, asiatischen, hispanischen, jüdischen und ausländischen Häusern voneinander abgesondert. Die Gruppen begannen sehr bald, sich darüber zu streiten, welche Gruppe unter ihnen die größten Opfer erleide, anstatt Prinzipien wie Gerechtigkeit und Gleichheit zu diskutieren.

Der Schritt vom verletzten Opfer zur Anmaßung gesellschaftlicher Vorrechte oder gar eines Notwehrrechts auf Generalpardon ist offensichtlich nicht sehr weit.

In Milwaukee hat ein schwarzer Kommunalpolitiker eine

Black-Panther-Miliz formiert und verkündete in der Sendung »60 Minutes«: »Kein schwarzer Mann in Amerika sollte physisch oder moralisch für irgend etwas verantwortlich gemacht werden, was er in den Vereinigten Staaten tut. . . Ich kann verstehen, warum ein schwarzer Mann in eines dieser Einkaufszentren (»malls«) marschiert und dort beginnt, Leute zu töten. Das ist Krieg, Mann, wenn alle diese Leute sich gegen dich verschwört haben.«

Die meisten Bürgerkriege fangen »klein« an.

Multikulturismus ist eine Reaktion von Minderheitsgruppen gegen eine vorherrschende, etablierte Kultur. Multikulturismus führt nicht zu einer homogenen Einebnung ethnischer Konflikte, sondern prononciert vorhandene oder vermeintliche Unterschiede, führt zur ethnischen Abgrenzung dieser Gruppen, nicht zu deren Verschmelzung, zur Atomisierung der Gesellschaft, nicht zum Pluralismus.

Schon gibt es in Deutschland erste höchstinstanzliche Urteile des Bundesverwaltungsgerichts, daß zum Beispiel Mädchen, die im islamischen Glauben erzogen werden, nicht am normalen Schwimm- oder Sportunterricht teilnehmen müssen. Urteile dieser Art sind der Einstieg in eine Gesellschaft der Sonderrechte, in der jede Gruppe das Maß der Sonderrechte konkurrierender anderer Gruppen neidisch verfolgt und gegebenenfalls bekämpft. Sie ebnen den Weg in die disharmonische, inhomogene, chaotische, dahinsiechende Gesellschaft ständig im Streit liegender Gruppenegoismen und sind das fatale, reaktionäre Hindernis auf dem Weg von der schlechten zur guten Freiheit.

Mit dem freien, grenzenlosen Zugang der Mafia zum deutschen Markt (siehe Seite 45 ff.) erfolgt zum Beispiel eine stetige »Italienisierung« Deutschlands. Hinzu kommt eine »Orientalisierung« der Sitten und Gebräuche. Ein typisches Beispiel dafür ist die Abschaffung des Rabatt-

gesetzes. Mit dieser Maßnahme wird Deutschland allmählich zu einem orientalischen Basar umfunktioniert werden. Feilschen, für viele abendländische Deutsche eine Horrorvorstellung, wird nicht nur gesellschaftsfähig, es wird auch zu einem wirtschaftlichen Zwang werden, um ständigen Übervorteilungen zu entgehen. Die vielen aber, denen dieses Verhalten zutiefst zuwider ist, die älteren, die weder Preisvergleiche anstellen können, noch mit windigen türkischen Gemüsehändlern feilschen wollen, werden das Nachsehen haben.

Cui bono? Wem nützt dies alles? Denen, die an einer Destabilisierung der Gesellschaft ein Interesse haben, deren dubiose Geschäfte in einer atomisierten, mit sich selbst im Streite liegenden Gesellschaft erst richtig zu blühen beginnen, die allgemein eine Gesellschaft von Sonderrechten anstreben, die die Forderung nach Minderheiten-Sonderrechten als Mittel dafür benutzen, Sonderrechte für Homos, Lesben, Kinderschänder oder Gummibärchen durchzusetzen.

Wer sind die exponierten Protagonisten einer multikulturellen Gesellschaft? Die mosaischen Juden Daniel Cohn-Bendit und Burkhard Hirsch gehören dazu; sie scheinen schon aufgrund ihrer Provenienz multikulturell eingestellt zu sein. Dazu gehören auch Heiner Geißler und Rita Süßmuth (beide CDU). Schließlich Peter Glotz (SPD), der zur Toskanafraktion seiner Partei gehört und sich in diese Toskana zurückzieht, weil er dort nach eigenen Worten von Deutschem und Deutschen kaum gestört wird.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bemerkte zu diesen Protagonisten: »Noch immer gilt als unverbesserlicher Chauvinist und Kleingeist, wer vor den möglichen Gefahren (der multikulturellen Gesellschaft, der Verfasser) warnt. Es scheint schon schwer genug zu sein, mit den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen zurecht zu kommen. Wer die ›völkerverbindene Utopie‹ will, wird, so ist

zu befürchten, mit dem alltäglichen Völkerhaß leben müssen.«

Möln und Solingen sind in Vielvölkerstaaten der Alltag. Aber das verschweigt die Viererbande geflissentlich. Cui bono? Gewiß nicht uns, den Deutschen!

Zu einem Zeitpunkt, da feststeht, daß die Zukunft homogenen, nach hegelschen Prinzipien organisierten Gemeinschaften gehören wird (siehe Seite 138 ff.), praktiziert die Viererbande, in dieser kardinalen Problematik einmal mehr das Votum des deutschen Volkes nicht eingeholt habend, die Atomisierung des Staates durch die Betonung von Minderheitenrechten. Die sogenannte Verfassungskommission verständigte sich darauf, in das Bonner Grundgesetz als Artikel 20 b die reaktionäre Staatszielbestimmung aufzunehmen, daß der Staat »die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten« achtet.

Vordergründig scheint diese Maßnahme wohlgefällig zu sein, entspricht sie doch dem, was manche in ihrer bequemen Denkart als »human« bezeichnen würden. Was geschieht wirklich? Es ist das konfliktscheue, bequeme Nachgeben gegenüber Sonderinteressen. Bequemlichkeit aber ist eine besonders subtile Art korrupten Verhaltens oder Unterlassens. Tatsächlich ist es das falsche gesetzliche Signal zur völlig falschen Zeit, weil es gerade gegen die Bildung einer überlebensfähigen, homogenen Gemeinschaft gerichtet ist. Nicht nur wird die Atomisierung des deutschen Volkes legalisiert, das »Jeder gegen jeden«, sondern vor allem werden bereits vorhandene Identitäten fremder Minderheiten gestärkt, bevor sich eine gemeinsame deutsche Identität überhaupt hat bilden können. Existierende Identitäten fremder, stark anwachsender Minderheiten wirken hinsichtlich des Entstehens einer deutschen Identität hindernd. Parallel dazu betreibt die Viererbande ohne Zustimmung des deut-

schen Volkes die allmähliche Liquidation der neu entstandenen Nation durch deren Einverleibung in die EU. Es darf in Deutschland keine reaktionäre Renaissance ethnischen Denkens geben. Minderheitenschutz hat eben nicht nur den »menschenrechtlichen« Ansatz, was immer »Menschenrechte« überhaupt sind, sondern wird erfahrungsgemäß in der Regel gruppenrechtlich begründet. Der gruppenrechtliche Ansatz zielt auf die Bewahrung ethnischer, sprachlicher und sonstiger Eigenschaften einer Minderheit, die vom Staat, zum Beispiel durch die Einräumung einer Sonderstellung, garantiert werden soll. Das wiederum lädt ein, so der Experte für Minderheitenrechte, Hans Alexy, »den Begriff des Staatsvolkes ethnisch aufzuladen in Mehrheit und Minderheit, in Deutsche hier und Türken dort«. In den USA sind die staatlichen Arbeitsplätze ethnisch quotiert. Ein solches Denken verfestigt erfahrungsgemäß die Grenzen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und wirkt gegen das Staatsziel Integration bzw. Assimilation; denn Lebenschancen werden nach ethnischen Kriterien ausgeformt und in nicht endenden Gruppenauseinandersetzungen neidisch gegeneinander aufgerechnet – das Vorstadium jedes Bürgerkriegs.

Manche führen an, Integration benötige Zeit und Geduld. Eine »Zwangs«homogenisierung oder »Zwangs«assimilation (an ihren Worten sollt Ihr sie erkennen!) sei abzulehnen. Wo leben diese Traumtänzer eigentlich? Die demographische, ökologische und ökonomische Zeitschere gewährt uns nicht mehr den Luxus von Zeit, falls nicht Deutschland als Ganzes im Orkus verschwinden soll. Darum aber scheint es der Viererbande gerade zu gehen, jedenfalls stellt sich ihr Handeln vordergründig so dar. Oder hat sie etwa »second thoughts«, eine »reservatio mentalis«? Ist der Art. 20 b-Coup in Wirklichkeit nur eine verdeckte Art tiefster Fürsorge für das deutsche Volk, kalkulierend, daß dieses Volk unter Fortschreibung de-

mographischer Inlandsentwicklung und in Anbetracht explosionsartig ansteigenden Migrationsdrucks von außen (siehe Seite 91 ff.) bald Minderheit im eigenen Land sein wird? Soll hier der zukünftigen deutschen Minderheit möglicherweise schon heute ein letztes Reservat, eine letzte institutionelle Zufluchtsstätte geschaffen werden? Haben wir alle das Treiben der Viererbande völlig falsch eingeschätzt? Ist ihr das Prinzip der Fürsorge für ihr eigenes Volk doch nicht völlig unbekannt? Wenn dem so ist, dann gäbe es freilich effizientere Möglichkeiten, diese Fürsorge auszuüben.

Europa-Idiotie

Einem Europa der Vaterländer (de Gaulle) gehört unsere Zuneigung, der Europäischen Union (EU) à la Maastricht unser Widerstand. Die EU-Mitgliedschaft ist für die Deutschen, die nicht zu den Händlern, Schacherern, Subventionsbetrügern, Absahnern und Abzockern gehören, längst zu einem schlimmeren Ausplünderungs-Instrument geworden, als das Diktat von Versailles es jemals hätte werden können. Wie zu Zeiten Büchners werden sie ausgebeutet, geplündert und zum Narren gehalten. Das gemeine Volk ist das Opfer geheimer großdeutscher, großkapitalistischer Pläne, Europa dieses Mal mittels des ökonomischen Hebels zu kassieren. Dafür nimmt man Wanderungs- und Migrationsbewegungen ohne Beispiel in Kauf. Dafür wird eine türkisch-arabische Einwanderung ohnegleichen geduldet, die jegliches Integrationspotential Deutschlands überfordert. Dafür zerstört man auch noch die Reste unserer Kultur; denn Kultur schafft Identität, und Identität schafft Abwehrwillen und -bereitschaft. Jeglicher mögliche Widerstand soll scheinbar a priori gebrochen werden. Wehe, wenn das Volk aufwacht!

In und nach zwei Kriegen niemals zur Ruhe gekommen, ständig nur fremdbestimmt und entmündigt, ob unter Hitler, Honecker oder der Bonner Lobbykratie, hat man es dem Volk nie erlaubt, zu sich selbst zu finden. Dieses Volk muß unmündig gehalten werden, deshalb, so die unausgesprochene Devise, ist es weiterhin an der kurzen Leine zu halten, in Zukunft also an der Leine möglichst vieler europäischer Strippenzieher und Absahner. Befehl, Brüssel, die Deutschen folgen, zahlen und schweigen. Wie lange noch? Es scheint, die Viererbande hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Es fängt an, im Volk

zu rumoren, selbst die friedfertigsten Lämmer wollen sich nicht mehr ohne weiteres zur Schlachtbank führen lassen. »Wir sind das Volk!« heißt es wieder.

Je größer dieser immer spürbarere Drang des Volkes nach Emanzipation, desto unverblümter, stärker und zynischer werden der Druck, die Hetze, die Manipulation und Willkür der herrschenden Parteien-Oligarchie und der mit ihr in Symbiose existierenden Medien, um das Volk in Schach zu halten. Aber der Druck im Kessel steigt. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die Deutschen endlich und erstmalig in ihrer Geschichte selbst die Herren ihres eigenen Schicksals sein werden. Das deutsche Volk stöhnt und ächzt unter den Reparationszahlungen an die EU, während die fetten Brüsseler, Luxemburger und Straßburger Blutsaugerclans es immer mehr anzapfen, gierigen Hyänen gleich, die zänkisch am Fleische Deutschlands nagen und zerren.

Die EU ist ein Hort des mißgünstigen Streits. Die »Oliven-Connection« unter Führung Spaniens hintertrieb zum Beispiel die Aufnahme Österreichs, Norwegens, Schwedens und Finnlands, immerhin jeder ein Mini-Nettozahler, weil dieser Kuckuck argwöhnisch darauf schießt, daß seine gebündelte, eigennützig gegen den Rest ausspielbare Vetomöglichkeit durch die aufnahmebedingte Änderung der Stimmenverhältnisse in einem künftigen EU-Rat verlorengehen könnte.

Betrugen die Brutto-Beiträge Deutschlands im Jahre 1987, also vor der Vereinigung, noch 10 Milliarden Mark, betragen sie im Jahre 1993 bereits rund 38 Milliarden Mark, also knapp das Vierfache, obwohl Deutschland auf der Wohlstandsskala in derselben Zeit durch die Vereinigung von dem zweiten auf den siebten Platz zurückgefallen ist. Deutschland trug damit allein knapp 28 % des 136 Milliarden Mark umfassenden Gemeinschaftshaushalts. Im Jahre 1994 wird der Mitgliedsbeitrag bereits 44,5 Milliarden Mark betragen, so Theo Waigel.

Bereits im Jahre 1997 sollen die Reparationszahlungen Deutschlands rund 52 Milliarden Mark betragen, also in nur vier Jahren nochmals rund ein Drittel mehr.

Entsprechend verhält es sich bei den Nettobeiträgen, also den Beiträgen, die nach Abzug der Einnahmen von einem Mitgliedsstaat netto gezahlt werden. 1990 lagen diese nach Angaben der Deutschen Bundesbank bei netto 11 Milliarden Mark, 1992 schon bei 22,3 Milliarden Mark, und 1994 werden nach dem Finanzbericht des Bonner Finanzministeriums voraussichtlich 31,2 Milliarden Mark erreicht werden. Das ist fast eine Verdreifachung innerhalb von vier Jahren! Zum Vergleich: Der Betrag für 1994 entspricht in etwa dem gesamten 7,5 %igen »Solidaritätszuschlag«, der ab 1995 jährlich von den deutschen Steuerzahlern aufzubringen ist. Er ist fast so hoch, wie das jährliche Sozialprodukt der deutschen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zusammen ausmacht. Ohne die massiven Abflüsse an die EU wären die Defizite im Bundeshaushalt und in der deutschen Leistungsbilanz so gering, daß sie, anders als heute, kein großes Problem darstellen würden. Dies aber verschweigt die Viererbande geflissentlich. Um zu verschleiern, daß Deutschland der eigentliche »Zahlmeister« (Helmut Schmidt) der EU ist, weigert sich die EU-Kommission beharrlich, die Nettoszahlen zu veröffentlichen. Aus inoffiziellen EU-Quellen stellten sich die Nettoszahlen im Jahre 1992 zum Vergleich wie folgt dar:

◇ Deutschland	18,8 Milliarden Mark
◇ Großbritannien	4,6 Milliarden Mark
◇ Frankreich	2,8 Milliarden Mark
◇ Niederlande	1,7 Milliarden Mark
◇ Italien	1,0 Milliarden Mark

Deutschland zahlte also bereits im Jahre 1992 fast das Zweifache der sonstigen Nettoszahler insgesamt (10,1 Milliarden Mark). Aus inoffiziellen EU-Quellen ist zu

hören, daß der »Zahlmeister Deutschland« (Helmut Schmidt) im Jahre 1992 sogar netto 22,3 Milliarden Mark gezahlt hat. Diese Schere klappt bereits heute noch wesentlich weiter auseinander. Alle anderen Länder erhalten bei der EU-weiten Umverteilung ohnehin mehr aus dem Topf, als sie hineinzahlen.

Und das Schlimmste: Vor der Tür warten mit Ungarn, Polen, Tschechei und Slowakei weitere Habenichtse, die ebenfalls so schnell wie möglich an die ausgemergelten Zitzen der »Melkkuh Deutschland« wollen.

Selbst die Türkei, das Schwert des Morgenlandes, will, o Graus, des Mammons wegen in die abendländische EU.

Ein EU-Parasit par excellence ist Luxemburg, das bei weitem das höchste Pro-Kopf-Einkommen erreicht hat, gleichzeitig aber die zweithöchsten Netto-Beiträge pro Kopf erhält. Dieses Luxemburg, ein Minivölkchen von 400 000 Einwohnern, dessen Armee kaum größer ist als Chicagos Feuerwehr, das über seinen Sender *RTL* mittels gewaltverherrlichender und frauenfeindlicher Filme mit-hilft, unsere Jugend zu vergiften und zusätzlich durch sein Bankensystem dem deutschen Fiskus jährlich Milliarden-Beträge an Steuergeldern entzieht, dieser Prototyp eines Nassauerstaates wird im zukünftigen Rat der EU zwei Stimmen haben, während das 80-Millionen-Volk der Deutschen, ausgeplündert und mißbraucht, nur zehn Stimmen haben wird. Kann es ein perverseres, ungerechteres System als die EU geben?

Die Bonner Raffclique sanktioniert die Ausplünderung Deutschlands mit der stereotypen Standardformel, die Deutschen würden am meisten von der EU profitieren. Die Deutschen? Dieses Argument ist so unwahr wie die Aussage des Richard von Weizsäcker, die Deutschen hätten die Türken ins Land geholt. Wir? Die Deutschen? Oder nicht etwa die Egal-Wie-Profit-Maximierer?

Im übrigen profitieren auch die deutschen Unternehmen mittlerweile nicht mehr als die anderen Mitgliedsstaaten; denn inzwischen exportiert jedes Land etwa 70 % seiner Ausfuhren in den jeweiligen Rest der EU und überweist weitaus weniger nach Brüssel oder bekommt sogar noch weitaus mehr Geld zurück. Gibt es irgendeinen Grund für die Deutschen, diese maßlose Ausplünderung noch weiter zu erdulden? Gibt es einen Grund, den massiven Kriminalitätstransfer vor allem aus Italien noch weiter zu tolerieren? Kann es ein obsoleteres System als die EU geben? Hochbezahlte Euro-Beamte pendeln scharenweise unter einem ungeheuren Kostenaufwand ständig zwischen Straßburg, Luxemburg und Brüssel hin und her, in einer Vereinheitlichungsmanie damit beschäftigt, unter Verletzung des Demokratieprinzips und des Grundsatzes der Subsidiarität die Völker mit einer Flut mehr oder minder schwachsinniger Richtlinien zu traktieren. Seit Jahrzehnten sind sie damit befaßt, das potemkinsche Dorf Europa zu errichten. »Da liegt Europa! Wie sieht es aus? Wie ein bunt angestrichenes Irrenhaus«, so urteilte bereits Kurt Tucholsky über Europa. Ist es nicht an der Zeit, diesen institutionalisierten Schwachsinn zu beenden und ihn auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen? Sind wir dies unserem Volk und der Zukunft unserer Kinder nicht schuldig, unseren Bauern, Arbeitern und Mittelständlern, uns allen?

Bedingt durch die EU, befinden sich die deutschen Außengrenzen jetzt nördlich der Sahara. Die geschichtlichen geographischen Pufferzonen (Spanien, Portugal, Frankreich, Italien, Griechenland, »Jugoslawien«) sind weggefallen. Schon fordert Spanien erhöhte Beiträge für die Sicherung der Grenzen nach Marokko, Algerien und Tunesien, um die fundamentalistisch-islamistische Migrationsbombe (s. S. 87 ff., 91 ff.) zu entschärfen. Natürlich ist das nur ein Vorwand, um vor allem auf Kosten Deutschlands noch mehr Geld einzusacken; denn die

Grenzen nach Afrika sind kaum zu sichern, wohl aber die früheren, ohne Not aufgegebenen Grenzen Deutschlands, zumal, wenn wir die hanebüchenen Reparationszahlungen an die EU in den Ausbau eines eigenen, effektiven Grenzsicherungsregimes investieren könnten.

Der Standort Brüssel boomt mit unseren Reparationszahlungen, der Nassauerstaat Luxemburg floriert, und gleichzeitig verliert der Standort Deutschland, darben immer größere Teile unseres Volkes, steigen die Arbeitslosenzahlen, hat die Selbstbedienungs-Mentalität der Viererbande kaum faßbare Ausmaße angenommen. Die Viererbande weiß aus etlichen Umfragen, daß die Deutschen, das »ewig gestrige Volk«, einer Mitgliedschaft in der EU nicht zustimmen würden. Deutschland als Teil eines anderen Staatsverbandes? Absurd! Kaum ein US-Amerikaner versteht, wie sich die große, von ihnen geschätzte Kulturnation, diese Vorreiterin technologischer Entwicklungen, so hat aufgeben können. Was ist los mit Deutschland, dieser (noch) geschätzten und geachteten Nation, die ständig nur lamentiert, verzagt ist, sich bis zur Selbstaufgabe herumschubsen läßt? Was ist los mit den Deutschen, daß sie sich von Sprüchen seniler, kleinstütiger Politiker einschüchtern lassen, Deutschland allein könne gegen Japan nichts ausrichten (Originalton Genscher, FDP), Deutschland allein bedeute Krieg, Deutschland sei zu »nationalen Alleingängen« zu klein (Originalton von Weizsäcker, CDU)? Ist denn Deutschland und sein 80-Millionen-Volk Luxemburg oder Obervolta? Haben diese Herren die Besatzungsmentalität so verinnerlicht, daß sie nur noch mechanisch im Chor immer wieder denselben Nonsens ablassen können? Als hätte Deutschland nicht langfristig ähnlich gute Möglichkeiten wie Japan. Als wäre Japan der Feind der Deutschen, den es zu besiegen gilt, anstatt in freundschaftlicher Weise mit ihm zu kooperieren, von Japan zu lernen. Als wäre das deutsche Volk kriegslüstern und nicht nur

daran interessiert, nach langer leidvoller Geschichte zu sich selbst finden zu können und mit seinen Nachbarn in Frieden zu leben. Was ist los mit Deutschland, daß es mit Frankreich in ein gemeinsames Lotterbett steigt, jenem Frankreich, das seine NATO-unabhängigen Atomraketen immer noch auf Deutschland gerichtet hat und unter Mitterrand bis zuletzt alles unternommen hat, eine Vereinigung beider deutscher Staaten zu verhindern und jetzt die EU in Verkennung zukünftiger ökonomischer Machtverhältnisse als Vehikel zu benutzen versucht, um Deutschland endgültig in die Knie zu zwingen, während andere noch vom ökonomischen Pangermanismus träumen? Was ist los mit Deutschland, jener Nation des alten Kontinents, die der einfache Amerikaner bisher am meisten respektiert und geachtet hat? Wo ist die Würde dieser Nation, wo die Selbstachtung, wo die Leidenschaft, daß es sich nach Ende der Besatzungszeit weiterhin zur Disposition stellt?

Kaum einem US-Amerikaner ist zu vermitteln, daß die neue deutsche Nation im Interesse der ökonomischen Germanisierung Europas darauf verzichtet, eine eigene Identität zu entwickeln. Es scheint auch den meisten Europäern kaum vermittelbar zu sein; denn sonst würden sie sich kaum auf den kalten politischen Frieden mit Deutschland einlassen, einen trügerischen Frieden, der nur die Ausgangsbasis für einen heißen ökonomischen Krieg sein wird.

Jeder Europäer wäre, bevor er sich auf die EU weiter einläßt, gut beraten, in dem kürzlich erschienenen Buch *Der kalte Friede* von Jeffrey E. Garten nachzulesen, was Kohl und Konsorten wirklich mit Europa im Schilde zu führen scheinen, da militärische Kriege nicht mehr führbar sind.

Die Abtretung Deutschlands an die EU, sanktioniert durch Artikel 23 des Grundgesetzes, die Vorenthaltung

des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes sind ein staatsstreichähnlicher Akt der herrschenden Parteienkaste von CDU/CSU, SPD und FDP. Sie werden im Volk als eine Verschwörung von oben gegen eben dieses empfunden. Die Existenz Deutschlands wird sukzessive liquidiert, ohne das deutsche Volk gefragt zu haben, ob es sein Haus niedergerissen sehen will. Und es gibt kein Gericht, das die Bonner Clique zur Rechenschaft zieht. Auch nicht, wie gesehen, das Bundesverfassungsgericht. Die einzigen Richter, die die Viererbande noch aufhalten können, sind die Deutschen selbst, wenn sie es *wollen*; denn was alle angeht, muß auch von allen gebilligt werden.

Tatsächlich ist die Abtretung der Souveränität eines ganzen Volkes, ohne dieses selbst gefragt zu haben, nach dem Empfinden vieler Deutscher das schlimmste an einem Volk begehbare Unrecht.

Tatsächlich scheinen die Deutschen in einer geschichtlichen Phase zu leben, in der es nach dem Empfinden vieler darum geht, eine scheindemokratische Oligarchie, die sich anzuschicken scheint, eine ganze Nation zu liquidieren, dem Willen des Volkes zu unterwerfen. Die Viererbande hat zwischenzeitlich beschlossen, die Deutschen in Zukunft zu zwingen, KFZ-Zeichen mit dem »EU-Dornenkranz« zu kaufen und obligatorisch an ihren Fahrzeugen zu befestigen. Viele patriotische Deutsche empfinden diesen Dornenkranz verständlicherweise als ein Zeichen des Verrats, das sie in Zukunft wie ein Brandmal, ähnlich dem gelben Judenstern, mit sich herumführen müssen. Es ist ein Akt der Selbstachtung, der Katharsis, der Reinigung eines Volkes, sich nicht einfach verschachern zu lassen. Die EU ist bereits tot, nur deren senile Protagonisten haben es noch nicht gemerkt, oder schlimmer, pöppeln noch die schein-lebendige Leiche. »Maastricht«, so der französische Philosoph André Glucksmann, »war nur noch der alte aufgeblasene Traum, wie man Deutschland

einbinden und fesseln kann, zugleich ein Ausdruck des Narzißmus der alten Generation, daß alles weiterhin so bleiben muß, wie es in den vergangenen dreißig Jahren war.« Einer der senilen Protagonisten, von denen Glucksmann spricht, ist zum Beispiel der Österreicher Alois Mock, seines Zeichens Außenminister unseres Bruderlandes. Nachdem die Aufnahmeverhandlungen mit Österreich am 1. März 1994 für diesen Herrn »erfolgreich« abgeschlossen waren, lallte er in die Mikrophone, daß sich damit für ihn ein Traum erfüllt habe. Offensichtlich sind die Völker Europas nur noch die tumben Büttel, um die kaputten Träume seniler, geistig verkalkter Politikerkasten zu erfüllen.

Anders aber als die Deutschen werden die Österreicher über ihre Mitgliedschaft in dem Moloch EU durch Volksentscheid mitentscheiden können. Wird ihre Entscheidung, der Zukunft zugewandt, ein »Nein« sein, dann werden auch die Dämme in Deutschland sehr rasch brechen, und eine Konföderation zwischen den deutschsprachigen Kulturvölkern Österreich und Deutschland wird in greifbare Nähe rücken. Entscheiden die Österreicher dagegen mit »Ja«, wird der Narzißmus der Mocks und Kohls (Glucksmann) unsere großen Länder allmählich in den Orkus der Geschichte treiben. Die Österreicher, unser Brudervolk, werden also nicht nur über ihr eigenes Schicksal, sondern, da man uns nicht mitbestimmen läßt, auch über unser Schicksal mitentscheiden. Ihr »Nein« wird unsere Befreiung bedeuten. Die aber, die uns diese Befreiung streitig machen wollen, werden in den kommenden Monaten auf die Österreicher eintrommeln, »Ja« zu stimmen. Es wird eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs ohnegleichen stattfinden; denn nur mit einem »Ja« der Österreicher kann sich letztlich auch die Viererbande in Deutschland noch »rehabilitieren«.

Heiner Geißler (CDU), Hans Dampf in allen Medien,

nannte die Kritik Edmund Stoibers (CSU) am Maastrichter Europa »Hochverrat«. Da sich seine Bemerkung nicht auf Deutschland bezogen haben kann, wird man sie so zu deuten haben, daß er Stoiber vorwarf, Hochverrat am »Hochverrat«, das heißt entschlüsselt, Kritik am »Hochverrat« der Viererbande zu üben. Also nochmal: In Deutschland ist Kritik am »Hochverrat« der Viererbande selbst Hochverrat. Zutreffender konnte Geißler die Abgehobenheit, die korrupte Selbstherrlichkeit und den undemokratischen Allmachtsanspruch der Viererbande kaum bloßstellen.

Oder meinte er gar Hochverrat an pangermanischen Plänen zur Eroberung Europas mittels eines ökonomischen Kriegsfeldzuges?

Jeder Amerikaner begreift seine Nation als etwas ganz Natürliches. Die Deutschen aber wurden dressiert, sie als etwas Gestriges, Negatives und Rückschrittliches zu verstehen. Als bedeute es nicht Zukunft, sich ein Haus zu bauen, in dem man leben will, oder ein bestehendes Haus zu beschützen. Die Deutschen müssen wieder lernen, als Volk eine Familie zu sein, als solche zu denken und zu handeln. Die Nation ist das Haus dieser Familie. Sie ist etwas Positives, solange dieses Haus nicht als Festung ausgebaut und von dort aus Nachbarn nicht attackiert werden. Aber wer will dies? Gewiß nicht das deutsche Volk.

Die EU dagegen wird ad infinitum eine Geldmonarchie bleiben. Die Monarchen heißen Rothschild und Konsorten. Nicht von ungefähr schlug von Schoeler (SPD), Oberbürgermeister von Monopoly-City Frankfurt am Main, unlängst laut *Bild* vor, Meyer Amschel Rothschild und seine fünf Söhne auf europäischen Banknoten abzubilden. Der Kreis hat sich geschlossen. Die jüdischen Financiers früherer absoluter deutscher Monarchen und Zinsknebeler des einfachen Volkes sind die von der Viererbande liebedienerisch bedienten Monarchen von heu-

te. Und ein Mitglied der SPD, die in grauer Vorzeit einmal das einfache Volk vertrat, kann ungestraft vorschlagen, diese Geldfürsten sollten EU-Geld mit ihren Konterfeis »zieren«. Wie passend! Quod erat demonstrandum.

Die EU wird eine einzige große Spielbank sein mit »Monopoly-City« Frankfurt am Main als ihrer adäquaten Hauptstadt.

Es ist an der Zeit, die Spielbank »Europäische Union«, den Tummelplatz der Zocker, Absahner und Parasiten, niederzureißen. »Rien ne va plus, Monsieur Mitterrand. Nichts geht mehr, Herr Kohl! Das Roulette steht still, wenn das Volk es will!« Und es wird Feiertag sein in allen deutschen Landen.

Die Deutschen und andere Nationen haben noch eine Zukunft, wenn sie es gemeinsam wollen. Die kompetentesten haben dies bereits erkannt: Lady Thatcher in Großbritannien und Edmund Stoiber in Bayern. Andere werden rasch folgen, wenn der Zug erst einmal ins Rollen kommt. Vous voyez, Sie werden sehen, Monsieur Mitterrand und Herr Kohl.

Wenn der Weg des Souveränitätsverzichts nicht ein Ergebnis von ökonomischem Pangermanismus, sondern von Germanophobie ist, dann werden die Furchtsamen endlich lernen müssen, ihre Phobien zu beherrschen; wenn er der uralte Kampf der Römer Kohl und Mitterrand gegen das angeblich feindliche Germanien ist, dann haben die Deutschen den inneren Feind zu stellen und sich vom äußeren Feind zu distanzieren. Wenn Europa aber ein gemeinsamer Akt der Überzeugung sein soll, dann müssen alle die Überzeugung, in Zukunft in einer anderen, größeren Familie leben zu wollen, gemeinsam teilen und die Art des Zusammenlebens mitbestimmen dürfen. Das ist schlichte Demokratie, nicht die zynische, verkalkte »Leckt-uns-am-Arsch«-Mentalität der Viererbande.

Deutschland ist auf Betreiben der Viererbande in ein

dichtes lobbyistisches und vertragliches Beziehungsgeflecht mit der inhomogenen, von Interessengegensätzen paralyisierten EU eingebunden worden. Die vollmundige Erklärung von Kohl und Konsorten, es gelte, den Weg nach Europa »unumkehrbar« zu machen, klingt angesichts dessen eher wie das ängstliche Rufen im dunklen Wald. Angst wovor, Angst vor wem? Ist es die Angst der Viererbande, politisch erwachsen zu werden? Ist es die Angst, eine eigene Identität zu entwickeln und die derivative Identität abzulegen? Ist es gar die Angst vor dem eigenen, größer und fremder gewordenen Volk? Ist es die Angst, für die mit der Vereinigung neu entstandene Nation Verantwortung zu übernehmen? Versucht die Viererbande, die sich mehr als 40 Jahre unter den Fittichen der Glucke USA behaglich eingerichtet hatte, nicht nur, von einer Glucke zur anderen zu flüchten? Die Zeit der behaglichen Nischensituation ist vorbei. Die Zeit der Unschuld ist endgültig vorbei, aber die Viererbande agiert und rätsoniert immer noch wie Klein-Mäxchen am Rockzipfel der Mutter. Der Prozeß der Reife führt Deutschland, diese neue Nation, nicht direkt von der Mutter USA ins Ehebett mit der Dame Europa, sondern zunächst einmal zu sich selbst. Dies ist der natürliche Weg eines Individuums, es ist der natürliche Weg einer Nation. Deutschland muß zunächst einmal lernen, seine nationalen Interessen zu definieren. Dafür braucht es Distanz und Zeit. Dies ist nicht zuletzt auch eine Forderung im Interesse der deutschen Nachbarn; denn nur die zu eigener Identität gefundene Nation ist für Dritte auch berechenbar.

Ziel einer konstruktiven Europapolitik muß es daher vorerst sein, ein Friedensbündnis freier, selbstbestimmter Staaten zu schaffen, in dem sich nicht nur die EU- und EFTA-Staaten, sondern alle europäischen Staaten unter einem Dach zusammenfinden. Die EU aber muß wieder zu einer Freihandelszone gesundschrumpfen.

Das entmündigte Volk

Verdient das deutsche Volk eigentlich etwas anderes als die korrupte Viererbande? Ist die Viererbande nicht nur ein Spiegelbild ihres Volkes?

Die Deutschen sind ein ängstliches, anpasserisches, dem jeweiligen Zeitgeist und den jeweiligen Mehrheiten hinterher hechelndes Volk, kurz, noch immer der idealtypische Prototyp einer leicht manipulierbaren Masse. Zivilcourage war nie seine Stärke. Mit vorne dabeisein ist alles, egal wie. Wir leben in einer Egal-Wie-Zeit. Nach uns die Sintflut.

Aber wer sich mit dem Zeitgeist vermählt, der wird bald Witwer, so lehrte schon Kierkegaard; denn der Zeitgeist ist ein flüchtiges Phänomen.

Dazu Alexis de Tocqueville in einer zeitgenössischen Übersetzung: »Da sie (die Leute) die Absonderung mehr als den Irrthum fürchteten, so gesellten sie sich zu der Menge, ohne wie diese zu denken. Was nur die Ansicht eines Theiles der Nation noch war, schien auf solche Weise die Meinung aller zu sein und dünkte eben deßhalb diejenigen unwiderstehlich, die ihr diesen trügerischen Anschein gaben.« Auf hier und heute übertragen: Niemand soll glauben, daß die Medien der Viererbande oder von ihr bestellte Umfragen die wahre Meinung im Volke wiedergeben. Der Viererbande taktisch nach dem Munde redend, hat der Deutsche wieder einmal seinen Tarnanzug angelegt. Er wartet immer zorniger darauf, daß sich der Wind dreht – und viele Mitläufer des letzten Zeitgeistes als Witwer in den Annalen der Geschichte zurückläßt.

Wer ist da eigentlich Täter, wer Opfer, wenn die Opfer es den Tätern so leicht machen? Viktomologie nennt man

dieses Phänomen in der Kriminologie. Wenn die Medien dem deutschen Volk suggerieren, sie seien ausländerfeindlich, dann glaubt man es und nimmt Demutshaltung ein, läßt sich wie zu NS-Zeiten zu Hunderttausenden in gespenstischen Fackelaufmärschen (sprich: Lichterketten) auf die Straße schicken – puppets on strings. Heuchlerische Bekenntnis- und Betroffenheitsrituale haben sich verbreitet. Natürlich ist es entsetzlich, wenn Türkenhäuser von jugendlichen Rowdies »abgefackelt« werden oder eine schwangere Negerin verprügelt wird. Aber dies ist in jeder Großstadt der USA das alltägliche Tagesgeschäft, kaum eines Vierzeilers auf der letzten Seite wert. Tagtäglich werden auch Palästinenser von mosaischen Juden auf offener Straße hingestreckt; man erinnert sich an die Massaker von Beirut und Hebron. Kurden werden von Türken in der Türkei ungleich schlimmer verfolgt und dahingerafft als Türken durch Deutsche in Deutschland.

Im übrigen: Wer berichtet eigentlich über die Deutschen, die täglich in Deutschland von Türken, Nordafrikanern, Italienern, Jugoslawen, Rumänen etc. ermordet, beraubt, betrogen oder erpreßt werden (siehe Seite 21 ff.)? Im Gegenteil. Diese Ausländerdelikte sollen, so die »Ausländerbeauftragte« Schmalz-Jacobsen (FDP), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und Heiner Geißler (CDU), möglichst nicht gesondert statistisch ausgewiesen werden. Nur nicht transparent machen, was für das Volk tatsachengetreu meinungsbildend sein könnte. Verschweigen, verharmlosen, unter den Teppich kehren. Zwischenfälle gegen Türken aber werden von den Medien gezielt instrumentalisiert, um die Deutschen gefügig zu machen, sie in die Knie zu zwingen. Sie sollen sich schlecht fühlen. Jeden Morgen sollen sie nach dem Aufstehen in den Spiegel schauen und vor sich selber erschauern, vor der verborgenen Bestie im latent bösen Deutschen. Apropos, der böse Deutsche. Ein bevorzugtes

Disziplinierungsmittel der Medien sind in der Tat Berichte über die Meinung des Auslands über die bösen Deutschen. Jeden Tag eine giftige Dosis Auslandskritik. Als sei es für ein selbstbewußtes, in sich ruhendes Volk nicht »piepenhagen«, ob es einem anderen Volk X, Y oder Z gefällt oder nicht, als müsse ein Volk nicht das tun, was es nach *seinem* Willen zu tun hat. Punktum. Gestalten, nicht jammern, ist das Gebot der Stunde.

Dies alles hat nichts mit dem dümmlichen Geschwätz zu tun, das deutsche Volk dürfe nicht zum »ewig gestrigen« Nationalismus zurückkehren. Es geht um das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes. Es geht schlicht und einfach um sein psychisches Wohlbefinden, um seine Würde und seine Selbstachtung, die in einer mafiosen Lobbykratie mit Füßen getreten wird. Eine politische Führung, die ihrem Volk dient, statt an ihm zu verdienen, wird alles tun, um dem eigenen Volk zu Würde und Selbstachtung zu verhelfen, und sie ihm nicht vorenthalten; denn sie sind untrennbar verbunden mit seiner Identität. Andererseits ist ein Volk, das seine weitgehende Entmündigung durch eine korrupte Oligarchie zuläßt, indem sie diese Oligarchie auch noch wählt und ihr damit eine demokratische Scheinlegitimität verschafft, selbst korrupt. Dies ist das eigentliche Vergehen des deutschen Volkes. Die Konsequenz kann nur heißen: Wählt nicht die Viererbande! Wählt keine andere Partei, die sich nicht verbindlich verpflichtet, statt der real existierenden Lobbykratie eine rechtsstaatliche Demokratie in Deutschland einzuführen, eine plebiszitäre Demokratie, die nicht nur in dem gegenwärtigen Etikettenschwindel besteht, sondern mindestens in den wichtigen Lebensfragen eines Volkes dessen unmittelbare Entscheidung einholt und respektiert. Stellt Euch vor, morgen ist Wahltag und keiner geht hin! Gibt es eine bessere Desavouierung der Bonner Clique?

Die Viererbande spielt seit jeher mit den Ängsten der

Deutschen; denn sie weiß, Ängste machen gefügig und korrupt. Viele Deutsche scheinen gar an »Neopathie«, der Angst, die neueste Angst verpassen zu können, zu leiden, selbst wenn diese Angst »Germanophobie«, die Angst vor dem eigenen Deutschland, heißt. »Die Deutschen hassen sich selbst«, zitierte Heinrich Albertz in seinem letzten Gespräch einen englischen Journalisten. Das Wort Schuld sei ein deutsches Wort. Die »linke« »Intelligenz« definiere ihre deutsche Identität über den Selbsthaß und habe deshalb ein neurotisches Verhältnis zum Deutschsein. Und Selbsthaß, dies ist eine Binsenweisheit, macht bekanntlich aggressiv.

Just say no! Sagt nein, wir lassen uns nicht mehr benutzen. Nein, wir lassen uns nicht mehr manipulieren. Auch wenn unsere Stimme in der Bananenrepublik Deutschland nichts zählt, die Viererbande benötigt sie dennoch. Die einzige Macht, die die ansonsten machtlosen Deutschen haben, ist, solange sich keine andere Partei eindeutig zu einer Demokratie mit starken plebiszitären Elementen bekannt hat, die Macht des Wahlboykotts. Deshalb, sagt nein!

Die Waffe gegen die Angst heißt Skeptizismus. Mißtraut der Neusprache der Viererbande und ihrer Medien, mißtraut ihren Versprechungen, ihren Einflüsterungen und Drohungen! Entschlackt Eure verkalkten Gehirne!

Mißtraut Euren eigenen Handlungen; denn sie könnten fremdbestimmt sein. Die vermeintliche Großzügigkeit mancher Deutscher ist nur eine sublimale Form von Narzißmus, die Sucht, sich selbst zu gefallen. Diese Gefallsucht wird bei entsprechend prädisponierten, leicht manipulierbaren Menschen bevorzugt benutzt, um sie zur Tolerierung gemeinschaftsschädlicher Sonderinteressen zu bewegen.

Eine besonders unkritische, unskeptische Bevölkerungsgruppe sind die heute Zwanzig- bis Vierzigjährigen, dok-

trinäre Opfer der desillusionierten, gescheiterten 68er Generation, die sich seinerzeit auf den Weg durch die Institutionen machte und deren Anhänger oft als Lehrer landeten. In den Schulen fanden sie leicht knet-, manipulier- und verformbares Menschenmaterial vor. Die Saat ist nun aufgegangen. Bedenkenlos werden gerade in dieser inzwischen herangewachsenen Gruppe nichtssagende Worthülsen wie »rechtsextrem«, »rechtsradikal«, »nationalistisch«, »chauvinistisch«, »ewig gestrig«, »rückständig« etc. benutzt, um Andersdenkende von vornherein zu stigmatisieren. Diejenigen, die diese »Leer«formeln benutzen, sind die wahren Reaktionäre. Sie sind die verbalen Gewalttäter.

Bedenkenlos wird, wenn man Diskussionen wie »Live aus dem Schlachthof« als repräsentativ ansieht, aus dieser Altersgruppe herausgefordert, bestimmte nationale Denkweisen über die Medien nicht zu Gehör zu bringen, also antidemokratische Zensur auszuüben. Die Zensur wird in der Weise verbrämt, daß man den »Rechten« oder »Rechtsradikalen« »kein Podium« oder »keine Plattform« bieten wolle. Sic!

Keine Altersgruppe scheint abweichende Meinungen, die mit ihrer eigenen Doktrinierung und Programmierung im Konflikt stehen, weniger aushalten zu können als die durch die 68er manipulierte Gruppe der zwanzig- bis vierzigjährigen Hohlköpfe, Sprücheklopfer und Tabufetischisten. Es ist die Arroganz der Ignoranz, die sich darin manifestiert. Zensieren statt diskutieren, selektieren statt integrieren, ins Abseits stellen statt einbeziehen. Alles das, Ihr verkalkten Hirne, produziert erst Revanchismus, den es zu vermeiden gilt.

Apropos! Sind die jungen aufbegehrenden und zuweilen ausrastenden Glatzköpfe wirklich so anders, als es die 68er waren, die mit ihrem idiotischen Ho-Ho-Ho-Chi-Ming-Geschreien Ku-Damm oder andere Straßen Berlins blockierten, in der Freien Universität Berlin Anders-

denkende niederschrien und verprügelten, später als radikaler Ableger »Rote-Armee-Fraktion« serienweise Menschen umlegten oder tatsächlich den Marsch durch die Institutionen antraten und als Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen (Scharping, Schröder), stellvertretender Ministerpräsident Hessens (Joschka Fischer) oder Stadtkämmerer in Frankfurt am Main (Koenigs) endeten, aber nur zwei Jahrzehnte früher, so Koenigs, noch Wände beschmierten? Heute sind die früheren Rabauken oder Aufbegehrer Establishment und regieren geradeso wie das einst so von ihnen geschmähte Establishment zu ihren Zeiten, mit extremen Repressionen gegen andersdenkende Jugendliche, die ihnen intellektuell aus dem Ruder gelaufen sind, durch politische Schauprozesse, faktische Meinungsmanipulation und massive Erzeugung von Pogromstimmung durch die der Viererbande servil ergebenden Medien. Nichts hat sich geändert. Im Gegenteil! Die 68er sind angetreten, eine humanere, sozialere Gesellschaft zu schaffen. Sie haben das Gegenteil bewirkt. Deutschland ist heute ein von Kriminalität und Korruption zerstörtes und damit zutiefst asoziales, inhumanes Land. Deutschland weist eine zutiefst unsoziale Massenarbeitslosigkeit auf, mitverursacht durch eine unverantwortliche Tarifpolitik der Gewerkschaften, in die die 68er auf ihrem Marsch ebenfalls gezielt eintraten. Die 68er haben dies alles nicht nur zugelassen, sondern gefördert, getreu der leninistischen Devise, daß alles zunächst zerstört sein muß, um dann, wie Phoenix aus der Asche, in einem revolutionären Prozeß anders und neu entstehen zu können. Nun, der revolutionäre »Showdown« scheint näher zu kommen. Möglicherweise führt nur eine künftige Revolution anderswohin, als es sich die feisten, saturierten 68er-Oldies einmal vorgestellt haben.

»Die Schamverletzungen, die die anarchofidele Erst-Jugend um 1968 beging, sind nun von rechts beerbt worden.

Die neuen Jugendlichen tun zunächst nichts anderes als die ihr vorausgegangene Generation – sich großtun, Initiation betreiben durch Tabuzertrümmerung«, so zutreffend Botho Strauss. Bleibt zu hoffen, daß uns wenigstens die Glatzköpfe als zukünftige Kanzler, Ministerpräsidenten oder Minister erspart bleiben werden, wenn wir schon »mangels Alternative« mit den Scharpings, Engholms, Schröders, Fischers, Möllemännern und Lafontaines leben müssen bzw. mußten.

Die Viererbande spielt in dem bereits laufenden Wahlkampf, wie gehabt, virtuos auf der Klaviatur der Angst, um sich nochmals die Stimmen des Volkes zu sichern. Für sie ist Schirinowskij der beste Wahlhelfer, den sie überhaupt erhoffen könnte.

Für die Deutschen gilt es zu erkennen, daß das Volk jetzt die historische Chance hat, seine Würde und Selbstachtung wiederzufinden, indem es sich nicht mehr einschüchtern läßt und souverän entscheidet, nicht oder, soweit überhaupt möglich, anders zu wählen, bis in Deutschland die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, Volkesstimme in reale Politik umzusetzen. Nur ein Boykott, die Viererbande zu wählen, führt zur Änderung der Verhältnisse, vorenthält einer omnipotenten, omnipräsenten Clique die von ihr dringend benötigte und mißbrauchte Scheinlegitimität.

Alle scheindemokratischen Regime dieser Erde benötigen die Wählerstimmen des Stimmviehs; denn ohne sie wird offenbar, was sie nach dem Empfinden der Völker tatsächlich sind, de-Facto-Diktaturen, im Falle Deutschlands oder der USA Diktaturen des Geldes (»Money monarchies«).

In dem laufenden Wahlkampf werden die Parteien der Viererbande möglicherweise ein sogenanntes Fairneßabkommen vereinbaren. In der Bonner Neusprache heißt

dies: In dem Kampf um die Absicherung und Verteidigung unserer Pfründe schließen wir uns nicht nur de facto, sondern sogar vertraglich zusammen, um uns gemeinsam den begehrlichen Avancen aller anderen Parteien zu erwehren.

Es gibt keine Demokratiemüdigkeit des deutschen Volkes. Niemand sollte sich dies suggerieren lassen. Die Deutschen wollen nicht die Abschaffung von Demokratie, sondern Selbstbestimmung und damit die Beendigung ihrer Entmündigung.

Die direkte Demokratie des Volkes wurde seit jeher von der herrschenden Bonner Oligarchie dämonisiert, wobei der Dämon meistens das eigene Volk war. Ihm wurde mißtraut. Nachgerade hysterisch reagierte man auf Überlegungen, dem Volk das Recht zur Selbstbestimmung zu gewähren. So auch Theodor Heuss (FDP), späterer Präsident der Bundesrepublik Deutschland, im Parlamentarischen Rat: »Ich warne davor, mit dieser Geschichte die künftige Demokratie zu belasten . . . Das Volksbegehren, die Volksinitiative, in den übersehbaren Dingen mit einer staatsbürgerlichen Tradition wohlthätig, ist in der Zeit der Vermassung und Entwurzelung, in der großräumigen Demokratie die Prämie für jeden Demagogen und die dauernde Erschütterung des mühsamen Ansehens, worum sich die Gesetzgebungskörper, die vom Volk gewählt sind, noch werden bemühen müssen. . .« Entlarvender kann Sprache kaum sein. Es wird nicht nur, wie üblich, das Mittel der Einschüchterung benutzt und der Popanz des Demagogen als Abschreckung bemüht, auch die Entwurzelung des Volkes und mangelnde staatsbürgerliche Tradition mußten herhalten, um dem Volk sein Selbstbestimmungsrecht zu verwehren. Was immer Herr Heuss mit »staatsbürgerlicher Tradition« gemeint haben mag, er könnte es den Bürgern der »alten« Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1994 wohl kaum mehr absprechen.

Anders verhält es sich freilich mit der Entwurzelung des deutschen Volkes. Es ist entwurzelt wie eh und je! Fast hat es den Anschein, die Viererbande täte alles, diesen Zustand aufrechtzuerhalten, um so auf machiavellistische Weise dem Volk ad infinitum das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten zu können. Catch 22.

Das einzelne Volkssubjekt hat in einer Demokratie nur seine Stimme, aber diese kann machtvoll sein, wenn sie nicht verschleudert wird. Was aber tun die Deutschen, wenn sie sie nicht gerade wieder einmal an die Viererbande vergeuden? In Hamburg wurde eine seinerzeit noch programm-, konzept-, kompetenz- und konturlose Partei namens »Statt-Partei« von ausgerasteten Wählern über die 5 %-Hürde gehievt und sogleich von dem listigen Voscherau (SPD) vereinnahmt. Sind die Deutschen noch zu retten? Wie soll man einem Volk bedeutende Sachentscheidungen im Rahmen einer plebiszitären Demokratie anvertrauen, wenn es bei anderer Gelegenheit sogar Mickey Mouse zu wählen bereit ist? »Das Volk ist nicht reif für die wahre Demokratie«, sagt die Viererbande. Ein Teil der Hamburger Wähler hat ihr den Beweis dafür bereits frei Haus geliefert.

Es gab und gibt bereits plebiszitäre Elemente in Deutschland. Artikel 29 GG war eine solche Vorschrift, bis sie durch die Viererbande abgeändert wurde, weil ihr ein Votum der oldenburgischen Bevölkerung nicht in den Kram paßte. Die Direktwahl der Bürgermeister in Hessen wurde im Jahre 1991 durch eine Volksabstimmung durchgesetzt. In Baden-Württemberg kann das Gemeindevolk wichtige Entscheidungen durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid an sich ziehen. Genauso ist zu verfahren, wenn es um wichtige Entscheidungen der Nation als Ganzes geht. Die Viererbande würde sich wundern, wie schnell das Volk dann den Saustall ausmisten würde. Deshalb verbarrikadiert sie sich in einer

Weise, daß selbst Norbert Blüm (CDU) in der eigenen Partei »festungsähnliche Zustände« entdeckte. Deshalb flüchtet sie in die EU, anstatt ihrem eigenen Volk entgegenzugehen.

Die bisher machtvollste Demonstration direkter Demokratie gab es jedoch keineswegs in Westdeutschland, sondern im Osten der neuen Nation. »Wir sind das Volk!« skandierten die mutigen Leipziger, und in Berlin formierte sich der runde Tisch.

Die Einheit Restdeutschlands ist nicht den Herren Bush und Baker zu verdanken, die Kohl Ende Januar 1994 mit Bonner Orden bedachte, die Grundlage für die Einheit Deutschlands wurde von den Leipzigern im Wege direkter Demokratie erstritten. Kohl und Genscher, Repräsentanten der volksfernen Lobbykratie, hängten sich zu einem Zeitpunkt an die Bewegung an, als sie merkten, daß der Zug ohnehin nicht mehr aufzuhalten war. Dennoch fürchten sie allem Anschein nach die direkte Demokratie im Grunde genauso wie das SED-Regime. Man stelle sich nur vor, direkte Demokratie könnte eines Tages gegen sie ausgeübt werden! Tatsächlich war Leipzig nicht nur Trauma für das SED-Regime, sondern mutmaßlich auch für die Viererbande. Es war nur die Gunst der Stunde, daß die SED-Clique die Macht des Volkes vor der Bonner Clique zu spüren bekam. Von zwei verrotteten Systemen brach lediglich das schlimmere früher zusammen. Aber Leipzig ist wiederholbar. Wir *sind* das Volk! Nicht nur in Leipzig, sondern überall in Deutschland.

Um die Unruhe, die Aufbruchstimmung im Volk zu dämpfen, gleichzeitig aber die Demokratisierung der Gemeinschaft weiter zu torpedieren, wirft man ihm mit der möglichen Volkswahl des Präsidenten einen Köder hin, damit vergessen machen wollend, daß das Volk auch damit kein Jota mehr an Einflußmöglichkeit auf Sachent-

scheidungen erlangt. Im übrigen ist momentan der politisch kastrierte Präsident neben dem Power-house Bundeskanzleramt unnütz wie ein Kropf, mit der Volkswahl würde er andererseits mehr demokratische Legitimität als der Kanzler erlangen, der nicht durch das Volk, sondern nur durch das Parlament gewählt wird. Ein Verfassungs- und Machtkonflikt wäre vorprogrammiert. Was also wollt Ihr tun? Wollt Ihr weiterhin nur auf Besserung hoffen?

Das »Prinzip Hoffnung« ist ein trügerischer Gott. Hoffnung ist wie die religiöse Hingebung passiv und hat eine starke irrationale Komponente. Für einen kranken Menschen kann Hoffnung positiv bedeuten, daß er sich noch nicht aufgegeben hat. Für eine kranke Gesellschaft ist die Beschwörung des Prinzips Hoffnung zur Genesung völlig unzureichend, ja kontraproduktiv. Es reicht nicht aus, zu hoffen, daß die Viererbande freiwillig auf ihre Pfründe verzichten und aktiv mitwirken wird, das eigene Volk aus seinem Zustand der Entmündigung zu befreien. Die Vergangenheit hat erwiesen, daß diese Hoffnung unrealistisch ist. Nicht passives Hoffen, sondern aktive Umgestaltung ist erforderlich. Nicht die Flucht nach innen, sondern der zornige Aufbruch zu neuen Ufern.

Stellt Euch also vor, Deutschland gehörte Euch, dem Volk, nicht dem in- und ausländischen Kapital und seinen willfährigen Lakaien. Dies ist Euer Land. Was wollt Ihr damit tun?

Wollt Ihr es, und damit Euch selbst, fremden Mächten, Oligarchien und Bürokratien überlassen, oder wollt ihr selbstbestimmt in die Zukunft gehen? Wollt Ihr, daß Eure Stimme etwas zählt? Wollt Ihr in einer von Korruptionen dahinsiechenden Totgeburt namens Europäische Union vegetieren oder in einem souveränen, friedfertigen Land Eurer Vorväter leben? Wollt Ihr in einer von Kriminalität, Umweltzerstörung und Minderheitsinteressen zer-

störten Gesellschaft vegetieren oder in einer demokratischen, rechtsstaatlichen, ökologischen und homogenen Solidargemeinschaft leben? Wollt Ihr, daß Eure Kinder wie Billardkugeln von übermächtigen Wirtschaftsinteressen herumgestoßen werden oder daß sie selbst das Queue in der Hand halten?

Quousque tandem? Wie lange noch wollt Ihr Eure Entmündigung akzeptieren? Quod licet Jovi, non licet bovi?! Ist es nicht an der Zeit, das Schlachtviehdasein aufzugeben? Ihr seid das Volk! Ihr seid Jupiter! Ihr seid die höchste demokratische Instanz, wenn Ihr es *wollt*!

Zurück in die Zukunft

Quo vadis, Germania? Deutschland, wohin führt Dein Weg?

Mit dem herrschenden System von libertärer Lobbykратie und der Farce eines Rechtsstaates wird Deutschland seine Zukunft vollends verspielen. Der Werteverfall wird sich bis zur endgültigen Liquidation Deutschlands noch beschleunigen; die Viererbande wird die liquidierte Nation dem unregierbaren Moloch Europäische Union schlachtreif und widerstandslos ausliefern.

»Das Volk ist frei geboren, ist frei und liegt doch überall in Ketten«, heißt es in der Einleitung von Jean-Jacques Rousseaus *Contrat social*. Seitdem hat sich hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts des Volkes de facto nur Unwesentliches geändert. Der Allmachtsanspruch der absoluten Monarchie wurde ersetzt durch das Omnipotenzinteresse der volksfernen Viererbande. C'est tout, plus ou moins.

Der Weg aus dem gegenwärtigen Jammertal führt zurück zu Kant und Hegel und mit ihnen in die Zukunft; das Programm heißt Rationalismus, Realismus und Pragmatismus. Es heißt: »Back to the roots!«

Von Kant lernen heißt zu akzeptieren, daß metaphysische Erkenntnisse für die Ratio unmöglich sind. Die Deutschen müssen endlich ihre Ängste und damit ihre latente Abhängigkeit von metaphysischen Heilslehren jedweder Art besiegen, um nicht länger manipulierbar zu sein. Angst macht angreifbar; Furchtlosigkeit immun.

Solange Deutschland darüber hinaus nicht seine Identität gefunden hat, wird es ein ständiger Fremdkörper, ein ständiger Unruheherd im Herzen Europas sein. Erst die gefundene Identität wird die Deutschen frei machen, in gelassener Souveränität mit ihren europäischen Nach-

barn in Frieden zu leben, sie zu achten, wie das deutsche Volk dann endlich gelernt haben wird, sich selbst zu achten, sich selbst zu mögen. Der Weg zum anderen, dies gilt für das Individuum wie für die Nation, führt über die bessere Kenntnis seiner selbst und seiner Wurzeln. Die den Deutschen aufoktroyierte christlich-jüdische Religion hat seit jeher die Wurzeln der Deutschen verschüttet und eine Selbstfindung der Deutschen damit vereitelt. Die aber, die den Deutschen diese Selbstfindung heute weiter versagen und sie zusätzlich in ein neues Zwangskorsett namens Europäische Union à la Maastricht zwingen wollen, werden ernten, was sie gesät haben: No future, keine Zukunft, weder für uns noch für Europa, unseren alten Kontinent.

Die Hinwendung zum Rationalismus, dies lehrt uns Hegel, ist notwendig verknüpft mit Skeptizismus, mit der permanenten Infragestellung von Religionen, Ersatzreligionen (Ideologien) und allen Institutionen, die sich der praktischen Vernunft entziehen. Skeptizismus ist die ständige Revolte gegen die Verkalkung der Gehirne und die Manipulierbarmachung des Menschen; denn erst der nichtmanipulierte Mensch ist wirklich Mensch. Skeptizismus ist das eigentliche Wesensmerkmal der Aufklärung. Skeptizismus ist die Revolte gegen das, was gemeinhin als »gesunder Menschenverstand«, i. e. die »Leer«formel für Denk- und Argumentationsdefizite, vorgeschoben wird.

Die hegelsche Alternative bedeutet:

- ◇ unmittelbare Demokratie im Sinne der griechischen »Polis« statt volksferner Oligarchien und korrupter Lobbykratien,
- ◇ Gemeinschaftsinteresse vor Individualinteresse, das heißt keine Sonderrechte für Minderheiten,
- ◇ Moralität/Sittlichkeit statt Libertinage,

- ◇ konsequente Logik statt Ideologien und Religionen,
- ◇ nationales Bewußtsein (»Volksgeist«) und nationale Solidarität statt kosmopolitischen, christlich-jüdischen Bewußtseins und (unrealistischer) internationaler Solidarität,
- ◇ Leben in nationaler Tradition statt permanenter Wertevernichtung und Destabilisierung des Gemeinwesens,
- ◇ nationale Befreiung (sprich: Selbstbestimmung) statt nationaler Liquidation.

Die »repräsentative« Demokratie à la Bonn ist keine wirkliche Demokratie, sondern führt im Ergebnis zu einer von Partikularinteressen gesteuerten Lobbykratie. Die Benennung dieses Systems als »Demokratie« ist purer neusprachlicher Etikettenschwindel (siehe S. 161 f.). Der Einfluß des einzelnen Volkssubjekts auf die Inhalte konkreter Politik ist in einer repräsentativen Parteien-»demokratie« à la Bonn äußerst gering. Verantwortlich dafür ist das sogenannte Ostrogorski-Paradoxon, das heißt die ausschließliche Wählbarkeit von programmatischen Gesamtpaketen in Form von Parteien. Dies führt dazu, daß der einzelne stets nur das vermeintlich geringere Parteiübel wählen kann, obwohl er viele Aussagen dieses Übels nicht teilt, er sich letztlich aber dennoch für diese Partei entscheidet, weil aus seiner Sicht eine andere Partei noch weniger positive Programmpunkte aufweist. Es erfolgt letztlich eine programmatische Negativauslese statt einer selbstbestimmten, positiven Mitwirkung an einer Sachentscheidung.

Beispiel: Für viele CDU-Wähler ist die EU-Mitgliedschaft Deutschlands völlig unannehmbar, dennoch sind sie, um überhaupt mitzuwirken, gezwungen, diese Partei zu wählen, weil einerseits die SPD dieselbe EU-Politik verfolgt, andererseits unter ihren Brandt-Enkeln noch eher dazu tendiert, den Rechtsstaat libertär verkommen zu lassen. Besonders eklatant ist das Demokratiedefizit,

wenn sich die herrschenden Parteien zu programmatischen Kartellabsprachen in essentiellen Politikbereichen gegen die Volksmeinung verbünden, wie dies nach allen Umfragen für die EU-Mitgliedschaft und die Höhe des Anteils von Ausländern bestimmter ethnischer Provenienz der Fall ist. In diesem Fall ist die Entmachtung des Volkes, seine Ohnmächtigkeit, total; denn neue mehrheitsfähige Alternativparteien lassen sich in Deutschland nicht über Nacht aus dem Boden stampfen.

In einer unmittelbaren Demokratie werden die Parteien endlich ihren bisher vernachlässigten Verfassungsauftrag, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, erfüllen können. In Vorbereitung auf Plebiszite, die in der modernen, total vernetzten Informationsgesellschaft problemloser denn je zu realisieren sind (zum Beispiel wie bei Btx mittels PIN und TAN), können die Parteien die zur Entscheidung anstehenden Sachthemen mit den Bürgern diskutieren. Ihnen wird also vor allem die Funktion von Moderatoren verbleiben. Hat das Volk, der Souverän des Gemeinwesens Deutschland, einmal entschieden, sind seine Sachentscheidungen streng nach dem Legalitätsprinzip durchzusetzen. Unabhängige Gerichte, modern und effizient organisiert, sowie starke Polizeien haben die Durchsetzung des Volkswillens zu vollziehen. Ein Katalog essentieller Sachthemen und -gebiete, zu denen das Volk obligatorisch per Volksentscheid direkt zu befragen ist, bekäme, ähnlich wie Artikel 29 Grundgesetz, Verfassungsrang. Andere Themen minderer Bedeutung könnten von den in Mehrheitswahlen direkt gewählten Abgeordneten selbst entschieden werden; der unmoralische Fraktionszwang wäre gesetzlich abgeschafft. Das Mehrheitswahlrecht würde bewirken, daß die Abgeordneten von den Parteien unabhängiger werden. Der Wähler hätte andererseits die direkte Möglichkeit, den Abgeordneten mit seiner Stimme zu belohnen oder durch Stimmentzug zu bestrafen. Starke Persönlichkeiten wür-

den so gefördert werden, statt parteitaktisches, opportunistisches, intrigantes, subalternes Statisten- und Hinterbänkclertum über anonyme Listenwahlen zu belohnen oder, wie Helmut Schmidt zur heutigen Situation feststellt, daß »eine kleine Schicht von Leuten, ergänzt um ein paar wenige andere Funktionäre, die Listenplätze untereinander selbst auskungelt und niemand sonst darauf Einfluß hat«.

In den Plebisziten hätte das Volk, um nur wenige aktuelle Problemfälle aufzugreifen, zum Beispiel zu entscheiden, ob es eigene Souveränitätsrechte an Drittinstitutionen, zum Beispiel an die EU, NATO oder die UNO abtreten oder welche Ausländer es unter dem deutschen Dach als Dauergäste dulden will und welche nicht. Dadurch würde sich im übrigen erweisen, daß die Deutschen nicht generell ausländerfeindlich sind; den ewigen Hetzern, die das deutsche Volk als ausländerfeindlich bezeichnen, würde der Wind sehr schnell aus den Segeln genommen werden. Sollte das deutsche Volk in den entsprechenden Plebisziten bestimmen, daß Angehörige bestimmter Völker und Kulturen wieder in ihre Heimatländer zurückverbracht werden müssen, um die Homogenität des Gemeinwesens Deutschland zu stabilisieren, würde sich die Kostenfrage stellen. Da es, anders als Richard von Weizsäcker in grober Verfälschung historischer Tatsachen behauptete, nicht die Deutschen als Volk, sondern allenfalls deutsche Unternehmen waren, die Türken, Italiener und Jugoslawen etc. als billige Arbeitskräfte nach Deutschland holten, wären diese auch an den immensen Rückführungskosten nach dem Verursachungsprinzip zu beteiligen. Nach dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip sollten sie dafür tunlichst schon heute Rückstellungen bilden.

Das Volk hätte aber auch zum Beispiel zu entscheiden, ob deutsche Truppen deutsches Gebiet verlassen dürfen, wie jüngst in Somalia, oder eine reine Verteidigungsarmee sind.

In einem hegelschen Staatswesen

- ◇ sind alle gesellschaftlichen Gruppen zunächst der Gemeinschaft als Ganzes, nicht Partikularinteressen verpflichtet,
- ◇ werden kriminelle Organisationen, deren Handlungen gegen das Wohl des Volkes gerichtet sind, mit autoritärer Härte bekämpft,
- ◇ zahlt sich korruptes Verhalten von Politikern weniger aus, weil alle wesentlichen politischen Richtungsentscheidungen vom Volk selbst getroffen werden,
- ◇ werden die im libertären System diskreditierten Sekundärtugenden wie Rechtschaffenheit, Sittlichkeit, Anstand etc. wieder unerläßliche Voraussetzungen sein, um gesellschaftlich reüssieren zu können,
- ◇ wird die Familie als Keimzelle des Gemeinwesens in jeder Weise gefördert werden, um die Atomisierung der libertären Gesellschaft rückgängig zu machen,
- ◇ ist die Wirtschaftspolitik darauf ausgerichtet, ein Höchstmaß an autarken Positionen für die Nation zu erreichen,
- ◇ wird die rücksichtslose Verfolgung von Partikularinteressen allgemein geächtet sein.

Staaten, die den hegelschen Prinzipien heute wenigstens in Ansätzen folgen, werden in Kürze die erfolgreichsten weltweit sein: Singapur, Japan, Südkorea, China. In ihnen wird die libertäre, anonyme »Gesellschaft« durch die »Gemeinschaft« (japanisch: Nihonjinrou) ersetzt, ein System vertrauter, organischer, homogener Solidarbeziehungen. Die Mitverantwortung wird dadurch gestärkt werden. Entscheidungsprozesse werden nicht nur von oben nach unten, sondern auch von unten nach oben verlaufen. Sie werden auf dem Weg fachlicher, technologischer Expertisen herbeigeführt; machiavellistische Politranküne wird nicht mehr gefragt sein.

Unternehmen und Gewerkschaften haben sich am Wohl der Gemeinschaft zu orientieren.

Das Recht auf Streik darf im übergeordneten Interesse des Staates nur die absolute »ultima ratio« sein.

Gewerkschaften, die durch eine von der Entwicklung auf den Weltmärkten abgekoppelte Lohnpolitik für ein Millionenheer von Arbeitslosen mitverantwortlich wurden, sind nicht tolerabel. Ein überdimensionales Heer ideologisch indoktrinierten, unproduktiver, innovationsfeindlicher Funktionäre sitzt sich heute in einer viel zu großen Anzahl von Gewerkschaften die Ärsche platt, rülpst von Zeit zu Zeit einige ideologische Sprechblasen heraus und verfällt dann wieder in ihren Tiefschlaf, während draußen die von ihnen mitproduzierte Arbeitslosenschar schon wieder nach der starken Hand ruft, die den Augiasstall ausmisten soll. Die verfetteten, von dem Wohl des Ganzen abgekoppelten Gewerkschaften lähmen notwendige volkswirtschaftliche Anpassungen, begünstigen die Perpetuierung inhomogener Strukturen und Verhältnisse und lassen so Deutschland im Wettbewerb mit den homogenen Gemeinschaften Südostasiens immer weiter zurückfallen.

In einem nach hegelschen Prinzipien geformten Staatswesen gäbe es nur noch eine streng demokratisch organisierte Einheitsgewerkschaft mit verschiedenen Fachabteilungen; denn die Aufsplitterung der Gewerkschaftsbewegung führt zu volkswirtschaftlich unvertretbaren Belastungen, Reibungsverlusten und, wie sich gezeigt hat, zu kaum kontrollierbarer Korruption. Ein Beispiel für die oft gemeinschaftsschädliche Wirkung von Kleingewerkschaften spielt unter ihrem Vorsitzenden Hermann Lutz die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Lutz sabotiert aktuell den vernünftigen Vorschlag des Bundestagsabgeordneten Johannes Gerster (CDU), Wehrpflichtige in der heillos unterbesetzten Polizei (Personalbedarf

ca. 80 000) einzusetzen, obwohl nach inoffiziellen Quellen bereits heute ca. 2 000 000 Straftaten nicht mehr bearbeitet werden können und die Aufklärungsquote im Jahre 1992 auf 42,3 % gesunken ist.

Die Bundesbank, die durch überzogene Hochzinspolitik Arbeitsplätze vernichtet und dadurch mitverantwortlich ist, daß diese in Niedrigzinsländer exportiert werden, wird bei aller Unabhängigkeit dem Gemeinwohl verpflichtet sein.

In Deutschland wurde der Sozialstaatsgedanke pervertiert. Kinderreiche Familien, deren Alleinverdiener einer unteren Lohngruppe angehört, stehen sich nicht besser als entsprechende Familien, die nur von Sozialhilfe leben. Clintons Vorschlag, die Sozialhilfe zeitlich zu begrenzen und sie an die Bereitschaft zu koppeln, sich intensiven staatlichen Weiterbildungsprogrammen zu unterziehen, könnte weiterführen. Sozialhilfe muß Hilfe zur Selbsthilfe werden und darf nicht länger ein Lebensstil sein. Die soziale Sicherung individueller Notlagen ist prädominant. Nur derjenige kann Solidarität von der Gemeinschaft erwarten, der sich ihr gegenüber auch solidarisch verhält.

Die westliche Doktrin, die größeren Konsum als Zweck ökonomischer Aktivitäten versteht (Adam Smith, David Ricardo) ist überholt; Zweck muß vielmehr sein, weltweit wirtschaftlich vorn zu sein, um, mit Josef Schumpeter zu sprechen, die neueste Technologie, die besten Rohstoffquellen und die effizientesten Organisationsstrukturen im Kampf auf den Weltmärkten anbieten zu können. Dieser Kampf kann nur erfolgreich bestanden werden, wenn die Gemeinschaft (Nation oder Unternehmen) in sich homogen und mit einer gefestigten Identität (unternehmensbezogen: Corporate Identity) versehen ist. Aus der Europäischen Union, dies ist Fakt, wird nie eine

homogene Einheit werden können, zu groß sind die Interessengegensätze.

Die Thesen Schumpeters stehen zugleich im Widerspruch zum Menschenbild des Adam Smith, der das Eigennutzprinzip möglichst ungezügelt walten lassen wollte. »Laissez faire, laissez passer, le monde va de lui-même«. Was endgültig passé ist, sind die Thesen von Smith, die den Kern der liberalen Wirtschaftstheorie immer noch bilden. Der ungezügelte homo oeconomicus kennt keine Natur, keine Gemeinschaft und keine Kultur, nur sein Gewinnstreben. Sein Eigennutzinteresse trifft sich nur zufällig mit dem Gemeinschaftsinteresse, so wie sich das Interesse der verfilzten Viererbande nur zufällig mit dem Interesse des deutschen Volkes trifft.

Wir werden begreifen müssen, daß die Nation selbst ein Großunternehmen ist. Das Großunternehmen Nation und die Subunternehmen bzw. ihre Kopfstellen (Verbände) sind optimal aufeinander einzustimmen, zum Wohle aller. Wir nennen diese Abstimmung heute neudeutsch »social engineering«. Das Großunternehmen Nation ist quasi eine Familie, die Familie ist unter Vermittlung solidarischer Werte und in skeptischer, wenngleich tolerierender Distanz zu entmündigenden Kräften metaphysischer Provenienz fürsorglich zu führen.

Unternehmen können im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz eine solidarische Unterstützung der Gemeinschaft erwarten. Unternehmen, deren führende »Nieten in Nadelstreifen«, statt rechtzeitige innovative Produktanpassungen an die Weltmärkte vorgenommen zu haben, Entlassungen vornehmen, werden diese solidarische Unterstützung wieder verlieren.

Die libertäre Gesellschaft produziert nur so gut wie nötig, die hegelschen Prinzipien folgende Gemeinschaft so gut wie möglich. C'est la différence.

Industriepolitik der Unternehmen ist nationale Industrie-

politik; nationale Industriepolitik hat sich mit den Interessen der Unternehmen, weltweit Spitzenpositionen im Interesse aller zu erobern, zu identifizieren und sie auf dem Weg dahin in jeder Hinsicht zu fördern und zu begleiten. Der Staat hat dafür Sorge zu tragen, daß Forschung und Entwicklung (F + E) der Unternehmen durch Subventionen vorrangig gefördert werden. (Zum Vergleich: Die homogene Gemeinschaft Japans investiert nach einem Bericht der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco), der Anfang Februar 1994 herausgegeben wurde, pro Jahr DM 1 225.- je Einwohner in die Forschung, die libertären Gesellschaften der EU dagegen nur DM 525.-).

Es ist eine enge organisatorische Verknüpfung zwischen Universitäten und Unternehmen herzustellen. Universitäten haben elitäristischen Prinzipien zu folgen, damit Unternehmen die von ihnen dringend gebrauchten Eliten tatsächlich im Inland rekrutieren können. Auch die Schulen wären streng nach elitären Gesichtspunkten umzuorganisieren; die Gesamtschule würde wieder abgeschafft. Selbst Clinton hat die Notwendigkeit einer solchen Politik inzwischen anerkannt. »Industriepolitik« ist kein Schimpfwort mehr. Zum erstenmal in der Geschichte der USA fördert die US-Regierung die enge Kooperation zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Sie dient erklärtermaßen dem alleinigen Zweck, die wirtschaftliche und technische Vorherrschaft der amerikanischen Industrie in möglichst vielen Produktionszweigen zu sichern.

Energiepreise und Kredite für Unternehmen wären, wie in Japan, zu subventionieren. Gleiches gilt für Preise, falls dies erforderlich ist, um weltweit in neue Märkte einzudringen, und bilaterale bzw. multilaterale Verträge (zum Beispiel GATT) nicht entgegenstehen.

Die deutsche GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) wäre zum Beispiel entsprechend der japani-

schen Miti, die seinerzeit den Wechsel der japanischen Wirtschaft von der Schwerindustrie zur Elektronikindustrie vorbereitete und organisierte, völlig neu auszurichten; sie wäre eine der Speerspitzen im marktwirtschaftlichen Wettstreit um die Weltmärkte, nicht mehr Technologie-Austausch, sondern Sicherung bzw. Wiedererlangung eines deutschen Technologie-Vorsprunges wäre ihr neuer Auftrag. Zugleich wäre sie ein ökonomischer Abschirmdienst, um so für Deutschland ein Höchstmaß an autarken Positionen zu sichern. Dies ist dringend erforderlich, denn die weltweite ökonomische Verflechtung und Spionage entziehen den einzelnen Regierungen immer mehr die Kontrolle über die Wirtschaft und untergraben die Souveränität der Staaten. Supranationale Konzerne entscheiden unabhängig von nationalen Interessen über Investitionen und Kapitalflüsse. Dies erzwingt zwangsläufig einen Konkurrenzkampf zwischen den Industrieländern, in dem für Sozial- und Umweltpolitik immer weniger Spielraum bleibt. Ein wachsender Teil der Bevölkerung wird inmitten des Reichtums vieler Weniger verarmen, wenn die Nationen sich nicht frühzeitig ein Höchstmaß autarker Positionen erobern. Ohne einen gesunden »Samurai-Instinkt« wird dies mißlingen.

Rechnungshöfe würden in einem nach hegelschen Prinzipien geführten Gemeinwesen nicht nur feststellen, sie würden weitreichende Sanktionsbefugnisse erhalten.

In einer nach hegelschen Prinzipien organisierten Gemeinschaft sind die Gerichte wirklich unabhängig, und zwar bis hoch zum Verfassungsgericht. Der Skandal, daß Verfassungsrichter heute durch eine widerwärtige Kungelei der Viererbande in ihre Positionen gelangen, und zwar primär aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei der Viererbande und nicht aufgrund ihrer fachlichen Qualifikationen, wird der Vergangenheit angehören. Heute ist

für ein Richteramt am Bundesverfassungsgericht die Mitgliedschaft zu einer Partei der Viererbande fast ein Muß. Dabei landen oft extreme, vom Volk völlig abgehobene oder fachlich unterqualifizierte Protagonisten politischer Positionen auf dem Richterstuhl. Herta Däubler-Gmelin (SPD), eine nach ihren Examensergebnissen allenfalls durchschnittliche Juristin, war eine solche Kandidatin. Kaum verheißungsvoller ist Jutta Limbach (SPD), die allen Ernstes dafür eintritt, Ausländer in den Polizeidienst aufzunehmen, eine Meinung, die sie zum Beispiel in den USA eher in die psychiatrische Behandlung, kaum aber auf den Richterstuhl des höchsten Gerichts befördern würde. Auch hier ist deshalb zu fordern, daß wenigstens gehobene Richterämter (ab Landgerichtspräsident aufwärts) nicht mit Parteigängern besetzt werden dürfen und nur die fachliche Qualifikation, ausgewiesen durch eine langjährige Tätigkeit an Gerichten (nicht in Parteien), über deren Besetzung entscheidet. Parteibuchwirtschaft wäre allgemein geächtet.

»Parteipolitische Ämterpatronage führt zu einer allmählichen Zersetzung der Verwaltung, der Rechtsprechung und der Wissenschaft, und – wegen der Dominanz des parteipolitischen Machtkalküls – allmählich auch zu einer Zurückdrängung sach- und richtungsorientierten, kreativen und innovativen Denkens in diesen Bereichen«, so zutreffend Hans Herbert von Arnim in *Demokratie ohne Volk*.

Gleichzeitig werden die Besten des Volkes demotiviert, desillusioniert und an die Seite gedrängt. Die, die eigentlich unser Volk in bessere Zeiten führen müßten, bleiben am Rande, während die Mittelmäßigkeit, moderat ausgedrückt, regiert. Ämterpatronage aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Partei ist zutiefst leistungsfeindlich und verstößt gegen Artikel 33 Grundgesetz, wonach öffentliche Ämter nur nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung besetzt werden dürfen. Parteibuchwirt-

schaft führt zur künstlichen Aufblähung der Verwaltungen und damit zur Verletzung des Wirtschaftlichkeitsgebots, dessen Einhaltung durch die Rechnungshöfe zu kontrollieren ist. Sie führt auch zur Verletzung des Prinzips der Unparteilichkeit und Neutralität von Verwaltungen, das für demokratisch organisierte Gemeinwesen von überragender Bedeutung ist. Umgekehrt ist die Existenz von Parteibuchwirtschaft ein Indiz dafür, daß das Demokratieprinzip in einem Staatswesen nicht existiert oder verletzt wird.

Die *faktische* Einführung des Gewaltenteilungsprinzips wäre eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme. Dazu müßte mit Artikel 137 Grundgesetz endlich Ernst gemacht werden und das passive Wahlrecht von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes drastisch eingeschränkt werden.

Spitzenbeamte dürfen keiner Partei angehören. Gleiches gilt für Spitzenpositionen in öffentlich-rechtlichen Medien (*ARD, ZDF*).

Die Legislative muß von reinen Berufspolitikern gesäubert werden. Unabdingbar für ein Abgeordnetenmandat muß sein, daß ein Parlamentarier bereits in einem zivilen Beruf Erfahrung gesammelt und sich dort bewährt hat. Dies verschafft ihm die nötige sachlich-fachliche, oft auch finanzielle Unabhängigkeit und Souveränität.

Das passive Wahlrecht für dasselbe Parlament ist auf zwei Legislaturperioden zu begrenzen. Die Begrenzung der Anzahl der Wahlperioden führt zu einer ständigen Auffrischung der Parlamente und beugt Verkalkung und Verfilzung vor.

In einer nach hegelschen Prinzipien organisierten Gemeinschaft kommen die Helden und Stars nicht aus dem Showgeschäft, sondern sind Forscher und Erfinder. Ihre

Leistungen würden ähnlich den Nobelpreisen jährlich prämiert werden. Statt einem Showwert würde der Sport wieder zu einem Erziehungswert werden.

Singapur hat Vollbeschäftigung, politische Stabilität, Prosperität, kaum Kriminalität, keine Pornographie, keine Drogen und vor allem keine Korruption. Drogendealer werden in Singapur hingerichtet, nicht »resozialisiert«, das heißt wieder auf die Jugend des Landes, ihre zukünftigen Opfer, losgelassen. »Amnesty International« sieht in der Hinrichtung generell eine Verletzung der »Menschenrechte«, was immer diese sind, betrachtet man zum Beispiel die heuchlerische »Menschenrechts«politik der USA, der Gesellschaft, in der der Mensch zu einem »Dollar-Bimbo«, zu einem Zuordnungs»objekt« des Dollars geworden ist. Aber was ist eigentlich mit den Lebensrechten der Drogentoten auf Abruf? Die Todesstrafe ist in der Tat eine grausame Strafe, aber ist sie deshalb im Einzelfall notwendigerweise ungerecht? Kann eine Strafe, wenn sie gerecht ist, überhaupt gegen »Menschenrechte« verstoßen, trifft doch der Strafausspruch einen Täter, der durch seine Tat sämtliche »Menschenrechte« gerechterweise verwirkt hat. Und, wenn dies zutreffend ist, wie ist dann die Haltung von »Amnesty International« zu qualifizieren? Ist eine Gesinnung, die gegen das Gerechtigkeitsprinzip verstößt, nicht zutiefst reaktionär, weil sie objektiv gegen die Gemeinschaft als Ganzes gerichtet ist? Und schließlich, ist ein Staat, der bestimmte gerechte Strafen tabuisiert und dadurch ungerecht handelt, überhaupt ein Rechtsstaat?

In Singapur herrscht ein striktes Ethos von Rechtschaffenheit, nicht, wie in christlich-jüdisch geprägten Staaten, das Ethos des Eigennutzes, der Habgier und der Korruption.

Der kleine Tiger Singapur lacht über die libertäre »Affenkomödie« (Büchner) und übt sich in der Disziplin des

beharrlichen Tuns. Angewidert von dem moralischen Verfall der libertären Welt, lebt man in der Tradition der Lehren von Konfuzius, der bereits ähnlich wie Freud warnte, daß die Scham das Rückgrat jeder Zivilisation sei.

Der kleine Tiger hat gut lachen, während das deutsche Volk im Sumpf libertärer Schamlosigkeit und Heuchelei versinkt. Schamlos wird der Nächste ausgeplündert, betrogen und vernichtet, schamlos werden schon Kinder gezielt dem konsumterroristischen Materialismus ausgesetzt, schamlos werden die Ostdeutschen durch westdeutsche Glücksritter und Goldgräber beraubt und gedemütigt, als seien sie die Besiegten und nicht die Geschlagenen, als sei der westdeutsche libertäre Abschaum die Invasion der Sieger und nicht die der Ratten. Keine Worte werden vergessen machen können, was unseren ostdeutschen Landsleuten angetan wurde, die, soweit sie nicht zu den vielen Krauses gehören, noch Jahrzehnte mit diesem Trauma libertärer Plünderungswirtschaft werden leben müssen, kaum daß sie Zeit hatten, sich von der planmäßigen Ausbeutung durch die »Sozialistische Einheitspartei Deutschlands« zu regenerieren.

Die Zukunft wird ökologisch-marktwirtschaftlichen, autoritär-rechtsstaatlichen und national-solidarischen Gemeinschaften gehören, wobei die fortschrittlichsten unter ihnen darüber hinaus direkte Demokratien aufweisen werden.

Libertäre Gesellschaften à la Bonn werden immer weiter zurückfallen.

Zum Vergleich: In den Jahren 1990–1993 betrug das Wirtschaftswachstum in China 44%, Thailand 38 %, Südkorea 30 %, Indonesien 28 % und Taiwan 27 %, während es in den westlichen Industrieländern nur 6 %, in der EU sogar nur 5 % war. Libertäre Gesellschaften

(sogenannte »Mac-Jobs-Gesellschaften«) werden sich für eine gewisse Zeit noch als Dienstleistungsgesellschaften halten können, während zukunftssträchtige High-tech-Zentren und damit die Macht sukzessive in nach hegel-schen Prinzipien organisierte Gemeinschaften verlagert oder von ihnen übernommen werden. Dieser globale Verdrängungs- und Übernahmeprozess ist bereits in vollem Gange. Die Dienstleister aber werden die Sklaven der Zukunft, ihre Gesellschaften Sklavengesellschaften sein. Das deutsche Volk wird sein Gemeinwesen nach hegel-schen Prinzipien neu organisieren müssen, um sich endlich aus seiner geschichtlichen Entmündigung zu befreien. Viel Zeit, so scheint es, bleibt nicht mehr. Die Liquidation der Nation hat bereits begonnen.

Epilog: Exkurs über die Bonner Neusprache oder das Orwell-Moment

Wer die Worte beherrscht, beherrscht die Gedanken. Orwell hat in 1984 die Mechanismen der Gedankenherrschaft anschaulich dargestellt. Durch die Neubenennung von Dingen und Zuständen wird eine imaginäre Ersatzwelt aus der Retorte geschaffen, die einhergeht mit faktischem Meinungszwang statt gesetzlich garantierter Meinungsfreiheit. Diese imaginäre Ersatzwelt scheint um so realer, je besser die fiktiven Elemente des Umerziehungsvorganges greifen. Ständiges Wiederholen der Surrogat-Begriffe ist dafür unerlässlich.

Viele ehemalige Bürger der »Deutschen Demokratischen Republik« mögen tatsächlich überzeugt gewesen sein, daß sie in einer Demokratie lebten, weil die Republik schließlich so hieß und ihnen dies oft genug eingebleut wurde. Wir wissen, daß die bestellten 99,8 %-Wahlergebnisse nichts mit Demokratie zu tun hatten.

Heute sind dieselben Menschen Bürger der Bundesrepublik Deutschland und wieder glauben sie, sie würden endlich in einer Demokratie leben, weil ihnen auch dieses tagtäglich eingebleut wird, wenn auch ein wenig subtiler als in der DDR. Wieder gefehlt! Auch die Bundesrepublik Deutschland ist keine wirkliche Demokratie, sondern eine Lobbykratie, beherrscht von in- und ausländischen Partikularinteressen, in der das Volk nur als dummes Stimmvieh zur Herstellung einer demokratischen Scheinlegitimität mißbraucht wird.

Aus dieser scheindemokratischen Welt hinaus führen die

Bonner Scheindemokraten Scheingefechte gegen angebliche Nichtdemokraten. Dabei wollen viele dieser »Nichtdemokraten« nur eines: Die Herstellung wirklich demokratischer Verhältnisse.

Es ist der uralte Krieg der Worte. Parole! Parole! Parole! Worte sind Schall und Rauch! »Krieg ist Frieden« (Orwell), Versklavung ist Freiheit, Entmündigung ist Toleranz, Kritik an asozialen Handlungen einzelner mosaischer Juden ist Antisemitismus, Selbstbestimmungsrecht des Volkes ist Nationalismus, Kritik an ausufernder Kriminalität von Ausländern ist Rassismus, Xenophobie oder Menschenfeindlichkeit, Respektierung der »vox populi« ist Populismus, Ablehnung von Minderheitensonderrechten ist Diskriminierung, Erfahrungswissen ist Vorurteil, Patriot ist Neonazi, Patriotismus ist Chauvinismus oder gar Hochverrat (Originalton Geißler), Dialogfähigkeit ist Akzeptanz asozialen Verhaltens, Rechtsschaffenheit ist Provinzialismus, Rechtsstaat ist Polizeistaat, Lobbykratie ist Demokratie, Unrechtsstaat ist Rechtsstaat, Mafiosi ist Lobbyist oder Unternehmer, die Nacht ist der Tag und Deutschland ist das Land der Deutschen. Sehr komisch, nicht wahr?

Anfang Februar 1994 machte die Gesellschaft für Deutsche Sprache (GfDS) das Wort »Überfremdung« zum »Unwort« des Jahres 1993, einer der bisher zynischsten, kaltschnäuzigsten und obszönsten Versuche Orwellscher Meinungs- und Gedankenkontrolle. Viele Deutsche, gerade die sozial schwächeren, leiden tagtäglich unter faktischer »Entheimatung« durch Sprengung ihrer soziokulturellen Netzwerke. Sie wissen nur zu gut, was »Überfremdung« ist. Jetzt sollen sie sich auch noch dafür schlecht fühlen, da sie die Dinge, die um sie herum geschehen und sie bedrohen, beim Namen nennen. Das Wort »Überfremdung« wird, Big Brother is watching you, zum Tabuwort erklärt, als gäbe es in der Bonner Ochlo-

kratie nicht schon Tabus im Übermaß. Das manipulierte Volk soll gefälligst schweigen, besser noch, das Denken einstellen. Je mehr die Viererbande aber das Volk zu dressieren trachtet, desto mehr Widerstandswillen wird es innerlich akkumulieren – bis der Kessel explodiert. Die Überfremdung existiert realiter (siehe Seite 99), und die Gedankenpolizei der Ochlokratie wird dieses Faktum nicht ad infinitum tabuisieren können.

Konfuzius, so zitiert ihn Karl Jaspers in *Freiheit und Wiedervereinigung*, definierte als erstes Erfordernis eines dauerhaften Staatswesens die Richtigstellung der Namen, das heißt die Dinge sollen als das benannt werden, was sie sind, nicht benannt werden als das, was sie nicht sind. Argumentum e contrario: Je mehr Tabus ein Staatswesen benötigt, um so vergänglicher ist es. Gemessen daran müßte die Bundesrepublik Deutschland kurz vor dem Abgrund stehen. Es wäre vielleicht nicht schade, wenn sie darin verschwinden und ein neues Deutschland sich daraus erheben würde, ein demokratisches, rechtsstaatliches Deutschland, in dem die Meinung des Andersdenkenden wirklich geachtet und nicht verketzert wird. Nochmals Karl Jaspers (aaO.): »Verderblich ist die Neigung, in akuten Situationen den Kern der Sache nicht zu berühren, vielmehr zu glätten mit bloßen Redensarten, und Schweigen zu fördern, damit die ›komplizierte‹ Situation nicht auch noch verschärft werde. Verderblich ist auch das empörte Trotzen und Auftrumpfen und Drohen und Anklagen. Allein die Offenheit, *die Dinge ruhig beim Namen zu nennen*, mit Fragen und Antworten in sie einzudringen, kann enthüllen, was geschieht und was gewollt wird, und dieses zugunsten gemeinsamer Vernunft, trotz des Sturms entfesselter Wildheit, vielleicht ändern.« Und Georg Büchner schrieb 1833 an seine Braut nach Straßburg: »... es kann mir aber niemand wehren, alles, was existiert, bei seinem Namen zu nennen.«

Quintessenz: Je mehr dem Volk verboten wird, die Dinge beim Namen zu nennen, desto mehr sollte es sie heraus-schreien. Überfremdung ist das, was viele Deutsche fühlen. Es sind ihre Gefühle, die es zu achten, nicht zu verachten gilt. Die Bonner Ochlokratie und ihre Wurm-fortsätze aber haben jeden Respekt und jede Achtung vor den Gefühlen ihres eigenen Volkes verloren.

Die Bonner Neusprache bedient sich methodisch verschiedener Manipulationen begrifflicher Ver- oder Entfremdung, zum Beispiel der positiven oder negativen Aufladung per se neutraler Begriffe (Toleranz/Intoleranz) oder der Technik inhaltlicher Entfremdung (Lobbykratie = Demokratie).

Ein zentraler neusprachlicher Kampfbegriff der Chaos-Apologeten ist das Wort »Toleranz«.

Deutschland war nach dem Krieg ein mehr oder minder ethnisch homogener Staat, wenn auch besetzt. Die Viererbande hat toleriert, daß daraus ein inhomogener ethnischer Flickenteppich wurde, wie die USA auf dem Weg zu einer Gesellschaft von sich zänkisch belauernden Sonderinteressen. Betrachtet man die USA hinsichtlich der potentiellen Folgen (siehe Seite 104 ff.), mag jeder selbst entscheiden, ob diese zerstörerische Toleranz positiv oder nicht zutiefst reaktionär ist.

Das Schlüsselwort der SPD in Frankfurt im letzten Kommunalwahlkampf war »Toleranz«. Toleranz wofür, für wen und zu welchem Zweck?

Frankfurt ist pro Kopf der Bevölkerung die Stadt mit der höchsten Kriminalitätsrate in Deutschland (siehe Seite 22 f.). In einem Artikel der *Frankfurter Rundschau* vom 22. 8. 1993 war folgendes zu lesen: »Die Dealer verkaufen ihre Waren vor den Augen der Polizei, und die Drogenabhängigen setzen ihre Spritzen in aller Öffentlichkeit.« Was für viele Frankfurterinnen und Frankfurter bereits ein alltägliches Bild ist, stößt bei Fremden, die die Stadt

zum ersten Mal besuchen, auf Unverständnis. »Die Polizisten *tolerieren* zuviel«, so das Urteil von Ahmet Olgun aus der Türkei, er habe ein »negatives Bild von Frankfurt im Kopf«, weil er ständig mit Drogenabhängigen, Dealern und Kriminellen in der Stadt konfrontiert werde. »Das ist eine blutende Wunde in der Stadt.«

Die Tolerierung solcher Zustände führt auf direktem Weg ins kriminelle Chaos, der bevorzugte Nährboden für die mafiose Zersetzung einer Gesellschaft. Der junge Türke Ahmet Olgun hat dies erkannt, nicht aber die SPD, der der Begriff »Recht« immer noch anstößiger zu sein scheint als die Begriffe »Chaos« und »Anarchie«.

Den Nutznießern ordnungs- und rechtsfreier Räume, den Drogenhändlern, Schiebern, Schacherern, Erpressern, Zwangsgeldeintreibern, Spekulanten, Bordellbesitzern, Homosexuellen etc. ist es gelungen, den Begriff »Toleranz« positiv zu besetzen, um jene, die keine Sonderrechte in Anspruch nehmen, besser für ihre Zwecke manipulieren zu können. Dabei ist der Begriff »Toleranz« wie der Begriff »Intoleranz« ohne eine weitere Bezugsgröße weder positiv noch negativ, sondern völlig wertneutral. Die Toleranz gegenüber ethisch nicht zu rechtfertigenden Verhaltensweisen und Umständen ist negativ, die entsprechende Intoleranz positiv. Toleranz zum Schaden des deutschen Volkes ist nicht tolerabel. Wer also Toleranz einfordert, den sollte man sich genau anschauen. Oft wird nur gefordert, ungehemmten Eigennutz anderer zu tolerieren bis hin zur Selbstgefährdung oder -schädigung des Volkes.

»Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt, der die Fremden willkommen heißt, damit hier, in seinem verhassten Vaterland, sich die Verhältnisse endlich zu jener berühmten (»faschistoiden«) Kenntlichkeit entpuppen, wie es einst (und heimlich wohl bleibend) in der Verbrecher-Dialektik

des linken Terrors hieß«, so Botho Strauss.

Häufig wird einer gesunden ethischen Entwicklung des Volkes wesentlich besser damit gedient, kriminelle und asoziale Machenschaften, Freiräume für die Skrupellosesten, Überfremdungen, moralische Zersetzungen und Dekadenzentwicklungen etc. nicht zu tolerieren, sondern sie zu bekämpfen.

»Volkspartei« ist ein anderer Etikettenschwindel in dem neusprachlichen Labyrinth der Viererbande. CDU, SPD und CSU umgeben sich in ihrer umsatzträchtigen Gier nach Wählerstimmen gern mit diesem Etikett.

Volksparteien sind der Gegensatz von Klientelparteien. Auftraggeber der Politik einer Volkspartei ist das Volk; seine Interessen werden vertreten.

Bekanntlich vertritt aber keine der genannten Parteien das Volk, sondern verschiedene Partikularinteressen (siehe Seite 40 ff.), also bestenfalls bestimmte Teile des Volkes. Es ist freilich nicht auszuschließen, daß das Klientelinteresse zufällig mit dem Volksinteresse deckungsgleich ist. Das Merkmal der Zufälligkeit ihres Volkspartei Charakters unterschlagen die Klientelparteien CDU, SPD und CSU aber geflissentlich.

Mit dem Wort »Antisemitismus« werden bevorzugt diejenigen belegt, die bestimmte Verhaltensweisen von mosaischen Juden kritisieren, die sie auch in bezug auf andere Personen kritisieren würden. Auch noch so berechtigte Kritik an mosaischen Juden soll damit im Keim erstickt werden, um ihnen auf diese Weise asoziale Freiräume und Sonderrechte einzuräumen, die andere mangels Chuzpe nicht für sich beanspruchen können oder wollen. Sozialer Sprengstoff ist die logische Folge.

»Ausländerfeindlichkeit« ist ein weiterer Begriff, der der Gedankenkontrolle dient; er wird besonders gern und

häufig von antideutschen Vertretern in den Medien benutzt. Es gibt keine generelle Ausländerfeindlichkeit, sondern nur mehr oder minder berechtigte Abwehrhaltungen gegenüber bestimmten ethnischen Gruppen. Angehörige anderer Völker und deren Angehörige sind seit jeher in Deutschland nicht nur geduldet, sondern sehr beliebt, und zwar ohne Ansehung ihrer Hauptpigmentierung.

Gegen Türken bestehen vor allen Dingen Aversionen, weil sie mit dem Islam das Mittelalter nach Deutschland zurückzubringen scheinen, so, als hätte es Kant und die Aufklärung in Deutschland nie gegeben. Auch wird bemängelt, daß sie sich nicht integrieren wollen. Gegen die Italiener gibt es Aversionen, weil durch die Mafia, siehe Italien, bereits ein ganzes Staatswesen aus den Angeln gehoben wurde und das moralische Rückgrat einer Nation, insbesondere das ihrer Jugend, durch diesen virus corruptiensis zerstört wird. Gegen mosaische Juden bestehen bei etwa 22 % des Volkes Aversionen (*Emnid*), weil sie in scheinbar unstillbarer Hab- und Einflußgier nicht nach den Regeln zu spielen scheinen. »They do not play by the rules«, wie man in den USA über mosaische Juden häufig vernehmen kann. Dies alles hat mit einer generellen Ausländerfeindlichkeit der Deutschen nichts zu tun.

»Rechts« und »links« sind Kampfbegriffe, die kaum mehr von amtierenden Politikern, wohl aber noch von sonstigen Politikern und vermehrt durch die Medien der Viererbande (*ARD, ZDF*) gebraucht werden. Diese Kampfbegriffe können am besten am Beispiel der Entwicklung der UdSSR und Rußlands ad absurdum geführt werden.

Waren Stalin und Breschnew, die Millionen ihrer Landsleute liquidiert oder in Gulags verbracht haben, Rechte oder Linke? War Gorbatschow, der sich bis zu seiner Entmachtung als Bremser einer demokratischen Entwicklung betätigt hat, ein Rechter oder Linker? Ist Jelzin,

ein aufgeklärter Despot, der das Präsidentenamt mit quasi zaristischen Befugnissen ausgestattet hat, rechts oder links? Ist Schirinowskij, ein wortgewaltiger Hetzer, der aber nur auf demokratischem Weg an die Macht gelangen will, ein Rechter oder Linker?

Ist es nicht sinnvoller, das negativ aufgeladene Wort »rechts« in Zukunft nur noch für diejenigen zu verwenden, die das eigene Volk belügen, es manipulieren, von ihm parasitieren? Würde diese Neubewertung vorgenommen, wäre Deutschland unter der Herrschaft der omnipotenten, omnipräsenten Viererbande in der Tat ein »Rechts«staat.

Das bevorzugte Kampfwort der Bonner Clique und ihrer Medien lautet, wie bereits angedeutet, »Demokratie«, wobei sie selbst vorgeben, Demokraten zu sein und die Demokratie schützen zu müssen. Nichts ist absurder als dies! Es handelt sich um pure Orwellsche Neusprache. Selbst Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt faselte anlässlich seines 75jährigen Geburtstags von »Demokratie in der Krise«, so, als ob es wirkliche Demokratie, mit Ausnahme der kommunalen Ebene, jemals in Deutschland gegeben hätte.

Bereits im Bonner Grundgesetz ist diese neusprachliche Terminologie angelegt. In Artikel 20 des Grundgesetzes wird Deutschland als demokratischer Bundesstaat etikettiert. Die so bezeichnete »repräsentative Demokratie« ist tatsächlich keine Demokratie, keine Volksherrschaft. In Deutschland geht zwar alle Staatsgewalt vom Volke aus (Artikel 20 Grundgesetz), aber nur in dem Sinne, daß das zum Stimmvieh degradierte Volk der Viererbande die formelle Legitimität durch Wahlen verschafft, die damit übertragene Staatsgewalt aber allenfalls zufällig im Interesse des Volkes ausgeübt wird. Die sogenannte »wehrhafte Demokratie« ist daher tatsächlich eher die »wehrhafte Lobbykratie«, die sich unter anderem mit

repressivsten Strafvorschriften gegen die Beschneidung ihrer Privilegien abzusichern und die Einführung einer wirklichen Demokratie zu verhindern versucht.

Schon bald nach Kriegsende bezeichnete Karl Jaspers das Bonner Regime nicht als Demokratie, sondern als Oligarchie und wurde dafür von Adenauer beschimpft. Dabei ist selbst dem Einfältigsten zu vermitteln, daß die CDU/CSU/SPD/FDP-Clique weniger den Willen des Volkes ausführt, als in- und ausländischen Partikularinteressen (Industrie, Kirche, Gewerkschaften etc.) zu dienen. Diese sind ihr Klientel, nicht das deutsche Volk, das seit jeher nur als nützliches Stimmvieh benutzt wurde und mit ihrem Kreuzchen allerdings immerhin bewirkte, daß Hakenkreuzler und Kommunisten im Westen kurzgehalten wurden.

Aber sonst? Hat das Volk in der Parteien-»Demokratie« Einfluß auf die großen Sachentscheidungen, zum Beispiel auf Zuwanderungsbewegungen aus dem Süden, die Verwendung allgemeiner Steuergelder für Kirchenfürsten bzw. die Abschaffung der Kirchensteuer oder die Beendigung der EU-Mitgliedschaft? Das Bonner System hat mit wirklicher Demokratie nur in Ansätzen zu tun; denn mit jeder Stimmabgabe werden, solange das deutsche Volk nicht wie in der Schweiz plebiszitär entscheiden kann, nur die Partikularinteressen dienende Bonner Clique und die Gesamtheit der mit ihr in Symbiose existierenden Nutznießer stabilisiert. Man bedenke die Chuzpe, daß ausgerechnet diese Mischpoke vorgibt, die Demokratie bewahren zu wollen, die es erst noch zu errichten gilt, jetzt, da die Deutschen erstmals dazu die geschichtliche Chance haben.

Die Viererbande und die sie tragenden und von ihr bedienten Partikularinteressen werden die Deutschen demnächst wieder massiv dazu auffordern, an den »Wahlen« teilzunehmen. Sie werden, wie gehabt, wieder mit der Angstkeule zuschlagen und den Deutschen drohen,

die »Radikalen« könnten gestärkt werden, falls die Deutschen ihr Kreuzchen nicht gefügig und servil für ein Mitglied der Viererbande machen würden.

Auch der Begriff »Wahl« ist indessen eine dreiste Übertreibung. Die einzige Wahl, die die Deutschen tatsächlich haben, ist diejenige, zwischen verschiedenen Parteien, die ihre Interessen im Falle der Viererbande ohnehin nur zufällig vertreten, zu entscheiden. Die Deutschen haben dagegen keine Entscheidungsmöglichkeit hinsichtlich der sachlichen Inhalte, Richtung und persönlichen Vertretung der von ihnen favorisierten Politik. Dies allerdings schert die Viererbande und die mit ihr parasitierenden Partikularinteressen offensichtlich wenig. Bereits im Februar 1994 fing Lehmann, der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, an zu trommeln. Es war die alte Leier. Die »Radikalen«, also diejenigen, die den Katholiken ihre Pfründe abgraben könnten (siehe Seite 76), drohten gestärkt zu werden.

Schließlich ist das Wort »Vorurteil« ein zentraler Kampfbegriff. Erfahrungswissen des Volkes, also Urteile, werden als Vorurteile, mitunter sogar als »rechtsradikale« Vorurteile, denunziert.

Es ist eine Tatsache, daß die in Deutschland weilenden Ausländer weit überproportional in der Kriminalitätsstatistik vertreten sind (siehe Seite 22 ff.). Nehmen wir als Beispiel die im Rahmen dieses Buches immer wieder zitierte »Musterstadt« Frankfurt. Im Jahre 1992 haben Ausländer zum Beispiel 64 % der Totschlagsdelikte, 96,1 % der Urkundenfälschungen und 82,3 % der Drogendelikte realisiert (siehe Seite 22 ff.). Setzt man diese Zahlen noch in Relation zu Frankfurts Ausländerquote (ca. ein Drittel), dann begehen Ausländer in Frankfurt 5,3mal soviele Totschlagsdelikte, 72mal soviele Fälschungsdelikte und 13,7mal soviele Drogendelikte wie Deutsche.

Und dennoch besitzen manche Zeitgenossen die Chuzpe,

die Fakten als »Vorurteile« zu bezeichnen, jedenfalls, solange sie auf die Ignoranz der Adressaten ihrer Sprüche vertrauen dürfen. Wohlgemerkt, die Wahrheit wird als »Vorurteil«, mitunter auch als rechtsradikales Vorurteil, bezeichnet.

Nicht anders verhält es sich mit der Aussage, daß die mosaischen Juden bestrebt seien, über die Faktoren Geld und Medien manipulativen Einfluß auf fremde Gesellschaften zu nehmen. Vorurteil oder Wahrheit? Bis die Japaner kamen, war zum Beispiel die Meinungsmanipulationsindustrie Hollywood in überwiegend mosaisch-jüdischer Hand (siehe Seite 56 f.). Wir wissen alle nur zu gut, welche verheerende Wirkung die Hollywood-Produkte auf die deutsche Gesellschaft und vor allem ihre Jugend hatten und haben. Extrem antideutsche Filme, die Hollywood während und nach dem Krieg für das amerikanische Volk produzierte, bekam das deutsche Volk nie zu Gesicht. Obwohl in Deutschland angeblich nur 50 000 mosaische Juden leben sollen, sind sie, gemessen an dieser Zahl, in den TV-Medien weit überproportional vertreten (siehe Seite 80). In Deutschland präsente Meinungsmacher wie Time Warner oder *n-tv* haben zumindestens Beteiligungen mosaisch-jüdischen Kapitals. Apropos Kapital. Der mosaische Jude Schalck-Golodkowski, Devisenbeschaffer der Ex-DDR, war dort der Mann am Geldhahn und ist dem Vernehmen nach noch heute einer der bestgehaßten Männer in der ostdeutschen Bevölkerung. Anklage wurde gegen ihn bis dato nicht erhoben. Manus manum lavat? Und George Soros, mosaischer Jude amerikanisch-ungarischer Herkunft und einer der größten Spekulanten aller Zeiten, läßt Währungen wie das britische Pfund abstürzen und hat jüngst angekündigt, jetzt wolle er sich die Deutsche Mark vornehmen. Vorurteil oder Tatsache? Dichtung oder Wahrheit? Im übrigen betreiben natürlich auch andere diese Geschäfte. Die Welt ist voll von ihnen. Sie können auch nicht verur-

teilt werden, solange libertäre Gesellschaften asoziale Spielräume negativer Freiheit legalisieren. Verwerflich ist daher weniger deren konsequente legale Ausnutzung, sondern deren gezielte Schaffung oder Duldung. Diejenigen, die dazu beitragen, gilt es an den Pranger zu stellen, nicht gewitzte Geschäftemacher jedweder Provenienz.

Dennoch: Sind wir wirklich schon so weit, daß die Wahrheit rechtsradikal ist? Und wie steht es, wenn die nervenden, grobschlächtigen, kaltschnäuzigen Hakenkreuzler diese Gleichsetzung einmal umdrehen (rechtsradikal gleich wahr)? Wem ist wohl letztlich damit gedient, Wahrheiten als Vorurteile zu diffamieren oder sie zu tabuisieren?

Es sei nochmals an Brecht erinnert: »Wer die Wahrheit weiß und sie eine Lüge (oder Vorurteil, der Verfasser) nennt, der ist ein Verbrecher!«

Am Ende dieses Buches wird der aufmerksame Leser festgestellt haben, daß auch sein Verfasser Opfer des uns allen auferlegten Zwanges zu Orwellscher »Zwiesprache« ist. Die Viererbande hat ein dichtes Netz strafrechtlicher Vorschriften geknüpft, die die Verkündung des freien, offenen Wortes im Deutschland des Jahres 1994 zu einem risikoreichen Unterfangen machen. Trotz der Mahnung von Karl Jaspers und Georg Büchner, die Dinge beim Namen zu nennen, mußte daher vieles ungesagt bleiben und kann, wie auch in diktatorischen Systemen, nur zwischen den Zeilen gelesen werden. Allein die Tatsache, daß die Viererbande und die sie tragenden Partikularinteressen ein solches Netz repressiver Strafvorschriften benötigen, beweist einmal mehr, daß sie die Stimme des Volkes, sein Erwachen und Aufbegehren fürchten. Die entsprechenden Vorschriften, die auf Grund unbestimmter Rechtsbegriffe (»Beschimpfung«, »öffentlicher Friede« etc.) richterliche Willkürentscheidungen begünstigen, be-

schränken die Meinungsäußerungsfreiheit des Volkes auf demokratisch nicht gerechtfertigte Weise, sind durch ihre bloße Existenz selbst Störer des öffentlichen Friedens, darüber hinaus eine besonders subtile Form staatlicher Unterdrückung skeptischen Denkens.

Nur ein schwacher, ängstlicher Staat benutzt dieses Maß strafrechtlicher Repressionen, nicht aber ein gerechter Staat, der sich an der Seite seines Volkes weiß.

Für das deutsche Volk ist wichtiger denn je, seine Freunde und Feinde zu erkennen. Dazu sollte dieses Buch einen kleinen Beitrag leisten. Eine noch deutlichere Sprache war, obwohl ethisch geboten, rechtlich nicht möglich.

Aus den Ausführungen werden, wie stets, die »Falschen« versuchen, Nektar zu saugen. Darum sei für die besonders Übelmeinenden hier nochmals betont:

Die Alternative zur real existierenden Lobbykratie ist nicht die Rückkehr zur Willkürherrschaft des starken Mannes, sondern die Forderung nach einem starken, selbstbestimmten, mündigen Volk.

Die Alternative zum bestehenden Grundgesetz ist nicht dessen Abschaffung, sondern dessen konsequente Fortentwicklung bzw. Anwendung zur Schaffung wahrer Demokratie, positiver Freiheit, strikter Rechtsstaatlichkeit, ökologischer Marktwirtschaft und eines religionsfernen homogenen Staates.

»Wenn ein Bürger seine Verfassung wirklich verteidigen, wenn er sich wirklich für seine Mitbürger einsetzen soll, deren Rechte verletzt werden, muß der Antrieb stark sein. Er kann nur aus einem Gefühl für Solidarität kommen, das die allgemeine Verpflichtung zur Demokratie übersteigt und mich mit jenen anderen meiner Mitbürger verbindet«, so zutreffend Charles Taylor, ein Exponent der kommunitaristischen Schule.

Gemeint ist das Solidaritätsgefühl, das aus gemeinsamer nationaler Verbundenheit entsteht und das dem deutschen Volk durch die Besatzer und die »umerzogene«

Viererbande ausgetrieben wurde. Nicht das deutsche Volk, das die Rückgewinnung von Identität als Produkt der Neuentstehung einer nationalen Solidargemeinschaft einfordert, ist »ewig gestrig«, reaktionär ist die Viererbande, die politischen Exorzisten gleich ein solches Gefühl dämonisiert.

Die Ablehnung ethnischen Denkens ist nicht die Tolerierung von »Rassismus«, was immer das überhaupt ist, sondern die Ignorierung von »Rassen«, was immer diese anthropologisch überhaupt sind. Ethnisches Denken pointiert und perpetuiert geradezu die Ungleichheit des Menschen und ist daher selbst verfassungsrechtlich bedenklich. Hinzu kommt: Ein Staat, der das Denken in verschiedenen ethnischen Kategorien unterstützt, ist *à la longue* ein schwacher Staat; denn er unterläßt leichtfertig die Förderung von Integration und die Schaffung einer homogenen Gemeinschaft.

Der Schutz des eigenen Volkes vor Überfremdung ist innen- wie außenpolitisch ein fürsorgender Akt staatlichen Sicherheitsmanagements; denn die bereits stattfindende psychische Entheimatung vieler Deutscher schafft nicht soziokulturellen Ausgleich, sondern das Potential der Bürgerkriege von morgen.

Deutschland im Jahre 10 nach Orwells »1984«. Die allmächtige Viererbande von CDU, SPD, CSU und FDP hat sich gegen das eigene Volk verbündet und betreibt die Liquidation der erst wieder entstandenen Nation. »In Sachen Deutschland« nennt und beschreibt diese Liquidationsmaßnahmen, die an Bananenrepublik-Zustände erinnern. Das Buch ist einerseits eine in der Tradition Büchners verfaßte Anklageschrift, aber auch ein leidenschaftliches Plädoyer für die Einführung einer Demokratie mit starken plebiszitären Elementen, eines Rechtsstaates, der diesen Namen verdient, einer nationalen Solidargemeinschaft und eines »Europas der Vaterländer«.

ISBN 3-89180-039-8

HOHENRAIN